

EUROPA EIN ZUHAUSE GEBEN



Ein Planspiel zur europäischen Kulturpolitik



Herausgegeben vom
ifa (Institut für Auslandsbeziehungen)
in Kooperation mit
EUNIC (European Union National Institutes for Culture)



INHALT

VORWORT	S. 5
EINLEITUNG	S. 6
MATERIALIEN		
PLANSPIEL	S. 10
SZENARIO	S. 18
GRUPPEN- UND ROLLENPROFILE		
EUROPÄISCHE KOMMISSION	S. 24
RAT DER EUROPÄISCHEN UNION	S. 40
EUROPÄISCHES PARLAMENT	S. 71
MEDIEN	S. 109
EU-STAA TEN IM ÜBERBLICK		
ZAHLEN UND DATEN	S. 110
Impressum	S. 111

VOR- WORT

VORWORT ZUM PLANSPIEL

Die Organisation der Europäischen Union und ihre Institutionen sind komplex und nicht immer leicht verständlich. Deshalb gilt es den Bürgerinnen und Bürgern und insbesondere den nächsten Generationen zu erläutern, wie Europäische Kommission, das Europäische Parlament und der Ministerrat zusammenwirken und Beschlüsse fassen.

Das Spannungsverhältnis zwischen europäischer Integration und nationalstaatlicher Souveränität, die schwierige Vermittlung der großen Leistungen und Erfolge dieser Europäischen Union, die Notwendigkeit ihrer Weiterentwicklung und die Bewusstmachung der Privilegien ihrer Bürgerinnen und Bürger sollen erlebbar und die Verfahren hierzu nachvollziehbar werden.

Der Europäische Auswärtige Dienst hat im Mai 2016 den Entwurf eines Konzepts zur Bedeutung der Kultur in den Außenbeziehungen der EU vorgelegt. In diesem thematischen Kontext haben wir ein Planspiel entwickelt und das Konzept eines *Hauses der Kulturen Europas* zum Thema genommen. Ziel des Planspiels ist es, das Zusammenspiel der europäischen Institutionen sowie die Bedeutung und das Wirken der Staaten und Gremien darin zu verstehen. Ziel ist weiterhin zu reflektieren und zu erleben, wie Kulturpolitik sich realisiert und welches Potential in der kulturellen Vielfalt der Union liegt. Und wir wollen Interesse wecken für alle Kulturen Europas.

Ein Haus der Kulturen Europas meint die nationalen, regionalen und auch die immigrierten Kulturen. Alles zusammen bildet den Reichtum eines Europa der Kulturen.

Das Planspiel verdeutlicht, wie wichtig es ist sich seiner eigenen Voraussetzungen des Handelns bewusst zu werden, sich in Denken und Fühlen Anderer hineinzusetzen, Kompromisse zu schließen, offene Diskursprozesse zu gestalten und konstruktiv an Lösungen mitzuwirken. Wir sind davon überzeugt, dass wir noch viel mehr von der EU überzeugen müssen und dies geht nur durch Erleben der Idee und eines funktionierenden Miteinanders in dieser EU.

Wir wünschen allen, die das Planspiel organisieren und vor allen Dingen allen, die daran teilnehmen, viel Spaß.

Das Planspiel ist rechtfrei überall, jederzeit, in jeder Sprache zu verwenden, denn es ist unser Ziel, möglichst viele an der Idee Europas zu beteiligen und dafür zu begeistern.

Mit herzlichen Grüßen

Ronald Grätz, Generalsekretär des ifa (Institut für Auslandsbeziehungen)

Warum ein Planspiel?

Planspiele erfreuen sich zunehmender Beliebtheit in unterschiedlichen Bildungsbereichen. Insbesondere junge Menschen in Lernprozessen partizipieren gerne an der interaktiven und spielerischen Methode Wissen zu erwerben. Im Rahmen von Planspielen werden komplexe Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse realitätsnah simuliert. Diese Lernmethode eignet sich für nahezu jede Alters- und Berufsgruppe. Die Teilnehmenden von Planspielen übernehmen für die gesamte Dauer des Planspiels die Rolle von Akteuren und Vertretern von Interessensgruppen. Den Hintergrund bildet eine fiktive, aber realitätsnahe Ausgangslage – das so genannte Szenario.

Die Teilnehmenden erlernen und erleben auf diese Weise die jeweiligen Entscheidungsabläufe. Reale Prozesse werden durchschaubarer und damit zugänglicher. Im Gegensatz zu traditionellen Rollenspielen agieren die Teilnehmenden vorrangig in Gruppen. Sie müssen sich in den jeweiligen persönlichen Hintergrund der Akteure hineinarbeiten, Anträge stellen, Gruppen und Gemeinschaftsinitiativen vertreten, diskutieren und Kooperationen entwerfen. Planspiele leben immer von der Bereitschaft der Spielenden sich auf offene Lernprozesse einzulassen. Das Ergebnis eines Planspiels bestimmen die Spielenden selbst. Bei einem Planspiel ist sprichwörtlich der Weg das Ziel.

Pädagogische Implikationen

Die Teilnahme an Planspielen lässt die Spielenden nicht unverändert, denn:

- sie zeigen den Spielenden einen erlebbaren Zugang zu Themenfeldern auf, die oft als trocken und zu komplex erscheinen, wodurch ein Lernprozess ermöglicht wird.
- Gesprächskompetenz und Selbstbewusstsein der Teilnehmenden wird gestärkt; sie lernen mit einer komplexen Thematik umzugehen und eigene Interessen angemessen zu vertreten.
- Gesellschaftliche / soziale und kommunikative Kompetenzen werden durch ein Planspiel trainiert.
- Die Kreativität der Spielenden wird gefördert und Erfolgserlebnisse entstehen.
- Unterschiedliche Arbeitstechniken (z. B. Textarbeit etc.) werden ebenso geschult wie soziale Techniken (z.B. Kooperations-, Kompromiss- und Teamfähigkeit).
- Planspiele wecken Verständnis für komplexe Verhandlungen und Entscheidungsprozesse.
- Möglichkeiten und Grenzen einer Interessendurchsetzung vor dem Hintergrund einer notwendigen gemeinschaftlichen Regelung werden erfahren.

Der Lernprozess innerhalb eines Planspiels ist für die Spielenden sehr intensiv, wenngleich das Kriterium des Spielens gleichberechtigt im Vordergrund steht. Sachzusammenhänge müssen in kürzester Zeit vermittelt, erfasst und reflektiert werden. Entscheidungen werden unter zeitlichem Druck gefällt und das angesammelte Wissen wird umgehend umgesetzt.

Hinweise zu den Rollentexten

Die Texte „Szenario“, „Gruppenprofile“ und „Rollenprofile“ enthalten Rahmendaten, die öffentlich zugänglichen Quellen entnommen sind. Statistische Daten entstammen den Quellen „Statistisches Amt der Europäischen Union Eurostat“ unter www.epp.eurostat.ec.europa.eu sowie dem Bundesamt für Statistik unter www.destatis.de. Angaben zu Staaten, Parteien und der Kommission entstammen zum Teil den Selbstdarstellungen auf eigenen Internetseiten sowie öffentlichen Quellen wie der Bundeszentrale für politische Bildung unter www.bpb.de und der Seite der Bundesregierung zu den EU-Mitgliedstaaten unter www.bundesregierung.de und weiteren Internetauftritten zu Europa und den EU-Mitgliedstaaten. Dargestellte Meinungen, Ziele, Strategien und andere inhaltliche Aspekte der Texte stellen nicht Aussagen der jeweiligen Akteure oder Akteursgruppen in ihrer ganzen Komplexität dar, sondern sind aus didaktischen Gründen entsprechend der im Beutelsbacher Konsens www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens skizzierten Richtlinien formuliert. Eine Nähe zu tatsächlichen Positionen und Konfliktlinien ist aus denselben didaktischen und dramaturgischen Gründen gleichwohl gewollt.

Die Kulturpolitik der EU

Kulturpolitik ist ein Politikfeld, das in der Europäischen Union bislang weitgehend in den Händen der Mitgliedsstaaten verblieben ist. Dies bedeutet, die Kompetenzen dazu wurden nicht oder nur in geringem Maße auf die europäische Ebene übertragen. Erst mit dem am 1. November 1993 in Kraft getretenen Vertrag über die Europäische Union wurde eine erste Rechtsgrundlage für kulturpolitisches Engagement auf europäischer Ebene geschaffen. Der entsprechende Text, auch als „Kulturartikel“ bezeichnet, ist der Artikel 167 des Vertrags von Lissabon (AEUV). In diesem sind drei Ebenen des Handelns festgehalten. Die erste umfasst die Wahrung der kulturellen Vielfalt Europas. Darüber hinaus wird die Unterstützung von Aktivitäten der Mitgliedstaaten zum Schutz des gemeinsamen Kulturerbes angesprochen. Der dritte Wirkungsbereich ist die Förderung des zeitgenössischen künstlerischen Schaffens.

Zu bedenken bleibt allerdings, dass die Rolle der Europäischen Union unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips eingegrenzt ist. Zum einen auf die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Kulturakteuren der Mitgliedstaaten und zum anderen auf die Ergänzung dieser Initiativen. Die „Kulturkompetenz“ liegt folglich uneingeschränkt bei den Mitgliedstaaten.

Mit Blick in die Geschichte zeigt es sich, dass in der Vergangenheit unterschiedliche Vorstöße unternommen wurden, um staatenübergreifend kulturpolitisch aktiv zu werden. Eines der prominentesten Beispiele ist das Projekt der Europäischen Kulturhauptstadt (von 1985-1999 Kulturstadt Europas), das 1985 auf Initiative der damaligen griechischen Bildungsministerin Melina Mercouri ins Leben gerufen wurde. Den Reichtum, die Vielfalt und die Gemeinsamkeiten des kulturellen Erbes in Europa herauszustellen und gleichzeitig einen Beitrag zum besseren gegenseitigen Verständnis der europäischen Öffentlichkeit(en) füreinander zu schaffen, sollte hierdurch gefördert werden, so Melina Mercouri. Die Europäischen Gemeinschaften und ab 1993 die Europäische Union stellt hierfür Fördermittel bereit. Die Entscheidung für die Verleihung des Titels „Kultur-(haupt)stadt Europas“ wurde ursprünglich auf intergouvernementaler Ebene gefällt, jeder Mitgliedsstaat benennt einen Kandidaten und eine international besetzte Fachjury wählt jährlich und vier Jahre im Voraus eine oder zwei Städte aus. Mit dem Jahr 2005 wurde das Auswahlverfahren unter Bezugnahme auf den damaligen Artikel 151 EUV (heute Artikel 167 AEUV) in ein gemeinschaftliches Verfahren umgewandelt.

Im Planspiel wird unter Anlehnung an das Modell der Europäischen Kulturhauptstadt die Initiative ergriffen, eine europäische Dimension von Kulturpolitik im Ausland – außerhalb der EU – ins Leben zu rufen. Die Idee ist der Vielfalt Europas auf dem Gebiet der Kultur durch Einbindung möglichst vieler mitgliedstaatlicher Beiträge in der Welt mehr Aufmerksamkeit zu schaffen. Zum einen soll diese Außenwirkung facettenreicher werden, zum anderen der Ungleichgewichtung großer und kleiner Mitgliedstaaten entgegengewirkt werden. „Einheit in der Vielfalt“ ist aus diesem Verständnis heraus das Zusammenwirken zahlreicher und verschiedenartiger Beiträge aus den unterschiedlichen Regionen der Europäischen Union.

In diesem Prozess treten die grundlegenden Herausforderungen hervor und auch die unterschiedlichen Zugänge der einzelnen Mitgliedstaaten. Das mittelbare Ziel besteht darin, die differierenden Perspektiven in ihrer Vielfalt nicht nur zu berücksichtigen, sondern diese in optimaler Weise einfließen zu lassen.

Verständnis für Hintergründe und Unterschiede zu stärken und gleichzeitig auf Basis dieser Diversität einen gemeinsamen Nenner zu finden.

Mit der Idee der Schaffung von eines „gemeinsamem europäischen Hauses“ wird der Idee „EUROPA EIN ZUHAUSE ZU GEBEN“ sinnbildlicher Ausdruck verliehen. Ein Dach zu schaffen, ein Forum zu bilden, eine organisatorische oder örtliche Grundlage zu schaffen – all das kann darunter subsummiert werden. Wie und in welcher Form und Ausprägung das geschehen kann und soll, liegt in den Händen und in der Kreativität der Teilnehmenden des Planspiels. Die bereits weiter oben angesprochenen differierenden Sichtweisen und Zugängen aus den unterschiedlichen mitgliedstaatlichen Perspektiven sind vorskizziert, lassen indes Raum für die persönliche Ausgestaltung der Teilnehmenden des Planspiels. Getreu dem Motto „Der Weg ist das Ziel“ schafft das Planspiel einen Raum zum Nachdenken und über optionale Entwicklungsmöglichkeiten mittels Kultur Gemeinsamkeiten zum Ausdruck zu bringen und auf der Grundlage europäischer Vielfalt Neues und Innovatives buchstäblich „in die Welt zu setzen“.

Gesetzliche Grundlagen zur Kulturpolitik der Europäischen Union:

Artikel 167 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV):

- „(1) Die Union leistet einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes.
- (2) Die Union fördert durch ihre Tätigkeit die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und unterstützt und ergänzt erforderlichenfalls deren Tätigkeit in folgenden Bereichen:
 - Verbesserung der Kenntnis und Verbreitung der Kultur und Geschichte der europäischen Völker,
 - Erhaltung und Schutz des kulturellen Erbes von europäischer Bedeutung,
 - nichtkommerzieller Kulturaustausch,
 - künstlerisches und literarisches Schaffen, einschließlich im audiovisuellen Bereich.
- (3) Die Union und die Mitgliedstaaten fördern die Zusammenarbeit mit dritten Ländern und den für den Kulturbereich zuständigen internationalen Organisationen, insbesondere mit dem Europarat.
- (4) Die Union trägt bei ihrer Tätigkeit aufgrund anderer Bestimmungen der Verträge den kulturellen Aspekten Rechnung, insbesondere zur Wahrung und Förderung der Vielfalt ihrer Kulturen.
- (5) Als Beitrag zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels
 - erlassen das Europäische Parlament und der Rat gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren und nach Anhörung des Ausschusses der Regionen Fördermaßnahmen unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten.
 - erlässt der Rat auf Vorschlag der Kommission Empfehlungen.“¹

¹ Vgl.: <https://dejure.org/gesetze/AEUV/167.html>

PLAN- SPIEL

Ablauf des Planspiels

Das Planspiel „EUROPA EIN ZUHAUSE GEBEN“ ist als Ein-Tages-Veranstaltung ausgelegt und dauert mit dem vorgeschlagenen Zeitplan inklusive Pausenzeiten 7,5 Zeitstunden. Es werden drei Räume benötigt, die in unmittelbarer Nähe zueinander liegen und von denen einer alle Teilnehmenden aufnehmen können muss.

Nach der thematischen und methodischen Einführung erhalten die Spielerinnen und Spieler jeweils ein Szenario, ein Gruppenprofil und ein Rollenprofil sowie den Zeitplan und spezifische Einzelvorlagen.

Es werden folgende Gruppen gebildet:

	20 TN	36 TN
Rat	8	15
Europäisches Parlament	8	15
Europäische Kommission	2	4
Medien	2	2

Wenn auf die Mediengruppe verzichtet wird, ist ein reduziertes Planspiel mit 18 Rollen möglich.

Ministerinnen und Minister im Rat

	20 TN	36 TN
Deutschland	X	X
Estland	-	X
Frankreich	X	X
Italien	X	X
Litauen	-	X
Niederlande	-	X
Österreich	X	X
Polen	X	X
Rumänien	-	X
Schweden	X	X
Slowakei	X	X
Slowenien	-	X
Spanien	-	X
Vereinigtes Königreich	X	X
Zypern	-	X

Mitglieder des EP

	20 TN	36 TN
EVP	3	4
S&D	2	3
ALDE	1	2
Grüne	1	2
GUE-NGL	1	2
EKR	1	2

PLAN- SPIEL

Jede Gruppe beginnt mit einer Vorstellungsrunde, in der sich jede Person in ihrer neuen Rolle mit einem neuen Namen vorstellt und kurz in zwei Minuten die eigenen Ziele skizziert, ohne schon zu viele Details preiszugeben.

Die **Mediengruppe** kann nach ihrer eigenen Findung bereits direkt an den Vorstellungsrunden der Organe teilnehmen.

Die **Mitglieder des EP** setzen sich in ihren Fraktionen zusammen, die **Mitglieder des Rates** sitzen in einer alphabetischen Reihenfolge der Ländernamen. Danach wird in jeder Gruppe eine Person zur Präsidentin oder zum Präsidenten gewählt und leitet die weiteren Sitzungen. Weitere Personen können für die Kontakte zu den anderen Gruppen oder als Schriftführende bestimmt werden.

Die **Kommission** bereitet zeitgleich mit Hilfe der Vorlage einen Vorschlag für einen neuen Rechtsakt und die Eröffnungsrede vor. Die **Mediengruppe** erarbeitet einen Plan für die eigene Tätigkeit und nimmt an allen Sitzungen teil.

Nach der ersten Pause eröffnet die **Präsidentin oder der Präsident der Kommission** die gemeinsame Konferenz mit der Eröffnungsrede. Nach einem kurzen Austausch, kleineren Interviews der Mediengruppe und informellem Kennenlernen zwischen den Teilnehmenden kehren die Gruppen in ihre Räume zurück.

Die **Kommission** verteilt ihren Vorschlag für einen neuen Rechtsakt zunächst im Parlament und anschließend im Rat. Der Text wird vorgelesen, und die Beweggründe werden mitgeteilt. Die Kommission bzw. einzelne Mitglieder sind in der Regel in den Sitzungen des Parlaments und des Rats anwesend und haben ein Rederecht.

Das **EP und der Rat** beraten über die Vorlage, das EP beschließt Änderungen, die es dem Rat mitteilt. Erst dann und nur auf Grundlage dieser veränderten Vorlage kann der Rat selbst Änderungen beschließen. Ein Beschluss im EP geschieht mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder. Der Rat dagegen beschließt grundsätzlich mit der sogenannten qualifizierten Mehrheit. Diese ist im Planspiel erreicht, wenn 55 Prozent der anwesenden mitgliedstaatlichen Vertreter 65 Prozent der Bevölkerung der anwesenden Mitgliedstaaten widerspiegeln.

Die **Mediengruppe** begleitet jede Sitzung der Organe. Zur Mitte des Planspiels (vor dem Mittagessen) und zum Abschluss führt die Mediengruppe jeweils eine Talkshow mit Gästen aus allen Organen durch. Zu Beginn der Talkshows berichten die Medienvertreter aus den Sitzungen, anschließend werden die Gäste interviewt. Die gesamte Talkshow sollte rund 20 Minuten dauern.

Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren der EU

Die Europäische Union erlässt grundsätzlich ihre Rechtsakte /Gesetze (Richtlinien und Verordnungen) mit bis zu drei Lesungen im Europäischen Parlament und im Rat auf Initiative der Europäischen Kommission nach dem im Artikel 294 des Vertrags zur Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) beschriebenen Verfahren.

Hiernach reicht zunächst die **Kommission** Vorschläge für gemeinsame Gesetze, Verordnungen (unmittelbar gültige Rechtsakte) und Richtlinien (durch die Mitgliedstaaten umzusetzende Rechtsakte) ein. Die Vorschläge gehen an das **Europäische Parlament** und den **Rat**.

Im **Europäischen Parlament** arbeiten 751 auf fünf Jahre direkt gewählte Abgeordnete in politischen **Fraktionen**.

Der **Rat** ist die Vertretung der **Mitgliedstaaten** für die tägliche Arbeit der EU. Hier sitzen 28 Fachministerinnen und -minister aus den nationalen Regierungen zusammen.

Sobald das EP *Änderungen zum Vorschlag der Kommission* beschlossen hat, ist der Rat aufgefordert, diese Änderungen anzunehmen, abzulehnen oder ebenfalls Änderungen zu beschließen. Die erste Runde von Änderungsbeschlüssen heißt *Erste Lesung*. Sollten beide Institutionen keine Änderungen für notwendig halten oder akzeptiert der Rat die Änderungen des EP, so kann das Gesetz in Kraft treten.

Wird in der *Zweiten Lesung* Einigkeit in den Änderungen erzielt, tritt das Gesetz jetzt in Kraft.

Werden sich EP und Rat überhaupt nicht einig, kann das Gesetz aber auch scheitern. Oft einigen sich daher beide Institutionen nach der Zweiten Lesung darauf, einen **Vermittlungsausschuss** einzuberufen, der eine Einigungsvorlage für eine *Dritte Lesung* erarbeitet.

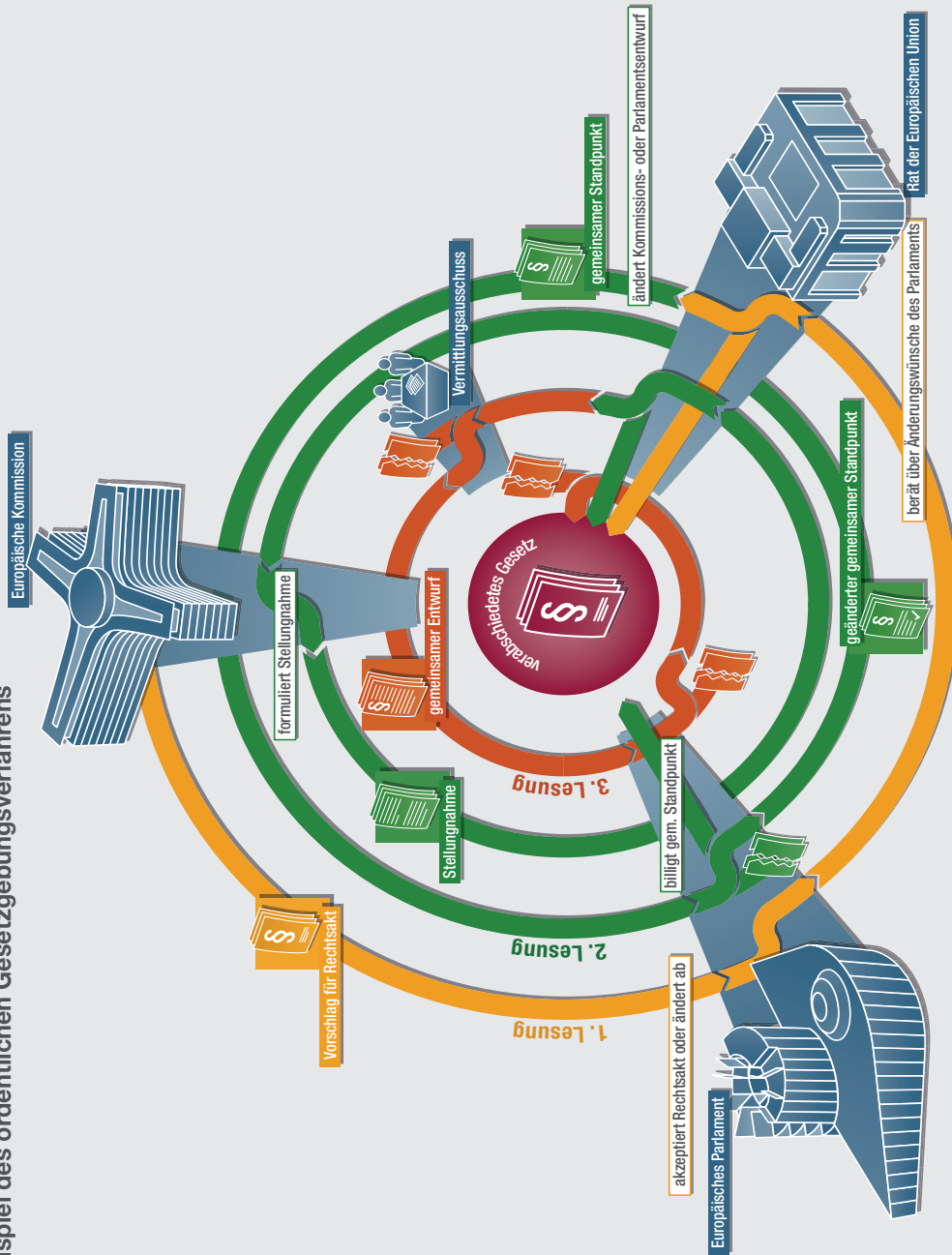
Der **Vermittlungsausschuss** besteht aus allen Mitgliedern des Rates und ebenso vielen Mitgliedern des EP. Misslingt dieser Versuch oder stimmt in der Dritten Lesung eines der beiden Gremien gegen den gemeinsamen Vorschlag, ist das Gesetz endgültig gescheitert. Bei einer Einigung unterzeichnen die Präsidentinnen oder Präsidenten von Rat und EP das Gesetz, womit es in Kraft tritt.

Die **Präsidentschaft im EP** wird von seinen Mitgliedern für je 2,5 Jahre gewählt. Die **Präsidentschaft im Rat** wechselt jedes Halbjahr, damit jedes Land einmal diese Aufgabe übernehmen kann.

Die **Kommission** begleitet einen Gesetzesvorschlag über alle Lesungen und gibt Stellungnahmen zu den Änderungswünschen des EP ab. Dies beeinflusst wesentlich die Entscheidungsfindung im Rat. Bei einer negativen Beurteilung der Kommission kann der Rat in der zweiten Lesung die gewünschte Änderung nur einstimmig beschließen, bei einem positiven Urteil genügt eine qualifizierte Mehrheit. Um diese zu erreichen, wird seit November 2014 eine Mehrheit von 55 Prozent der Mitgliedstaaten, die 65 Prozent der Bevölkerung der EU vertreten, benötigt. Das EP stimmt in der Regel mit Mehrheit ab.

Europäische Gesetzgebung

Am Beispiel des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens



Bundeszentrale für politische Bildung, 2010, www.bpb.de

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de



PLAN- SPIEL

Zeitplan

Für eine Durchführung des Planspiels in 7,5 Zeitstunden (inklusive Pausen) empfehlen wir diesen Zeitplan:

- 30 Min: **Einführung** in die Thematik und die Planspielregeln
- 45 Min: **Einlesen** in die Rollen
- 10 Min: **Eröffnung** durch die Kommissionsrede in einer gemeinsamen Konferenz
- 10 Min: Pause
- 20 Min: Die **Kommission** reicht ihren Vorschlag mit Erläuterungen in das EP und den Rat ein
- 45 Min: **EP und Rat** beraten jeweils in Erster Lesung
- 5 Min: **EP** teilt dem Rat Änderungen mit
- 10 Min: Pause
- 15 Min: **Rat** berät EP-Änderungen und beschließt darüber (*bei Zustimmung in allen Punkten ist der Rechtsakt erlassen*)
- 15 Min: Die **Kommission** beschließt und gibt Stellungnahme zum Ratsbeschluss ab
- 15 Min: **EP** berät unter Berücksichtigung der Kommissionsstellungnahme den Ratsbeschluss in Zweiter Lesung (*bei Zustimmung in allen Änderungen ist der Rechtsakt erlassen, bei Ablehnung ist er gescheitert, bei erneutem Änderungsbeschluss wird er an Kommission und Rat weitergeleitet*)
- 10 Min: **Kommission** gibt negative oder positive Stellungnahme zu EP-Änderungen ab
- 15 Min: **Rat** berät in Zweiter Lesung die EP-Änderungen (*Bei einer negativen Beurteilung der Kommission kann der Rat in der zweiten Lesung die gewünschte Änderung nur einstimmig beschließen, bei einem positiven Urteil genügt eine qualifizierte Mehrheit. Bei Zustimmung zu allen Änderungen ist der Rechtsakt erlassen, bei Ablehnung wird ein Vermittlungsausschuss einberufen*)
- 10 Min: **EP-Präsidentschaft und Rats-Präsidentschaft** einigen sich auf die Einberufung des Vermittlungsausschusses (*alle Ratsmitglieder und gleich viele EP-Mitglieder, Kommission nimmt beratend teil*)
- 20 Min: Talkshow der **Mediengruppe**
- 45 Min: Mittagspause
- 30 Min: Sitzung des **Vermittlungsausschusses**
- 15 Min: **EP und Rat** jeweils Abstimmung in Dritter Lesung (*bei Zustimmung ist der Rechtsakt erlassen, bei Ablehnung in EP oder Rat ist der Rechtsakt gescheitert*)
- 15 Min: Feierliche **Unterzeichnung** des Rechtsakts
- 20 Min: Talkshow der **Mediengruppe**
- 30 Min: **Auswertung**

Nach dem Planspiel

Auf ein Planspiel folgt in jedem Fall eine intensive Auswertung. Praktisch bedeutet dies, dass die Teilnehmenden in diesem Moment die Rollen verlassen. Das Spiel endet offiziell, niemand spielt mehr eine Rolle. Fragen, die im Laufe des Spielens aufgetreten sind, können nun thematisiert und besprochen werden. Zum anderen dient die Auswertung aus pädagogischen Gründen dazu, die Planspielergebnisse mit der Realität abzugleichen. Es geht darum, zu schauen, welche Ergebnisse erzielt wurden und wie das alles zur Wirklichkeit passt. Welches Lernziel wurde erreicht?

Auswertung

Für die Auswertung haben wir einige Leitfragen formuliert. Diese beziehen sich auf die inhaltlichen Lernziele, die durch das Planspiel für die Teilnehmenden erreicht wurden. Auch wird damit allen bewusst gemacht, warum und wozu das Planspiel durchgeführt wurde.

Wir empfehlen als bewährte und plastische Möglichkeit, mit roten und grünen Abstimmungskarten zu arbeiten. Jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer erhält eine rote und eine grüne Karte. Rot steht für „nein/Ablehnung“, grün für „ja/Zustimmung“. Damit kann schnell ein Stimmungsbild erhoben werden. Und auch eher stille Teilnehmerinnen und Teilnehmer können sich zu den Fragen positionieren, ohne sich unbedingt auch verbal äußern zu müssen. Die ganze Gruppe ist somit beteiligt und in den Prozess eingebunden.

Für die Auswertung schlagen wir Leitfragen vor, die modifiziert und/oder ergänzt werden können.

Zum Planspiel:

War ich mit meiner Rolle zufrieden? Warum/warum nicht?

Habe ich die Ziele meiner Rolle umsetzen können? Warum/warum nicht?

Welche Rolle bzw. welche Gruppe hat ihre Ziele am besten durchsetzen können, und warum?

Zum Abgleich mit der Realität:

War das Planspiel(-geschehen) realistisch?

Was war realistisch und was nicht?

Habe ich aus dem Planspiel etwas gelernt? (Auch hier können konkrete Fragen folgen, die die Planspielleitung wählt. Bsp.: Wäre ein Europäisches Haus wünschenswert? Wie sollte es aussehen?)

So sieht es in der Realität aus

Kulturpolitik als solche ist ein junges Politikfeld der EU. Erst mit dem am 1. November 1993 in Kraft getretenen Vertrag über die Europäische Union wurde eine erste Rechtsgrundlage für kulturpolitisches Engagement auf europäischer Ebene geschaffen. Durch diese Kompetenz, heute in Art. 167 AEUV (sog. „Kulturartikel“) zu finden, eröffnen sich der Europäischen Union drei mögliche Ebenen des politischen Handelns im Bereich der Kultur. Die erste Ebene umfasst die Wahrung der kulturellen Vielfalt Europas. Darüber hinaus wird auf der zweiten Ebene die Unterstützung von Aktivitäten der Mitgliedstaaten zum Schutz des gemeinsamen Kulturerbes ermöglicht. Ein weiterer Wirkungsbereich, in der dritten Ebene, eröffnet die Förderung des zeitgenössischen künstlerischen Schaffens.

Es ist hierbei jedoch dringend notwendig zu beachten, dass die Rolle der Europäischen Union unter Berücksichtigung des sogenannten Subsidiaritätsprinzips eingegrenzt werden kann. Das Handeln auf Ebene der Mitgliedstaaten genießt Vorrang vor dem gemeinschaftlichen Handeln der Union, sofern die Mitgliedstaaten dieses geltend machen. Somit liegt die oben beschriebene „Kulturkompetenz“ auch bei den Mitgliedstaaten und ist nicht vollständig in den Bereich der Union übergegangen.

In der Vergangenheit wurden unterschiedliche Vorstöße erfolgreich unternommen, um staatenübergreifend auf der Ebene der Union kulturpolitisch aktiv zu werden, teilweise noch vor Inkrafttreten des Vertrags über die Europäische Union. Eines der prominentesten Beispiele ist das Projekt der Europäischen Kulturhauptstadt (von 1985 - 1999 Kulturstadt Europas), das bereits 1985 auf Initiative der damaligen griechischen Bildungsministerin Melina Mercouri ins Leben gerufen wurde. Die dahinterliegende Idee ist, Reichtum, Vielfalt und Gemeinsamkeiten des kulturellen Erbes in Europa herauszustellen und gleichzeitig einen Beitrag zum besseren gegenseitigen Verständnis der europäischen Öffentlichkeit(en) füreinander zu schaffen. Die Europäische Union gibt den Rahmen vor und stellt zu diesem Zweck Fördermittel bereit.

Im Planspiel wird unter Anlehnung an das Modell der Europäischen Kulturhauptstadt eine Initiative gestartet, eine europäische Dimension von Kulturpolitik im Ausland – außerhalb der EU – ins Leben zu rufen. An verschiedenen Stellen fanden bisher schon Kooperationen einzelner Kulturinstitute der Mitgliedstaaten statt, z.B. im Rahmen von Projekten oder durch gemeinsame Nutzung von Gebäuden. Mit der Gründung des Europäischen Netzwerks nationaler Kulturinstitute (EUNIC) 2007 wurde eine Kooperation ins Leben gerufen, „die kulturelle Vielfalt Europas innerhalb wie außerhalb der EU sichtbar zu machen“.² Die im Planspiel diskutierte mögliche Dimension einer neuen Form von Zusammenarbeit und einer gemeinsamen europäischen Ausrichtung auswärtiger Kulturpolitik, existiert allerdings bisher noch nicht.

Die Außenbeauftragte der Europäischen Union, Federica Mogherini, hat im Mai 2016 in ihrer „Globalen Strategie der EU“³ die Bedeutung der europäischen Kulturen und ihre gemeinsame Präsentation auf internationaler Ebene hervorgehoben. Dies meint eine enge Anbindung an Außenpolitik, Kulturpolitik als integraler Bestandteil und verlässliches Instrument zwischen Menschen. Bereits im Februar 2016 war in Brüssel eine Plattform der Kulturdiplomatie ins Leben gerufen worden.

2 Vgl.: <http://berlin.eunic-online.eu/?q=de/content/auftrag-0>, available: 6.8.2016.

3 https://ec.europa.eu/germany/news/eu-legt-strategie-zur-kulturdiplomatie-vor_de, available: 6.8.2016.

PLAN- SPIEL

Damit wird der Kulturpolitik in der europäischen Außenpolitik eine wichtige Position zugewiesen, worin aus heutiger Sicht ein Bedeutungszuwachs erkannt werden kann. Somit deutet sich an, dass einer auswärtigen Kulturpolitik europäischen Formats eine veränderte und damit eine verstärkte Relevanz zuteil werden wird. Noch ist es allerdings offen, ob und wenn in welcher Form die Europäische Kommission diese Initiative der Außenbeauftragten, die ja selbst Mitglied der Kommission ist, zum Anlass für eigene Gesetzesinitiativen im Politikfeld der Kultur nehmen will oder auch können wird.

Das vorliegende Planspiel wirft im Rahmen dieser zu beobachtenden Entwicklungstendenzen den Blick voraus und lässt dabei in seinem Szenario mögliche Debatten bereits schon heute „real“ werden, die in der europäischen Politik in den nächsten Jahren geführt werden.

SZENA- RIO

SZENARIO

Um das Miteinander in Europa war es schon besser bestellt. Das Ansehen der Europäischen Union ist auf einem historischen Tiefpunkt – als Erfolgsgeschichte wird das Projekt immer weniger wahrgenommen. Stattdessen rast der Kontinent seit Beginn des Jahrtausends anscheinend von einer Krise in die andere. Sei es die gemeinsame Währung, das Schicksal von Menschen in Not, oder überhaupt die Zugehörigkeit zur Europäischen Union: Themen, zu denen Auseinandersetzungen ausgetragen werden, gibt es genug. Nur in der Kultur scheint sich alles weiter zu drehen, alles nimmt geräuschlos seinen Gang, innovativ und farbenreich, auf vielfältige Weise wird zusammengearbeitet.

Stets im Kreuzfeuer bei allen Auseinandersetzungen ist der Präsident der Europäischen Kommission mit seinen 27 weiteren Kolleginnen und Kollegen, den Kommissarinnen und Kommissaren. Er ist es auch, von dem erwartet wird, die Herausforderungen des gesamten Kontinents zu lösen. Doch auch ihn als erfahrenen Politiker plagen nunmehr immer öfter große Bedenken. Er hat mehr und mehr den Eindruck, dass jede gemeinsame Herausforderung die Staaten immer weiter auseinandertreibt. Gefragt wären stattdessen gemeinsame Lösungen. Vor allem betrübt ihn, dass die Staats- und Regierungschefs ihn, ja eigentlich die gesamte Kommission, in ihrer Rolle als „europäischste aller europäischen Behörden“, als „Hüterin der Verträge“ und Motor der Integration zunehmend „am Katzentisch“ platzieren wollen und Entscheidungen lieber selbst fällen. Dabei hätte er so viele Ideen, wie die Europäische Union wieder fit zu machen wäre. Wie sie mit neuem Geist zu füllen wäre, wenn man ihn nur ließe...! Und wenn der Rahmen des alltäglichen Handelns auch endlich einmal gesprengt würde, weg von den Wirtschaftsfragen hin zu einem ansprechenderen, griffigeren Thema. Das alles erfordert, dass endlich einmal gegen den Strich gedacht und auch gehandelt wird! So denkt sich der Präsident der Kommission insgeheim.

Es muss etwas getan werden. Eilig sucht er bei seinen Kolleginnen und Kollegen Rat und ebenso Unterstützung. Nur seine engsten Vertrauten, einige Kommissarinnen und Kommissare und einige wenige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehören dem Kreis an, der an der Entwicklung neuer Ideen beteiligt ist. Noch soll niemand etwas erfahren. Schließlich plant er einen großen Wurf, damit die Vision des Gemeinsamen wieder Gestalt annehmen kann.

Bei der Sitzung in den abgeschirmten Räumlichkeiten des Berlaymont-Gebäudes in Brüssel, dem Amtssitz der Kommission, weiht der Kommissionspräsident die Anwesenden ein. Mit einem rundum überraschenden Vorschlag will er die Europäische Union aufrütteln. Nur wie dieser Vorschlag bis ins letzte Detail aussehen soll, da ist der Präsident der Europäischen Kommission sich noch nicht ganz sicher. Es sei die europäische Bürgerpflicht eines jeden, sich zu überlegen, was zu tun wäre. Gebraucht werde ein so starkes Signal, dass guten Gewissens von einem echten Neuanfang gesprochen werden kann. Dafür sei nun am richtigen Ort der richtige Augenblick gekommen.

SZENA- RIO

Unter den Anwesenden ist auch die Kommissarin für Bildung und Kultur. Bildung und Kultur – das waren wie überall die sogenannten „weichen“ Themen in der Europäischen Union. Nach außen ist der Fachbereich nur wenig bekannt. Dies auch nur durch sein Journal, eine Vierteljahresschrift mit dem Titel „*La Culture/The Culture*“.

Das Magazin erscheint sechssprachig auf Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Polnisch und Spanisch, kann aber dennoch nur in Ausnahmefällen, gesamteuropäisch wirksame Impulse setzen. Daneben schützt und fördert die Kommission das europäische Kulturerbe und unterstützt die Kultur- und Kreativwirtschaft mit ihrem wertvollen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung. Sie ist überzeugt, dass die Kulturbranche ein Schlüsselfaktor zur Entwicklung der Gesellschaft sein kann und noch mehr sein könnte! Gleichzeitig wird konstatiert, dass dieses Potenzial zuletzt kaum genutzt, ja vielmehr weitgehend ignoriert wurde.

Seinem Team gegenüber schweigt der Kommissionspräsident wie vereinbart. Dennoch gibt er dem Büro einen Auftrag: Man solle nach neuen Vorschlägen suchen, überraschenden, innovativen! Kurzum nach solchen, die bislang niemand erwarten würde. Die Angesprochenen sind verblüfft und erfreut zugleich. Fast scheint es, als seien alle von neu erwachtem europäischen Geist inspiriert. Manche erinnern sich an die Anfänge der Idee der Europäischen Kulturhauptstadt, die sich bis heute eines großen Interesses erfreut und nicht wenige Impulse setzte. Auch damals war es darum gegangen einen europäischen Gedanken in Kunst und Kultur zu zeigen. Über Grenzen zu blicken, den Denkradius zu erweitern! Europa als etwas Großes, Gemeinsames nicht nur sichtbar, sondern greif-, ja erlebbar werden zu lassen!

Der Denkprozess startet. Nach einiger Zeit der Suche kommt einer pfiffigen Praktikantin, die von ihrer Chefin, der Kommissarin für Kultur und Bildung, eingeweiht worden war, bei genauer Lektüre der Verträge eine Idee. Sofort eilt sie zu ihr: Sie war auf den Artikel 167 im Vertrag über die Arbeitsweise der EU gestoßen. Dieser zeige doch eine richtige Kulturkompetenz der Europäischen Union. Warum würde denn diese Kompetenz so wenig genutzt, wenn sie bereits von den Mitgliedstaaten an die Europäische Union abgegeben worden ist?

Die Kommissarin weiß um die Schwierigkeiten. Der Artikel 167 steht im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), im Vertrag von Lissabon. Er stellt eine zentrale Norm dar, wenn es um Fragen der Kulturpolitik in der Europäischen Union geht. Bereits in den älteren Verträgen, spielte er theoretisch eine wichtige Rolle, aber eben nicht in der Umsetzung, in der Praxis. Mit diesem Artikel ist geregelt, dass die Europäische Union in Fragen der Kulturpolitik tätig werden darf. Wie überall kann die Europäische Kommission jedoch auch in diesem Politikfeld nicht alleine entscheiden, sondern ist auf die Mitwirkung des Europäischen Parlaments und des Rats der EU angewiesen. Sie hat aber eine wichtige Funktion: Sie kann als einziges Gremium die Initiative ergreifen und einen Rechtsakt vorschlagen.

Die Kommissarin erinnert sich an eine Unterredung, die sie kürzlich mit dem Leiter eines Kulturinstituts außerhalb des europäischen Kontinents hatte. In diesem Land wurde ein gemeinsamer Europatag geplant, mit seinen Kollegen aus allen Teilen der EU. Ein großer landesweiter Wettbewerb war ausgeschrieben worden. Die Idee war gewesen, dass Studierende europäische Opern interpretieren. Auf den besten Teilnehmenden warteten ein Preisgeld und eine Europareise. Die ansässigen Vertreterinnen und Vertreter der anderen Kulturinstitute konnten nicht für die Idee begeistert werden.

Den einen erschien die Kunstform an sich nicht passend – lieber klassische Dramen ins Auge fassen. Anderen fehlten die finanziellen Mittel sich zu beteiligen. Für die meisten schließlich waren Opern eine zu spezielle Kunstform, mit der sie sich nicht ausreichend auskennen würden. So war das Projekt abgesagt, noch bevor es ins Leben gerufen wurde. Eine große Enttäuschung blieb zurück.

Schon da stand die Frage im Raum, wofür es denn den Europäischen Auswärtigen Dienst gebe. Weswegen denn nicht auch ein Haus der Europäischen Kultur gründen? In der Welt Europas geistige und kulturelle Vielfalt zu zeigen. Und damit auch Europa bewusst machen, dass vielmehr Gemeinsamkeiten, als Trennendes vorhanden sind.

Die Planung beginnt. Der Präsident der Kommission und seine Mitarbeitenden sollen in Windeseile einen Gesetzesentwurf formulieren. Freilich gibt es einiges zu entscheiden, über die Zielgruppen, die Sprachen, wohin es gehen soll. Viele Fragen bergen Konfliktstoff. Dem Kommissionspräsidenten steht die Begeisterung ins Gesicht geschrieben. War es nicht der Gründungsvater der Union Jean Monnet dem einer der berühmtesten Sätze zugeschrieben werden: „Würde ich mit Europa neu beginnen, würde ich die Kultur an den Anfang setzen“? Auch wenn es mittlerweile bekannt ist, dass Jean Monnet in Wirklichkeit diesen Satz nie gesagt hat, er würde auf die momentane Situation wie die Faust aufs Auge passen. Der Kommissionspräsident atmete auf, denn das war der fieberhaft gesuchte Vorschlag. Ein Telefonat mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments und ein weiteres mit dem Rat der Europäischen Union folgen. Dann wird ein Pressetermin angesetzt. Der Vorschlag „Vor allem anderen: Kultur“ soll der europäischen Öffentlichkeit präsentiert werden.

Doch zuerst soll es an die Ausarbeitung der Vorgehensweise im Detail gehen. Die Experten der Kommission haben hierbei vor allem folgende offene Fragen im Blick:

Konfliktfeld 1: Europäische Woche oder gleich das Europäische Haus?

Einige Mitgliedstaaten sind eigentlich mit dem derzeitigen Status quo zufrieden. Große Länder unterhalten ohnehin weltweit ihre eigenen Kulturinstitute. Da kommt es eher sogar ungelegen, Brüssel eine neue Steuerungsmöglichkeit einzuräumen. Noch mehr „Europäische Wochen“, die zentral von der EU für die ganze EU festgelegt werden und jeweils durch verschiedenste Aktionen sich innerhalb einer Woche einem bestimmten Thema widmen, ist aber immer zu vermitteln. Mehr gemeinsame Projekte anstelle von neuen Instituten, so könnte ein Motto lauten! Wenn die Versuche gut gehen, könnte ja immer noch darüber nachgedacht werden, neue „europäische“ Institute ins Leben zu rufen.

Anderen gehen diese Gedanken aber nicht weit genug. Das Thema solle umfassend und damit richtig angegangen werden: Es kommt nur ein richtiges „Europäisches Haus“ vergleichbar etwa mit den Einrichtungen, die einige EU-Staaten im Ausland betreiben, wie etwa die Goethe-Institute oder der British Council, in Frage und am besten in kürzester Zeit und überall auf der Welt. Informelle und unverbindliche Zusammenarbeit gab es lange genug. Für die Aufgabe, gesamteuropäisch aktiv zu werden gäbe es nur eine Instanz: Die Europäische Union. Erst damit würde es vor allem kleinen Ländern ermöglicht werden, an dem Projekt wirklich teilzuhaben. Aber auch große Länder könnten an dem Mehrwert und Prestige für alle Gefallen finden, den ein Europäisches Haus schaffen würde. Und wenn der Stein ins Rollen gekommen ist, können sich die Skeptiker dann immer noch entziehen und zurückhalten?

Konfliktfeld 2: Angebot und Inhalt

Es gibt Mitgliedsstaaten, die ihr reiches kulturelles Erbe immer in die Waagschale werfen wollen, ja sogar meinen dies zu müssen. Ist es nicht erst die enge geschichtliche Verbundenheit und Vernetzung, die Europa als Kulturraum auszeichnet? Wenn europäische Kultur nach außen getragen wird, dann dürfen Oper, klassische Literatur, aber auch Volkstanz und Trachten keinesfalls fehlen.

Andere sehen das kritisch. Sie finden, Europa sei viel mehr als nur ein Museum des Gestern. Gerade die Errungenschaften der Geschichte müssten fortlaufend „übersetzt“ werden. Erst die Übertragung in Hier und Jetzt lässt Europa und seine Kultur verstehbar werden. Außerdem sei Europa nicht nur innerhalb, sondern auch nach außen immer vernetzt gewesen. Das müsse sich auch im Angebot eines europäischen Kulturinstituts niederschlagen: Von Bildung bis Lebensart hat Europa ja auch einiges zu bieten. Warum nicht einmal Kunstwerke am Nachthimmel erstrahlen lassen, Architektur unter Wasser oder Poetry-Slam mit Lichtkunst verbinden? Hauptsache das Angebot ist so innovativ, dass es über die Vorstellungen rein europäischer Weltsicht hinausgeht.

Konfliktfeld 3: Die Rolle der Sprache(n)

Noch offen hingegen ist, in welcher Sprache „Europäisches Haus“ arbeitet und seine Projekte anbietet. Oder werden vielleicht sogar Sprachkurse angeboten? Für die einen ist Sprache eng mit Kultur verknüpft, ja ein zentraler Bestandteil. Europäische Kultur lässt sich ohne europäische Sprachen nicht erfassen – und schlussendlich haben europäische Sprachen auch große Teile der Welt geprägt und sind damit auch von elementarer Bedeutung für die Vernetzung des Kontinents nach außen. Klar ist: Sprachkurse spielen auf jeden Fall eine Rolle. Dennoch wäre es gefehlt, sich dabei nicht nur auf ein, zwei oder eben die großen Sprachen konzentrieren. Für Überlegungen in verschiedene Richtungen sollten sich aber alle Seiten offen zeigen.

Für einige gibt es keinen Grund, nun unter EU-Flagge auch noch Sprachkurse anzubieten. Vielmehr sollte das Interesse in Richtung von Projekten gehen, die sofort und unmittelbar wirken! Jedenfalls müsse aber immer die große Sprachvielfalt des Kontinents abgebildet werden. Gerade kleine Staaten befürchten die Dominanz der größeren Staaten. Schlussendlich wird Sprache von vielen primär als technisches Instrument gesehen. Deswegen nicht unwichtig, aber jedenfalls sekundär, wenn es um den Prozess der Vermittlung von Kultur geht. Wenn Sprache eine Rolle spielen soll, so dieser Ansatz, dann nur in einem umfassenden Kontext – beispielweise mit mehrsprachigen oder künstlerischen Sprachakzenten wie Poesiefestivals oder eben auch Theaterprojekten.

Konfliktfeld 4: 100 % Europa oder „E pluribus unum“ (deutsch: Aus vielen eines; englisch: Out of many, one)?

Soll ein solches „Europäisches Haus“ nur den Rahmen bereitstellen, bei dem sich jeder (mit eigener Kostenbeteiligung!) einbringt? Oder geht es vor allem um eigene Angebote? Das Motto „Einheit in Vielfalt“ steht selbstredend dafür, dass immer mehrere Staaten beteiligt sein müssen. Die einen können sich gut vorstellen, dass man die neuen „Europäischen Häuser“ in direkter Nachbarschaft zu schon bestehenden, nationalen Angeboten aufbaut. Und wenn man das schon macht, warum nicht gleich das Personal übernehmen? Auf diese Weise erzielbare Synergien kommen schließlich allen zugute.

Neben dem Personal könne man auch gleich gut laufende Strukturen übernehmen. Mittelschlüssel, Arbeitspläne, Rotationssysteme: Warum das Rad neu erfinden, wenn es anderswo schon gut klappt?

Anderen wäre es lieber, wenn die Struktur von Grund auf neu überdacht und entwickelt werden würde. Manche haben weder Personal noch umfangreiche Finanzressourcen. Wenn „Einheit in Vielfalt“ auch ernst gemeint sein soll, müsse für sie auch mehr übrig bleiben als eine Randerscheinung und gelegentliche kleine Ausschreibungen. Abgesehen davon muss aber vielleicht auch nicht alles schon heute durchgeplant sein. So ist das eben bei neuen Sachen: Man muss sich ausprobieren können und dürfen. Und nicht jeder Mitgliedsstaat hat schon so viel Erfahrung in auswärtiger Kulturpolitik.

Konfliktfeld 5: Geographischer Fokus der Institute?

Wo soll Europa aktiv werden? Einerseits werden einige Staaten für ein „One-fits-all-Modell“ sein: Ein Projekt, das auf der ganzen Welt eingesetzt werden kann. Nur so erhält man sich den ganzen Spielraum der Kulturpolitik. Warum sollte man sich schon in der Planung einschränken? Offen für alles muss das Motto lauten.

Anderen Staaten schwebt aber Größeres vor. Kulturpolitik ist für manche europäischen Regierungen schon immer in erster Linie der Außenpolitik zuzuordnen gewesen. Eine gemeinsame außenpolitische Linie zu finden ist für die EU-Staaten seit jeher schwierig gewesen, denn zu stark sind viele Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Außenpolitik auf die Erhaltung ihrer nationalen Souveränität bedacht. Dies gilt insbesondere, wenn es darum geht, historisch gewachsene regionale Interessen beizubehalten und dementsprechend aktiv zu werden. Gerade deshalb darf die EU auf die Kulturpolitik als ein gemeinsames und verbindendes Instrument internationaler Politik nicht verzichten. Darum muss sich Kulturpolitik immer auch an den Leitlinien europäischer Außenpolitik orientieren. Am besten siedelt man es gleich beim Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) an. Es ist existenziell, dass Europa auch in der Kultur mit einer Stimme spricht – da darf man sich nicht in Details verlieren. Lieber sollte man also auf die Europäische Nachbarschaftspolitik im Osten und Süden des Kontinents setzen. Wenn dann noch Ressourcen übrig bleiben sollten, dann dürfe es gerne auch noch internationaler werden.

Artikel 6: Finanzierung

Schließlich lautet die Gretchenfrage: Woher sollen die Gelder kommen? Einerseits könnte die EU zu 100% bezahlen: Für Struktur, Personal und Projekte gleichermaßen. Das fänden aber einige ungerecht, die von der neuen Struktur nicht vergleichbar profitieren wie der Rest. Warum nicht nur die Struktur finanzieren, die Projekte hingegen von den jeweils beteiligten Mitgliedsstaaten?

Ein Mittelweg könnte sein, die Projekte zum Teil aus dem EU-Haushalt, zum Teil aus einem neuen Schlüssel zu finanzieren. So könnten alle entsprechend ihrer Teilnahmebereitschaft und Leistungsfähigkeit beteiligt werden. Klare Regeln wären schließlich für alle nützlich. Andere sperren sich aus Prinzip gegen jede Art von fixiertem Aufteilungsschlüssel. Meistens wird ein solcher Schlüssel im Vorhinein schon viel zu hoch angesetzt. Und niemand kann und will sich nicht sofort langfristig verpflichten müssen. Dies insbesondere, wenn zum momentanen Zeitpunkt unklar ist, was aus dem neuen Projekt überhaupt konkret entstehen wird.

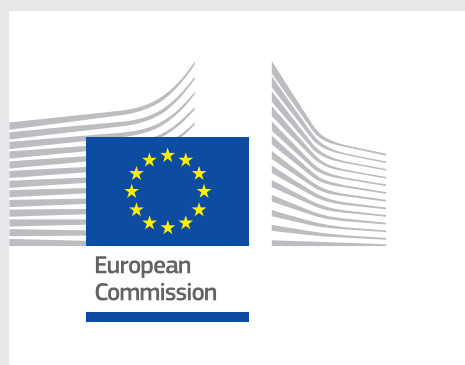
Gesetzliche Grundlagen zur Kulturpolitik der Europäischen Union:

Artikel 167 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV):

- „(1) Die Union leistet einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes.
- (2) Die Union fördert durch ihre Tätigkeit die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und unterstützt und ergänzt erforderlichenfalls deren Tätigkeit in folgenden Bereichen:
 - Verbesserung der Kenntnis und Verbreitung der Kultur und Geschichte der europäischen Völker,
 - Erhaltung und Schutz des kulturellen Erbes von europäischer Bedeutung,
 - nichtkommerzieller Kulturaustausch,
 - künstlerisches und literarisches Schaffen, einschließlich im audiovisuellen Bereich.
- (3) Die Union und die Mitgliedstaaten fördern die Zusammenarbeit mit dritten Ländern und den für den Kulturbereich zuständigen internationalen Organisationen, insbesondere mit dem Europarat.
- (4) Die Union trägt bei ihrer Tätigkeit aufgrund anderer Bestimmungen der Verträge den kulturellen Aspekten Rechnung, insbesondere zur Wahrung und Förderung der Vielfalt ihrer Kulturen.
- (5) Als Beitrag zur Verwirklichung der Ziele dieses Artikels
 - erlassen das Europäische Parlament und der Rat gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren und nach Anhörung des Ausschusses der Regionen Fördermaßnahmen unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten.
 - erlässt der Rat auf Vorschlag der Kommission Empfehlungen.“⁴

4 Vgl.: <https://dejure.org/gesetze/AEUV/167.html>

GRUPPENPROFIL

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Die Europäische Kommission ist die Exekutive in der Europäischen Union. Sie ist dem Wohl der Union als Ganzem verpflichtet und nur dem Europäischen Parlament gegenüber verantwortlich. Als „Motor der Integration“ hat die Europäische Kommission den Integrationsprozess seit Gründung der Europäischen Union und ihrer Vorgängerorganisationen entscheidend vorangetrieben. In der Europäischen Union hat ausschließlich die Kommission das Recht, ein Gesetz vorzuschlagen. Nur sie kann dem Rat und dem Europäischen Parlament Vorschläge zur Weiterentwicklung der Politik der Europäischen Union unterbreiten. Umgekehrt können weder das Europäische Parlament noch der Rat von sich aus tätig werden. Sehen diese eine Handlungsnotwendigkeit in einem Politikfeld, so müssen sie die Kommission auffordern, von ihrem Initiativrecht Gebrauch zu machen. Damit nimmt die Kommission innerhalb der europäischen Institutionen einen besonderen Stellenwert ein.

Im legislativen Prozess laufen die Fäden immer wieder in der Kommission zusammen. Eine wichtige Funktion der Kommission besteht in der Vermittlung zwischen den unterschiedlichen Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten im Rat oder zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat. Als sogenannte „Hüterin der Verträge“ ist sie zudem für die Kontrolle der Einhaltung des EU-Rechts zuständig. Besteht der Verdacht, dass ein Mitgliedstaat gegen Gemeinschaftsrecht verstößt, so kann die Kommission diesen vor dem Europäischen Gerichtshof anklagen.

Die Europäische Kommission setzt sich aus der Präsidentin/dem Präsidenten und derzeit 27 weiteren Kommissaren zusammen. Jedes Kommissionsmitglied ist jeweils für ein spezielles Politikfeld zuständig. Entscheidungen werden in der Kommission mit Mehrheit getroffen. In der Regel wird jedoch ein Konsens angestrebt, es wird also versucht, ohne Gegenstimmen zu beschließen. Die Amtszeit als Kommissarin/Kommissar beträgt fünf Jahre und liegt jeweils zwischen zwei Wahlen zum Europäischen Parlament.

ROLLENPROFIL**Kommissionspräsidentin/Kommissionpräsident (aus Kroatien)**

Sie sind Präsidentin/Präsident der Europäischen Kommission. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Zagreb

AMTSSPRACHEN

Kroatisch, regional auch Italienisch und Serbisch

EINWOHNER

4,4 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 10.200€

AUSGABEN FÜR KULTUR

3,1 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

10,6 %

In der Republik Kroatien leben auf über 56.000 Quadratkilometern rund 4,4 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Kroatien nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 21 der EU-Mitgliedstaaten. Nach dem Ende der Ost-West-Spaltung löste sich Kroatien 1991 aus der staatlichen Gemeinschaft Jugoslawiens und wurde ein unabhängiger Staat. 2013 gelang es dem kleinen Land, der EU beizutreten. Kroatien ist mit geschätzten 46 Mrd. Euro Wirtschaftsleistung im Jahr 2014 auf dem 20. Platz der ökonomischen Partner in der EU.

Sie sind stolz, dass Sie als Bürgerin/Bürger eines so jungen EU-Mitgliedstaates ein so hohes und zentrales Amt in der EU bekleiden können. Sie wollen allen zeigen, dass Sie der Aufgabe gewachsen sind. Sie finden, dass Ihnen Ihre Herkunft dabei zum Vorteil gereicht. Sie kommen aus einem Land, das noch in den 1990er Jahren Erfahrungen mit Krieg und Gewalt gemacht hat und wissen daher sehr gut, wie wichtig die friedliche Lösung von politischen Streitfragen ist. Außerdem ist Ihr Blick auf die EU noch relativ „frisch“. Ja, Sie haben gerade keine jahrzehntelange Erfahrung als EU-Mitglied. Dies ist auch der Grund, warum Sie gewählt worden sind, glauben Sie. Eine Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten und der Mitglieder des Europäischen Parlaments wollte keine Person, die schon seit Jahrzehnten europäische Politik macht. Solche „alten Hasen“ gibt es ja einige in der EU. Aber nicht immer haben diejenigen auch die besten Ideen, die zu lange Teil des Systems sind. Manchmal muss man revolutionär sein.

Ihre neue Idee folgt genau diesem Ansatz.

Sie wollen etwas ganz Neues für die EU. Europa braucht einen neuen Impuls, damit die europäische Zusammenarbeit auch in Zukunft gut funktionieren kann. Davon werden alle EU-Staaten gleichermaßen profitieren. Nationale Egoismen sind völlig fehl am Platze, hier wie sonst auch überall. Sie finden, dass, wenn man sachlich diskutiert, allen schnell klar werden muss, welches Potential in der Idee steckt. Potential für eine weitere europäische Einigung, für wirtschaftlichen Wohlstand und für eine stärkere Rolle Europas in der Welt.



Ihr Heimatland hat zum einen aufgrund seiner geringen Größe und zum anderen wegen der erst im Jahre 1991 erreichten Unabhängigkeit von Jugoslawien kaum Erfahrungen mit auswärtiger Kulturpolitik. 2014 wurde die Gründung des „Croatia House“ beschlossen, das bisher aber noch keine eigene Kulturinstituts-Infrastruktur im Ausland unterhält und nur vereinzelt Projekte im Ausland gefördert hat. Auch hat noch keine Stadt in Kroatien den Titel „Europäische Kulturhauptstadt“ getragen. Gleichwohl wissen Sie, dass kulturelle Vielfalt wichtig ist, um eine plurale Gesellschaft zusammenzuhalten. Minderheiten müssen berücksichtigt werden, auch indem man ihre Sprachen fördert. Kroatien war lange Teil von Österreich-Ungarn und hat nicht zuletzt deswegen in kultureller Hinsicht mit seinen Nachbarländern Gemeinsamkeiten. Das gilt auch für die Staaten des ehemaligen Jugoslawien, mit denen Kroatien gleichfalls eine lange gemeinsame Geschichte hat. Kulturelle Vielfalt und Offenheit werden in Kroatien seit jeher als wichtige Werte betrachtet. Ein kleines, aber dennoch wichtiges Detail sei am Rande erwähnt: Die Bezeichnung des Kleidungsstückes „Krawatte“ geht auf den Namen eines Volkes der Kroaten zurück. Die kroatischen Soldaten trugen im 17. Jahrhundert ein ähnliches Kleidungsstück um den Hals, ein Halsband mit Fransen, durch das sie recht einfach zu erkennen waren. Darauf sind viele Kroaten natürlich sehr stolz.

Natürlich sind Sie aber dem Wohl der Union als Ganzes verpflichtet, Sie müssen die Ziele der Europäischen Union verfolgen. Die Kenntnisse über die Situation in Ihrem Heimatland spielen aber auch eine Rolle. Besprechen Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in der Kommission, wie ein Vorschlag aussehen kann, der auf möglichst breite Zustimmung trifft. Natürlich wäre es aus Ihrer Sicht dabei am besten, wenn die Kommission möglichst viel Macht bekäme. Sie setzen sich für einen Vorschlag ein, der möglichst viel Gemeinsames beinhaltet. Natürlich müssen Sie aber auch schauen, dass möglichst viele der Akteurinnen und Akteure sich mitgenommen fühlen. Wie schwierig das ist, haben Sie schon oft erfahren. Die Interessen der Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments unter einen Hut zu bringen, gleicht oft einem Ritt auf der Rasierklinge. Eines ist Ihnen aber ganz klar: Die Idee muss klappen, das ist Ihr großes Ziel! Ihre Strategie ist: Diplomatisch im Ton, aber nie das Ziel aus den Augen verlieren!

Hier noch einige allgemeine Hinweise zu Ihren Aufgaben: Sie leiten die Sitzungen der Kommission. Hierzu erteilen Sie einer Person nach deren Meldung das Wort. Sie können auch alle Mitglieder Ihrer Institution auffordern, eine Stellungnahme abzugeben. Sie organisieren die Abstimmungen und halten die Ergebnisse fest. Sie achten stets auf die Zeit und können bei Zeitmangel die Liste der angemeldeten Redebeiträge schließen. Sie können auch die Redezeit begrenzen. Sie sind für den Kontakt mit den Medien verantwortlich. Erklären Sie die Haltung der Kommission. Sie können in Ihrer Institution für diese Aufgabe eine Pressesprecherin oder einen Pressesprecher wählen lassen. Sie sind auch für die Kontakte mit den anderen Institutionen zuständig. Sie können sich durch eine Person oder mehrere Personen unterstützen oder vertreten lassen, die von Ihrer Kommission hierfür gewählt wurden.

ROLLENPROFIL**Kommissar/Kommissarin für Bildung (aus Finnland)**

Sie sind ein Mitglied der Europäischen Kommission. Versuchen Sie, sich in die dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Helsinki

AMTSSPRACHEN

Finnisch, Schwedisch

EINWOHNER

5,4 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 37.000€

AUSGABEN FÜR KULTUR

2,5 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

11,2 %

In der Republik Finnland leben auf fast 400.000 Quadratkilometern rund 5,4 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Finnland nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 18 der EU-Mitgliedstaaten. Nach dem Ende der Ost-West-Spaltung des Kontinents nach 1990 trat Finnland 1995 zusammen mit Österreich und Schweden der EU bei, wobei es seine traditionelle Neutralität beibehalten konnte. Wegen seiner sehr vielfältigen Wirtschaftsstruktur mit einer starken Industrie ist Finnland trotz seiner geringen Größe mit geschätzten 199 Mrd. Euro Wirtschaftsleistung im Jahr 2014 auf dem 12. Platz der ökonomischen Partner in der EU.

Sie sind schon zum zweiten Mal Mitglied der Kommission. In der vorhergehenden Amtsperiode waren Sie für den Binnenmarkt zu ständig, jetzt für den Bereich Bildung. Beide Bereiche liegen Ihnen. Sie finden, dass die Bedeutung des Binnenmarktes für die EU nicht unterschätzt werden kann. Es gibt keinen Politikbereich, in dem Integration so weit fortgeschritten ist und so wenig in Frage gestellt wird wie den Binnenmarkt. Im Bildungsbereich hingegen ist die Integration noch nicht weit gekommen, was auch daran liegt, dass die EU hier erst wenige Kompetenzen hat. Aber diesen Kompetenzrahmen wollen Sie, anders als in der Vergangenheit geschehen, voll ausnutzen. Dabei ist es Ihnen sehr wichtig zu betonen, dass Zusammenarbeit im Bereich der Bildung auch immer einen wirtschaftlichen Nutzen hat. Das kann man in Ihrem Heimatland sehr gut beobachten. Der wirtschaftliche Erfolg hängt für Sie direkt damit zusammen, dass Finnland seit Jahren in den PISA-Studien zum internationalen Vergleich von Bildungsniveaus die vorderen Plätze belegt.



Im Bereich der auswärtigen Kulturpolitik bringen Sie aus Finnland auch etwas Erfahrung mit. Mittlerweile 16 „Finnland-Institute“ präsentieren weltweit die finnische Kultur und Finnland ist gerade in der regionalen Kulturkooperation mit den skandinavischen Staaten sehr aktiv. Auch hier sehen Sie einen direkten wirtschaftlichen Nutzen der Kulturpolitik: Nur wer Finnland kennt, kauft auch finnische Produkte. Sie sind der Überzeugung, dass kulturelle Vielfalt wichtig ist, um eine plurale Gesellschaft zusammenzuhalten. Minderheiten müssen berücksichtigt werden, auch in dem man ihre Sprachen fördert. Die finnische Kultur hat seit jeher Einflüsse aus dem westlichen Europa wie auch aus Russland aufgenommen. Groß war der Einfluss Schwedens, zu dem Finnland jahrhundertlang gehörte, und auch Deutschlands, mit dem stets rege Handelsbeziehungen bestanden. Kulturelle Vielfalt und Offenheit werden in Finnland seit jeher als wichtige Werte betrachtet. Auch wenn die meisten Finnen einen sehr modernen Lebensstil pflegen, spielen die althergebrachte Bedeutung des Landlebens und der Naturnähe, ebenso wie die tägliche Benutzung der Sauna im kulturellen Selbstverständnis Finnlands weiterhin eine wichtige Rolle.

Natürlich sind Sie aber dem Wohl der Union als Ganzes verpflichtet, Sie müssen die Ziele der Europäischen Union verfolgen. Kenntnisse über die Situation in Ihrem Heimatland spielen aber natürlich auch eine Rolle. Besprechen Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in der Kommission, wie ein Vorschlag aussehen kann, der auf möglichst breite Zustimmung trifft. Natürlich wäre es aus Ihrer Sicht dabei am besten, wenn die Kommission möglichst viele Kompetenzen übertragen bekäme. Sie setzen sich für einen Vorschlag ein, der möglichst viel Gemeinsames beinhaltet. Natürlich müssen Sie aber auch schauen, dass möglichst viele der Akteurinnen und Akteure sich mitgenommen fühlen. Wie schwierig das ist, haben Sie schon oft erfahren. Die Interessen der Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments unter einen Hut zu bringen, gleicht oft einem Ritt auf der Rasierklinge. Eine ist Ihnen aber ganz klar: Die Idee muss klappen, das ist ihr großes Ziel! Ihre Strategie ist: Diplomatisch im Ton, aber nie das Ziel aus den Augen verlieren!

ROLLENPROFIL**Kommissarin/Kommissar für Kultur (aus Portugal)**

Sie sind ein Mitglied der Europäischen Kommission. Versuchen Sie, sich in dessen Position hineinzuversetzen und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Lissabon

AMTSSPRACHEN

Portugiesisch

EINWOHNER

10,6 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 16.700€

AUSGABEN FÜR KULTUR

2,0 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

13,5 %

In der Republik Portugal leben auf fast 93.000 Quadratkilometern rund 10,6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Portugal nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 11 der EU-Mitgliedstaaten. Portugal ist bereits seit 1986 Mitglied der Europäischen Gemeinschaften. Durch die „Nelken-Revolution“ hatte das Volk die Militärdiktatur beenden können, und mit Hilfe der europäischen Partner gelang der Weg in eine stabile Demokratie. Nach dem Ende der Ost-West-Teilung Europas gründete Portugal zusammen mit elf weiteren Staaten Westeuropas 1993 die Europäische Union. Portugal hat auch den Euro als eines der ersten Länder eingeführt.

Portugal ist von der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise schwer getroffen worden. Nur durch die Unterstützung der Euro-Staaten konnte der portugiesische Bankensektor gerettet werden. Der Staat hat sich dabei bis zur Zahlungsunfähigkeit verschuldet und musste gravierende Kürzungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik vornehmen. Durch seine recht vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einer konkurrenzfähigen Industrie ist Portugal mit geschätzten 168 Mrd. Euro Wirtschaftsleistung im Jahr 2014 auf Platz 15 der ökonomischen Partner in der EU.

Sie sind zum ersten Mal Mitglied der Kommission, zuvor waren Sie viele Jahre Leiterin/Leiter des Portugiesischen Nationalmuseums in Lissabon. Sie kommen aus dem Bereich der echten Hochkultur, gleichzeitig mussten Sie auch immer politisch geschickt agieren, um möglichst gute Bedingungen für Ihr Museum zu schaffen. Auch wenn Sie über wenig Erfahrung in der politischen Arena verfügen, lassen Sie sich davon nicht bange machen. Gerade in Ihrem Bereich ist es von großem Wert, wenn man über ein gutes Standing in der Kulturszene verfügt, und das haben Sie auf jeden Fall. Es gibt kaum eine Kulturverantwortliche/einen Kulturverantwortlichen in Europa, den Sie nicht kennen!

Aus Portugal bringen Sie auch durchaus einige Erfahrung in der internationalen Kulturarbeit mit, nicht nur aus Ihrer Arbeit in der Leitung des Nationalmuseums in Lissabon. Portugal verfügt zwar über keine eigene Kulturinstituts-Infrastruktur im Ausland. Allerdings sind Lissabon (1994), Porto (2001) und Guimaraes (2012) europäische Kultur(haupt)städte gewesen. Und insbesondere mit den Ländern, in den Portugiesisch noch eine wichtige Sprache ist (z.B. Brasilien und Angola), gibt es intensive Kooperationen. Portugal hat eine alte Kultur, die in der Weltgeschichte eine prägende Kraft gewesen ist. Portugal wird manchmal als das „Land der Poeten“ bezeichnet. In der portugiesischen Literatur, besonders im Mittelalter als die portugiesische Nation entstand, war die Poesie weit verbreitet. Heute ist auch die portugiesische moderne Literatur international bedeutend, besonders bekannt sind die Werke des Literaturnobelpreisträgers von 1998, José Saramago.

Natürlich sind Sie aber dem Wohl der Union als Ganzes verpflichtet, Sie müssen die Ziele der Europäischen Union verfolgen. Die Kenntnisse über die Situation in Ihrem Heimatland spielen aber natürlich auch eine Rolle. Besprechen Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in der Kommission, wie ein Vorschlag aussehen kann, der auf möglichst breite Zustimmung trifft. Natürlich wäre es aus Ihrer Sicht dabei am besten, wenn die Kommission möglichst viel Macht bekäme. Sie setzen sich für einen Vorschlag ein, der möglichst viel Gemeinsames beinhaltet. Natürlich müssen Sie aber auch schauen, dass möglichst viele der Akteurinnen und Akteure sich mitgenommen fühlen. Wie schwierig das ist, haben Sie schon oft erfahren. Die Interessen der Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments unter einen Hut zu bringen, gleicht oft einem Ritt auf der Rasierklinge. Eine ist Ihnen aber ganz klar: Die Idee muss klappen, das ist ihr großes Ziel! Ihre Strategie ist: Diplomatisch im Ton, aber nie das Ziel aus den Augen verlieren!

Was die inhaltliche Ausgestaltung des Projektes angeht, sind Sie sehr offen. Dass manche Akteure eher auf traditionelle althergebrachte Kultur setzen, können Sie zwar nachvollziehen, aber sie finden auch: Kultur braucht die ständige Erneuerung, wenn sie nicht zum Ritual erstarren will. Deswegen sind Sie durchaus offen für neue und unkonventionelle Projekte und Ideen.



ROLLENPROFIL**Kommissarin/Kommissar für Multilingualität (aus Ungarn)**

Sie sind ein Mitglied der Europäischen Kommission. Versuchen Sie, sich in die dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Budapest

AMTSSPRACHEN

Ungarisch

EINWOHNER

10 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 10.600€

AUSGABEN FÜR KULTUR

3,7 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

9,5 %

In der Republik Ungarn leben auf knapp 93.000 Quadratkilometern rund 10 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Ungarn nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 13 der EU-Mitgliedstaaten. Die alte Volksrepublik Ungarn war bis 1989 Teil des auf die Sowjetunion ausgerichteten, östlichen Bündnisses und von der demokratischen Einigung Westeuropas ausgeschlossen. Nach den ersten freien Wahlen 1990 strebte die Republik Ungarn in die Europäische Union, der sie schließlich zusammen mit den anderen ostmitteleuropäischen Ländern am 1. Januar 2004 beitrug. Ungarn hat den Euro noch nicht eingeführt. Die Wirtschaftsstruktur des Landes ist noch relativ schwach entwickelt. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von rund 101 Mrd. Euro im Jahr 2014 liegt es auf dem 18. Platz der ökonomischen Partner in der EU.

Sie sind stolz, dass sie als Bürgerin/Bürger eines so jungen EU-Mitgliedstaates als Kommissarin/als Kommissar ein so hohes Amt in der EU bekleiden können. Sie wollen allen zeigen, dass Sie der Aufgabe gewachsen sind. Sie finden, dass Ihre Herkunft dabei hilfreich ist. Sie kommen aus einem Land, dessen Sprache eine Inselsprache ist, also in keinem anderen Land auch nur annähernd verstanden wird. Sie wissen also, wie wichtig es ist, fremde Sprachen zu beherrschen, wenn man international zusammenarbeiten will. Außerdem ist Ihr Blick auf die EU noch relativ „frisch“. Sie haben eben keine jahrzehntelange Erfahrung als EU-Mitglied. „Alte Hasen“ gibt es ja einige in der EU. Aber diese haben eben auch nicht immer die besten Ideen, weil sie zu lange Teil des Systems sind. Manchmal muss man revolutionär sein.

Ihre neue Idee folgt genau diesem Ansatz, Sie wollen etwas ganz Neues für die EU. Europa braucht einen neuen Impuls, damit die europäische Zusammenarbeit auch in Zukunft gut funktionieren kann. Davon werden alle EU-Staaten gleichermaßen profitieren. Nationale Egoismen sind völlig fehl am Platze, hier wie sonst auch überall. Sie finden, dass, wenn man sachlich diskutiert, allen schnell klar werden muss, welches Potential in der Idee steckt. Potential für eine weitere europäische Einigung, für wirtschaftlichen Wohlstand und für eine stärkere Rolle Europas in der Welt.



Auch als Bürgerin/Bürger eines Landes, das von der Integration in die Europäische Union so schnell so stark profitiert, sehen Sie sich grundsätzlich als europafreundlicher Akteur. Kürzlich hat jedoch bei Ihnen eine gewisse Vorsicht eingesetzt, was den weiteren Verlauf der europäischen Integration angeht. Ob es da wirklich angeraten wäre, im Bereich der Kultur anzusetzen? In dem Feld hat Ungarn ja genügend eigene Aufgaben zu erledigen. Aber vielleicht kann ein solches Projekt ja auch hierbei Hilfe leisten. Wenn man sachlich diskutiert, könnte man ein Ergebnis finden, in dem Potential steckt für eine weitere europäische Einigung, für wirtschaftlichen Wohlstand und für eine stärkere Rolle Europas in der Welt. Das hilft am Ende auch Ungarn.

Ungarn verfügt mit den 23 „Balassi-Instituten“ (ungarisch: Balassi-Intézet) weltweit über eine eigene Kulturinstituts-Infrastruktur, 2010 war Pécs auch bereits Europäische Kulturhauptstadt. Ungarn verfügt also durchaus über Erfahrungen in der internationalen Präsentation seiner Kultur und Sprache. Obwohl Ungarn ein eher kleinerer Mitgliedstaat ist, tritt es durchaus selbstbewusst auf und möchte nicht von anderen größeren EU-Staaten fremdbestimmt werden. Häufig arbeitet Ungarn mit den anderen Staaten der Visegrad-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien) zusammen. Ungarn war lange Teil der Habsburgermonarchie, es hat also auch in kultureller Hinsicht viel mit seinen Nachbarländern gemeinsam. Kultur in allen ihren Facetten wird in Ungarn über Jahrhunderte hochgehalten. Ein kleines, aber dennoch wichtiges Detail sei am Rande erwähnt: Die Metró Budapest ist nach der Londoner U-Bahn die zweitälteste U-Bahn der Welt und wurde anlässlich der Feiern zur tausendjährigen Landnahme in Ungarn 1896 in Betrieb genommen. Darauf sind viele Ungarn noch heute sehr stolz.

Natürlich sind Sie aber dem Wohl der Union als Ganzes verpflichtet, Sie müssen die Ziele der Europäischen Union verfolgen. Die Kenntnisse über die Situation in Ihrem Heimatland spielen aber natürlich auch eine Rolle. Besprechen Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in der Kommission, wie ein Vorschlag aussehen kann, der auf möglichst breite Zustimmung trifft. Natürlich wäre es aus Ihrer Sicht dabei am besten, wenn die Kommission möglichst viel Macht bekäme. Sie setzen sich für einen Vorschlag ein, der möglichst viel Gemeinsames beinhaltet. Natürlich müssen Sie aber auch schauen, dass möglichst viele der Akteurinnen und Akteure sich mitgenommen fühlen. Wie schwierig das ist, haben Sie schon oft erfahren. Die Interessen der Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments unter einen Hut zu bringen, gleicht oft einem Ritt auf der Rasierklinge. Eine ist Ihnen aber ganz klar: Die Idee muss klappen, das ist ihr großes Ziel! Ihre Strategie ist: Diplomatisch im Ton, aber nie das Ziel aus den Augen verlieren!

Kommission – Vorschläge für den Rechtsakt

Die Europäische Kommission wird zur engeren Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kulturpolitik auf der Ebene der Europäischen Union einen Vorschlag für eine Verordnung vorlegen. Die Europäische Kommission diskutiert für die Erreichung dieses Ziels verschiedene Möglichkeiten. Das Team der Präsidentin/des Präsidenten der Europäischen Kommission, das sogenannte Kabinett, und die beteiligten Generaldirektionen Bildung, Kultur und Vielsprachigkeit (Multilingualität) haben diese Vorschläge ausgearbeitet.

Das Europäische Parlament und der Rat arbeiten an diesem Vorschlag und erlassen schließlich gemeinsam die Verordnung. Eine Verordnung ist ein unmittelbar in der gesamten EU gültiges Gesetz.

Die Kommission will in sechs Artikeln in der Verordnung grundlegende Ziele der europäischen Kulturpolitik beschreiben und erreichen:

Zunächst ist grundsätzlich die Frage nach der Struktur des zukünftigen Engagements der Europäischen Union zu klären.

In **Artikel 1** ist eine Auswahl zu treffen, ob der Idee gefolgt werden soll, ein dauerhaftes Angebot in Form eines „Europäischen Hauses“ zu schaffen oder ob lediglich die bisherige Praxis von isolierten, zeitlich begrenzten Angeboten (vgl. Kultur(haupt)städte Europas) in der Form von „Europäischen Wochen“ weitergeführt werden soll. In beiden Fällen würde die Zusammenarbeit gestärkt werden, wenngleich in einer sehr unterschiedlichen Intensität.

Der **Artikel 2** stellt sich der Frage, welche Angebote und Inhalte von dem Engagement der Europäischen Union umfasst sein sollen. Das Angebot könnte sehr eng gefasst werden und sich auf die Geschichte der Mitgliedstaaten und den europäischen Einigungsprozess beziehen und dabei die Grundwerte der Union, insbesondere den Binnenmarkt, fokussieren. Im Gegensatz dazu könnte auch ein sehr weiter Ansatz in Betracht gezogen werden, der europäische Kultur in all ihren bekannten und überraschenden, traditionellen und innovativen, kontroversen und widersprüchlichen Formen zeigt und sich dabei jederzeit in ihrer Mannigfaltigkeit erneuert und wiederum auch selbst (kritisch) hinterfragt. Kunst ließe sich hier nur schwer nach objektiven Kriterien beschreiben.

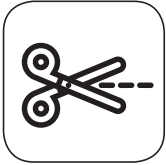
Der **Artikel 3** widmet sich einer sehr typischen europäischen, aber für die Praxis auch sehr relevanten Fragestellung. Welche Sprachen der Mitgliedstaaten finden Einzug in das kulturelle Projekt der Europäischen Union? Ist auf eine absolute Gleichbehandlung aller Amtssprachen der Europäischen Union zu achten oder ist ein individuellerer, freier Umgang je nach Kunstform und -projekt möglich? Auch stellt sich die Frage, ob insbesondere Sprachkurse ein Teil des europäischen Angebotes sein könnten.

Der **Artikel 4** knüpft an mit der Frage nach den Inhalten an und ergänzt damit den Artikel 2, der sich mit einer bereits grundsätzlichen Betrachtung auseinandergesetzt hat. Können in einem geplanten europäischen Kulturprojekt (Europäisches Haus/ Europäische Wochen) auch Raum für nationale Ausstellungen, Projekte und weitere Angebote gegeben werden oder besteht der Anspruch des Vorhabens des Projekts darin, dass Art und Umfang der Präsentation zwingend multikulturell bzw. europäisch, das heißt von einer Vielzahl oder sogar allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, gestaltet worden sein muss?

Darüber hinaus möchte **Artikel 5** den Umfang in geografischer Hinsicht für das angestrebte Vorhaben klären. Soll die Verordnung ein Projekt beschreiben, das weltweit für die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten Wirkung entfaltet oder sollen (zunächst) lediglich klar beschriebene Regionen, die in unmittelbarer Nähe zur Europäischen Union liegen und sich in weiten Teilen auch selbst als europäisch fühlen und definieren, von der Wirksamkeit der Verordnung umfasst werden. Verbunden ist hiermit die Frage, ob man die Europäische Kulturpolitik als einen wichtigen der Teil der bislang nur im Ansatz vorhandenen Außenpolitik der Europäischen Union verstanden wissen will. Daraus leitet sich eine weitere Frage dahingehend ab, in welcher Zuständigkeit die Umsetzung der Verordnung liegen wird.

Abschließend will **Artikel 6** die Frage der Finanzierung einvernehmlich klären. Eine Finanzierung könnte vollständig aus dem Haushalt der Europäischen Union geschehen. In den Haushalt der Europäischen Union zahlen alle Mitgliedstaaten nach einem festen Schlüssel ein, zusätzlich kommen sogenannten Eigenmittel der Europäischen Union (z.B. Einnahmen aus Zöllen) hinzu. Denkbar wäre jedoch auch ein davon abweichender Schlüssel, durch den die Mitgliedstaaten in anderer Weise an den Kosten beteiligt. Es ist wichtig hierbei festzustellen, dass die Europäische Union nur zu einem kleinen Teil über eigene Mittel verfügt. Der Großteil der Haushaltsmittel wird durch die Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt.

Pro Artikel stehen Ihnen zwei Formulierungen zu Wahl. Jeweils eine Formulierung muss ausgewählt werden. (Diese bitte ausschneiden und auf das Blanko-Formular „Verordnungsvorschlag“ kleben und für alle Teilnehmenden kopieren.)



ARTIKEL 1

Alternative a) Die Europäische Union unterhält eine weltweite Struktur zur Förderung und Präsentation der kulturellen Aktivitäten ihrer Mitgliedstaaten. Die Mitgliedstaaten sind in eigener Verantwortung für die Durchführung auswärtiger Kulturarbeit verantwortlich und werden hierbei von der Kommission organisatorisch und finanziell bei der Koordinierung ihrer Aktivitäten unterstützt, z.B. im Rahmen von „Europäischen Wochen“.

Alternative b) Die Europäische Union errichtet weltweit „Europäische Häuser“, die im außereuropäischen Ausland alle Aktivitäten der Mitgliedsstaaten sowie der Europäischen Union bündeln. Auf diese Weise sollen die Kulturen des europäischen Kontinents und die kulturpolitischen Aktivitäten der Mitgliedsstaaten in ihrer Vielfalt und ihrem gemeinsamen Erbe präsentiert werden. Die Europäische Kommission ist verantwortlich für die Einrichtung und den Betrieb der „Europäischen Häuser“.

ARTIKEL 2

Alternative a) Das Angebot legt den Schwerpunkt auf die Präsentation des reichhaltigen kulturellen Erbes und die Geschichte des europäischen Kontinents. Erst eine enge geschichtliche Verbundenheit und Vernetzung macht Europa als Kulturraum attraktiv und wettbewerbsfähig. Die Ordnung der westlichen Welt in Frieden und Freiheit ging mit unterschiedlichen geographischen Schwerpunkten von Europa aus. Aus dieser reichen Geschichte zu lernen und sie für künftige Generationen fruchtbar zu machen ist die vornehmste Aufgabe der Union. Insbesondere, aber nicht ausschließlich hat daher die Präsentation von Errungenschaften der Hochkultur Priorität aller kulturpolitischen Maßnahmen.

Alternative b) Die kulturpolitischen Aktivitäten der Europäischen Union sind insbesondere auf die Förderung und Präsentation innovativer, moderner und neuer Kultur- und Kunstformen gerichtet. Nicht nur die Weltgeschichte, auch moderne Kunstformen gingen vom Europäischen Kontinent aus. Nur eine Förderpolitik, die als oberste Priorität die ständige Erneuerung fest schreibt, kann dem Austausch mit einer kulturell immer globaler werdenden Welt dienen und für die Europäische Union und den europäischen Kontinent begeistern. Insbesondere ist es nicht Aufgabe der Europäischen Union, den Beitrag einzelner Länder zur geschichtlichen Entwicklung des europäischen Kontinents oder der restlichen Welt zu demonstrieren.

ARTIKEL 3

Alternative a) Die globale Präsenz der großen europäischen Sprachen ist ein besonders augenfälliges Merkmal europäischer Identität. Sie muss daher auf jeden Fall Eingang in die Präsentation europäischer Kulturleistungen finden – dient sie doch auch der internationalen Vernetzung mit Sprachgemeinschaften aus dem Raum des heutigen Europa. Sprachkurse können u. a. von „Europäischen Häusern“ unter Mitwirkung der jeweils betroffenen Mitgliedsstaaten angeboten werden. Bei allen Aktivitäten sind die Sprachen der jeweils beteiligten Mitgliedsstaaten Arbeitssprache.

Alternative b) Die Vielfalt europäischer Sprachen ist ein besonders augenfälliges Merkmal europäischer Identität. Sie muss daher auf jeden Fall Eingang in die Präsentation europäischer Kulturleistungen finden. Gleichzeitig ist Sprache nicht konstitutiv für die Kulturleistungen des Kontinents. Sie sind vielmehr ein Ausdrucks- und Arbeitsmittel unter vielen. Bei allen auf Sprache konzentrierten Aktivitäten ist auf strikte Gleichbehandlung zu achten. Multilingualen Projekten ist Priorität zu gewähren. Sprachkurse werden von der Europäischen Union nicht angeboten.

ARTIKEL 4

Alternative a) Die internationale Präsentation der eigenen Kultur ist für die meisten Mitgliedstaaten kein Neuland. Viele Mitgliedstaaten unterhalten bereits eigene Kulturinstitute im Ausland. Diese Erfahrungen gilt es zu nutzen. Deshalb finden alle europäischen Aktivitäten in enger Abstimmung mit den Organisationen der Mitgliedstaaten statt, die im betreffenden Land bereits vertreten sind und Erfahrungen gesammelt haben. Gegebenenfalls gilt es im Sinne des „Best-practice-Ansatzes“ die Übernahme von bereits bestehenden Konzepten und Strukturen zu prüfen.

Alternative b) Die europäischen Aktivitäten folgen dem Ansatz „E pluribus unum“ (deutsch: Aus vielen eines; englisch: Out of many, one). Alle Aktivitäten werden von Grund auf mit allen Mitgliedstaaten neu geplant. Alle bereits bestehenden Ansätze auswärtiger Kulturarbeit werden dabei gleichberechtigt mit neuen Ansätzen gewichtet.

ARTIKEL 5

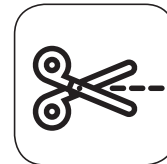
Alternative a) Es ist existenziell, dass Europa auch in der Kultur global mit einer Stimme spricht. Die neuen Aktivitäten der Auswärtigen Kulturpolitik haben explizit keinen besonderen geografischen Fokus, sondern sind weltweit angelegt.

Alternative b) Die neuen Aktivitäten der Auswärtigen Kulturpolitik orientieren sich an den Leitlinien europäischer Außenpolitik. Deshalb werden diese beim Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) angesiedelt. Es ist existenziell, dass Europa auch in der Kultur mit einer Stimme spricht. Der Fokus der Aktivitäten liegt auf den Ländern der Europäischen Nachbarschaftspolitik in der östlichen und südlichen Nachbarschaft der EU.

ARTIKEL 6

Alternative a) Die Finanzierung der neuen Aktivitäten der Auswärtigen Kulturpolitik geschieht vollständig aus dem Haushalt der Europäischen Union.

Alternative b) Die Finanzierung der neuen Aktivitäten der Auswärtigen Kulturpolitik geschieht zu 50% aus dem Haushalt der Europäischen Union. Die anderen 50% werden von den Mitgliedstaaten finanziert. Hierbei kommt ein Verteilungsschlüssel zur Anwendung, der sich nach der Teilnahmebereitschaft und der Leistungsfähigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten bemisst.



Verordnung (EU) Nr. 1234/201_ des Europäischen Parlaments und des Rats zur Vertiefung des kulturpolitischen Miteinanders, Austausches und Fortentwicklung der Mitgliedstaaten auf der Ebene der Europäischen Union

vom _____ 201_

Artikel 1



Artikel 2

Artikel 3

Artikel 4

Artikel 5

Artikel 6

Gezeichnet: Präsident/in des Europäischen Parlaments und Präsident/in des Rats

Kommission – Eröffnungsrede

Sehr geehrte Ministerinnen und Minister,

sehr geehrte Abgeordnete,

sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien,

sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Sie alle sehr herzlich hier am Amtssitz der Europäischen Kommission in Brüssel begrüßen. Ich freue mich, dass Sie alle erschienen sind: die Außenministerinnen und -minister aus den Mitgliedstaaten und die Abgeordneten fast aller Fraktionen des Europäischen Parlaments. Ich möchte außerdem die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Medien ganz herzlich begrüßen.

Wir befinden uns in einer Zeit großer Herausforderungen, die ebenso große und weitreichende Entscheidungen erfordern. Manchmal, und vielleicht sogar immer öfter, ist es sinnvoll dabei Ecken auszuleuchten, die selten in Betracht gezogen werden. Oftmals sind es sogar die Themen, die am wenigsten laut besprochen werden, denen die größte Wirkung anhaftet.

Damit darf ich den Anlass der heutigen Zusammenkunft nennen: Kultur als Europas Reichtum, Kultur als Europas Hoffnung, Kultur als Europas Chance. So möchte ich es an dieser Stelle in Worte kleiden.

Lassen Sie mich unsere jüngsten Vorschläge zu sprechen kommen. Ich möchte es nicht verhehlen, dass ich sehr stolz bin, diese hier heute kurz umreißen zu dürfen!

Das zunehmende Aufkommen von Krisen in den verschiedensten Politikbereichen in der Europäischen Union erfüllt uns zusehends mit Sorge. Vor diesem Hintergrund stellen sich manche grundlegende Fragen und führen uns zurück zu den Anfängen, zu den ersten Überlegungen, die dazu geführt haben, dass wir uns heute hier zusammen eingefunden haben. Was macht eigentlich Europa aus? Was macht uns als Europäische Union zu dem, was wir sind? Warum sehen uns die Menschen in aller Welt in erster Linie als Europäer und Europäerinnen und erst dann als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger eines bestimmten Mitgliedstaates? Es gibt offenbar etwas Gemeinsames, etwas, das bei uns allen gesehen wird, das uns selbst aber oft nicht bewusst ist.

Ich denke hier – um es hervorzuheben – an unsere Kultur, die europäische Kultur, das was wir der Welt zeigen, vielleicht auch geben können. Dieses Politikfeld ist zugleich ein Einfaches und ein Schwieriges. Es ist in aller Munde, alle haben eine Vorstellung, aber leider fehlt uns bislang der Wille und die Bereitschaft hier etwas Gemeinsames zu tun.

Viel zu lange haben wir in unserem Motto „Einheit in der Vielfalt“ den Akzent auf das letztere Wort gesetzt. Viel besser ist es aber, den Akzent auf die Einheit zu setzen. Und nicht nur als Akzent, sondern als Konzept, als Idee, ja als Plan.

An Kultur soll nicht gespart werden, ich denke, da sind wir uns alle einig. Dennoch – unsere Europäische Union ist so vielfältig wie unterschiedlich und nicht alle verfügen über die gleichen Ressourcen in gleichem Maße. Genau hier fühlen wir uns in die Pflicht genommen, wir als Europa, wir als Europäische Union, ich persönlich als Präsidentin/Präsident der Europäischen Kommission.

KOM- MISSION

Was schwebt uns vor? Knüpfend an das bereits erwähnte Bild Europas in der Welt nehmen wir gleichwohl wahr, dass nicht alle unserer Mitgliedstaaten gleichermaßen in Erscheinung treten wollen oder können. Oftmals ist es schlichtweg die Größe, die hinderlich ist, und so einen verengten Fokus auf uns als Europa richtet, den einige wenige zu füllen in der Lage sind. Uns wäre aber an mehr gelegen, an der Komplettheit, an der Vielfalt unserer Kultur!

Im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Kulturpolitik haben wir uns in den vergangenen Dekaden begnügt nach innen zu blicken, in engem Schulter-schluss gemeinsame Programme zu entwickeln, die innerhalb unserer Union wirken.

Nunmehr möchten wir anregen, den Blick weiter schweifen zu lassen, über unseren europäischen Tellerrand hinaus. In die Welt! Lassen Sie uns gemeinsam denken, wie wir hier noch effektiver, besser und sichtbarer als Europa, als europäische Kultur werden könnten.

Meine Damen und Herren, ich glaube nicht, dass ich übertreibe, wenn ich behaupte, dass die Kulturarbeit in der Welt für die Europäische Union eine der größten Chancen der Zukunft darstellt.

Die Europäische Kommission wird daher in Kürze einen Entwurf für eine aus ihrer Sicht notwendige Regelung in Gestalt einer Verordnung vorlegen.

Meine Damen und Herren, ich möchte es abschließend noch einmal auf den Punkt bringen:

Die Europäische Union, daran besteht kein Zweifel, fühlt sich der Kultur in keinem geringen Maße verpflichtet. Es ist mir bewusst, dass Sie dieser Herausforderung äußerst verantwortungsvoll gegenüberstehen. Daher bin ich mir sicher, dass Sie gemeinsam mit der Europäischen Kommission zu einer Lösung kommen werden, die alle Interessen berücksichtigt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche gutes Gelingen!

GRUPPENPROFIL

RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

Der Rat der Europäischen Union (Rat) ist die Versammlung der Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten der EU auf der Ebene der Ministerinnen und Minister. Jeweils in ihrer fachlichen Zusammensetzung beraten und entscheiden die Mitglieder des Rats über Vorschläge der Kommission für einen Rechtsakt. Dasselbe geschieht im Europäischen Parlament (EP). Auf diese Weise befinden sich Rat und EP im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren. Beide Partner beschließen miteinander, vertreten aber jeweils unterschiedliche Interessen. Das EP vertritt die Bürgerinnen und Bürger direkt. Im Rat treffen die Interessen der Mitgliedstaaten aufeinander und werden gebündelt den Interessen des EP gegenübergestellt. Der Vorsitz im Rat wird abwechselnd von den Mitgliedern übernommen. Im Planspiel wird eine Person zur Präsidentin oder zum Präsidenten gewählt. Die Sitzung beginnt mit einer kurzen Vorstellungsrunde, in der die Mitglieder ihre Position erläutern, ohne schon Forderungen zu stellen. Im Rat herrscht in der Regel ein freundlicher und kollegialer Umgangston. Die Kommission nimmt - wenn sie es einrichten kann - an den Sitzungen teil und hat auch Rederecht. Das Mitglied der Kommission sitzt dann neben der Präsidentin oder dem Präsidenten. Beschlüsse zur Änderung von Vorlagen werden im Rat im Mitentscheidungsverfahren in der Regel mit der qualifizierten Mehrheit gefasst. Die qualifizierte Mehrheit ist dann erreicht, wenn 55 % der Mitgliedstaaten zustimmen und diese gleichzeitig 65 % der Bevölkerung der EU repräsentieren. Dies muss bei jeder Abstimmung nachgerechnet werden.

Die Kulturpolitik ist ein recht junges und schwieriges Politikfeld der EU. Der Rat trifft sich in jeweils unterschiedlichen Fachkonstellationen. Kulturfragen werden normalerweise im „Rat für Bildung, Kultur, Jugend“ und im „Rat für Allgemeine Angelegenheiten“ bei außenpolitischer Relevanz beraten. Aufgrund der grundsätzlichen Bedeutung trifft hier jedoch der sogenannte Rat für Allgemeine Angelegenheiten, der für grundlegende politische Leitentscheidungen zuständig ist. Ihm gehören in der Regel die Außenminister/innen, manchmal auch die Europaminister/innen an.

Die Interessen der Mitgliedstaaten sind zum Teil sehr unterschiedlich. Wer ein eigenes Ziel verwirklichen will, muss einen Antrag auf Änderung stellen. Damit eine solche Änderung in eine Vorlage aufgenommen wird, muss eine qualifizierte Mehrheit im Rat erreicht werden. Um eine Mehrheit zu bekommen, müssen Absprachen mit anderen Ratsmitgliedern getroffen werden. Dabei können Kompromisse zu einzelnen Fragen gefunden werden, es können aber auch ganz unterschiedliche Fragen miteinander verbunden werden, so dass man Unterstützung von Mitgliedern erhält, deren eigentliches Ziel ein anderes ist. Im Gegenzug sagt man seine eigene Unterstützung in anderen Fragen zu. Das EP wird allerdings in einem ähnlichen Prozess ebenfalls Änderungen beantragen. Wer sichergehen will, dass die eigenen Ziele erfolgreich verwirklicht werden können, sollte daher auch mit einzelnen Mitgliedern oder auch ganzen Fraktionen aus dem EP sprechen.

Wenn Sie einen Antrag auf Änderung der Gesetzesvorlage stellen wollen, sprechen Sie vorher mit genügend Mitgliedern des Rats, um eine Mehrheit zustande zu bekommen. Beantragen Sie nötigenfalls hierfür eine Sitzungsunterbrechung. Erst nachdem Sie sich der Mehrheit sicher sind, stellen Sie den Antrag, indem Sie zuerst die entsprechende Stelle in der Vorlage vorlesen und dann den eigenen Vorschlag. Die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident wird gleich darauf abstimmen lassen.

ROLLENPROFIL**Außenministerin/Außenminister aus Deutschland**

Sie sind Außenministerin/Außenminister von Deutschland. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Berlin

AMTSSPRACHEN

Deutsch, regional auch Dänisch, Friesisch und Sorbisch

EINWOHNER

80,5 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 35.400€

AUSGABEN FÜR KULTUR

1,9 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

9,7 %

In der Bundesrepublik Deutschland leben auf fast 360.000 Quadratkilometern rund 82 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Deutschland der größte Mitgliedstaat der EU. Die alte Bundesrepublik war bereits Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaften in den 1950er Jahren. Nach der Wiedervereinigung 1990 gründete Deutschland zusammen mit elf weiteren Staaten Westeuropas 1993 die Europäische Union. Deutschland hat auch den Euro als eines der ersten Länder eingeführt. Durch seine Größe und seine sehr vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einer starken Industrie ist Deutschland der mit Abstand größte ökonomische Partner in der EU. Im Jahr 2014 betrug das Bruttoinlandsprodukt rund 2.849 Mrd. Euro.

Ein geeintes und handlungsfähiges Europa gilt als elementares deutsches Interesse, die Zusammenarbeit mit Frankreich im Rahmen des „deutsch-französischen Motors“ hat erste Priorität. Sie finden, dass die Initiative der Kommission genau zum richtigen Zeitpunkt kommt. Europa braucht einen neuen Impuls, damit die europäische Zusammenarbeit auch in Zukunft gut funktionieren kann. Davon werden alle EU-Staaten gleichermaßen profitieren. Nationale Egoismen sind völlig fehl am Platze, hier wie sonst auch überall. Sie finden, dass, wenn man sachlich diskutiert, allen schnell klar werden muss, welches Potential in der Idee steckt. Potential für eine weitere europäische Einigung, für wirtschaftlichen Wohlstand und für eine stärkere Rolle Europas in der Welt. Sie möchten deshalb die Initiative der Kommission gerne auch als außen- und sicherheitspolitisches Projekt verstanden wissen. Kulturpolitik ist für Sie schon immer in erster Linie der Außenpolitik zuzuordnen gewesen. Eine gemeinsame außenpolitische Linie zu finden ist für die EU-Staaten seit jeher schwierig gewesen, denn zu stark sind viele Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Außenpolitik auf die Erhaltung ihrer nationalen Souveränität bedacht. Dies gilt insbesondere, wenn es darum geht, historisch gewachsene regionale Interessen beizubehalten und dementsprechend aktiv zu werden. Gerade deshalb darf die EU auf die Kulturpolitik als ein gemeinsames und verbindendes Instrument internationaler Politik nicht verzichten. Darum muss sich Kulturpolitik immer auch an den Leitlinien europäischer Außenpolitik orientieren. Am besten siedelt man es gleich beim Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) an. Es ist existenziell, dass Europa auch in der Kultur mit einer Stimme spricht. Sie finden auch, dass man sich auch nicht nur auf die europäische Nachbarschaft beschränken sollte. Wer global wahrgenommen werden möchte, sollte auch global präsent sein.

Deutschland versteht sich als alte Kultur, die in der Geschichte des europäischen Kontinents eine prägende Kraft gewesen ist. Mit West-Berlin (1988), Weimar (1999) und Essen (2010) als „Europäische Kultur(haupt)städte“ hat Deutschland auch schon einige Erfahrung in der internationalen Präsentation seiner Kultur. Wichtig ist Ihnen aber auch, dass die deutsche Sprache als gleichberechtigt mit den anderen großen Sprachen Europas wahrgenommen wird. In der Vergangenheit ist Deutschland da etwas zurückhaltender gewesen, weshalb heute vor allem Englisch und Französisch als Arbeitssprachen verwendet werden, und das, obwohl Deutsch die am meisten verwendete Muttersprache in der EU ist. Hier wünschen Sie sich schon ein Umsteuern, natürlich nicht mit der Brechstange, sondern eher diplomatisch, still und leise.

Die Wurzeln der deutschen Kunst- und Kulturgeschichte reichen bis in die Zeit der Kelten, Germanen und Römer zurück. Deutschland hat eine Vielzahl von stil- und epochenprägenden Persönlichkeiten hervorgebracht. Bis heute zählen deutsche Künstlerinnen und Künstler zu den Protagonisten der westlichen Zivilisation. Die deutsche Kultur hat sich dabei über Jahrhunderte vor allem über die gemeinsame Sprache definiert, da Deutschland lange nicht als Nationalstaat existierte.

Was die konkrete Ausgestaltung des Projektes angeht, sind Sie aber ziemlich offen. Sie möchten nicht zu dominant auftreten, denn das würde dem gemeinsamen Projekt eher schaden. Aber Sie machen schon deutlich, dass es in Deutschland viele Erfahrungen in der auswärtigen Kulturarbeit gibt, die gerne eingebracht werden. Mit den weltweit 160 „Goethe-Instituten“ und dessen über 90 Verbindungsbüros verfügt Deutschland auch über eine eigene Kulturinstituts-Infrastruktur und über viel Erfahrung in der Kulturarbeit im Ausland. Nicht zu vergessen das „Institut für Auslandsbeziehungen“ mit seinen weltweiten Verbindungen! Die deutsche Organisationskultur vermischen Sie schon bei vielen europäischen Partnern, wenn Sie ehrlich sind.

Ob Sie so weit gehen würden, die deutschen Kulturinstitute aufzulösen, wenn es ein Europäisches Kulturinstitut geben sollte, da sind Sie sich nicht so sicher. Lieber erst einmal abwarten. Wenn das Konzept gut ist, sind Sie auch durchaus dafür, tief in die Tasche zu greifen.

Besonders verbunden fühlen Sie sich mit Frankreich. Sie bringen sich aber auch gern als neutraler Vermittler ins Spiel. Die Idee der Kommission muss klappen, das ist ihr großes Ziel! Deshalb wäre es aus Ihrer Sicht am besten, wenn die Kommission möglichst viel Macht bekäme. Dann wäre dem nationalstaatlichen Egoismus ein Riegel vorgeschoben.



ROLLENPROFIL**Außenministerin/Außenminister aus Estland**

Sie sind Außenministerin/Außenminister von Estland. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Tallin

AMTSSPRACHEN

Estnisch

EINWOHNER

1,3 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 15.000€

AUSGABEN FÜR KULTUR

5,4 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

15,4 %

In der Republik Estland leben auf über 45.000 Quadratkilometern rund 1,3 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit liegt Estland nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 25 der EU-Mitgliedstaaten. Es war bis 1991 Teil der Sowjetunion und hat sich zusammen mit den anderen baltischen Republiken Lettland und Litauen schnell dem Westen angeschlossen. 2004 ist das Land der EU beigetreten. Estland versteht sich als sehr europafreundlich und hat als einer der ersten Staaten der großen Erweiterung im Jahr 2011 den Euro eingeführt. Durch seine geringe Größe mit einer relativ vielfältigen Wirtschaftsstruktur ist Estland mit einer geschätzten Wirtschaftsleistung von 20 Mrd. Euro im Jahr 2014 auf dem 26. Platz der ökonomischen Partner in der EU.

Estland verfolgt bisher im Ausland eine eher projektorientierte Kulturpolitik. Zwar existieren einige Kulturinstitute, die so genannten „Eesti Instituut“, der Großteil der Aktivitäten findet aber im Rahmen von bilateralen Abkommen oder Aktionsprogrammen statt. Außerdem war Tallinn 2011 „Europäische Kulturhauptstadt“. Bis vor 2004 waren ihre kulturpolitischen Aktivitäten ganz darauf ausgerichtet, bald der EU beizutreten. Dass nun auch estnische Kultur gefördert wird und auch in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung nutzbar gemacht wird, würden sie aber rundum begrüßen. Die estnische Kultur orientiert sich wegen der Verwandtschaft des Estnischen zum Finnischen stark am nördlichen Nachbarn Finnland. Sie ist weitgehend westlich ausgerichtet und unterhält zahlreiche Kooperationen insbesondere mit deutschen Gesellschaften, evangelischen Kirchen und Universitäten.

Als junger Mitgliedsstaat haben Sie in wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Hinsicht stark von der Europäischen Union profitiert. Die Fliehkräfte in Europa sehen Sie daher auch mit großer Sorge. Der Vorschlag der Kommission kommt für Sie deshalb genau zur richtigen Zeit. Europa braucht einen neuen Impuls, damit die europäische Zusammenarbeit auch in Zukunft gut funktionieren kann. Davon werden alle EU-Staaten gleichermaßen profitieren. Nationale Egoismen sind völlig fehl am Platze, hier wie sonst auch überall. Sie finden, dass, wenn man sachlich diskutiert, allen schnell klar werden muss, welches Potential in der Idee steckt. Potential für eine weitere europäische Einigung, für wirtschaftlichen Wohlstand und für eine stärkere Rolle Europas in der Welt. Sie möchten deshalb die Initiative der Kommission gerne auch als außen- und sicherheitspolitisches Projekt verstanden wissen. Kulturpolitik ist schon immer auch Außenpolitik gewesen.

Am besten siedelt man es gleich beim Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) an. Es ist existenziell, dass Europa auch in der Kultur mit einer Stimme spricht – da darf man sich nicht verzetteln. Lieber sollte man also auf die Europäische Nachbarschaftspolitik setzen. Estland könnte hierbei sicher auch eine Mittlerrolle zwischen den Kulturen des Ostens und den EU-Partnern gut vorstellen.

Was die konkrete Ausgestaltung des Projektes angeht, sind Sie ziemlich offen. Die anderen Staaten haben da sicherlich tolle Ideen und gute Konzepte, denen Sie sich gern anschließen.

Sie warnen aber davor, dass einzelne Staaten zu dominant auftreten. Solches Auftreten hat der europäischen Idee in der Vergangenheit immer nur geschadet. Sie möchte auf jeden Fall mit dabei sein bei diesem neuen Projekt. So ein kleines Land wie Estland braucht die EU, um international überhaupt etwas ausrichten zu können. Natürlich ist auch klar, dass Estland sich finanziell nur in geringem Maße beteiligen kann. Da müssen schon die größeren Staaten auch einen größeren Beitrag leisten. Oder man finanziert alles gleich aus dem Topf der EU.



ROLLENPROFIL**Außenministerin/Außenminister aus Frankreich**

Sie sind Außenministerin/Außenminister von Frankreich. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Paris

AMTSSPRACHEN

Französisch

EINWOHNER

64,7 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 32.000€

AUSGABEN FÜR KULTUR

2,6 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

9,6 %

In der Republik Frankreich leben auf fast 669.000 Quadratkilometern rund 64,7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Frankreich nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 2 der EU-Mitgliedstaaten. Es war bereits Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaften in den 1950er Jahren und gründete zusammen mit elf weiteren Staaten Westeuropas 1993 die Europäische Union. Frankreich hat auch den Euro als eines der ersten Länder eingeführt. Bis in die 1960er Jahre hinein hatte das Land eines der größten Kolonialreiche der Geschichte. Dies wirkt in der Bevölkerungsstruktur wie im nationalen Selbstverständnis nach. Durch seine Größe und seine sehr vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einer starken Industrie ist Frankreich mit rund 2.060 Mrd. Euro Wirtschaftsleistung im Jahr 2014 der drittgrößte ökonomische Partner in der EU.

Frankreich ist grundsätzlich europafreundlich ausgerichtet. Das nationale Interesse der „Grande Nation“ steht aber für französische Politikerinnen und Politiker stets im Vordergrund. Die Bedeutung als wichtigste europäische Nation neben Deutschland sorgt in der Regel dafür, dass Paris einen Schulterchluss mit Berlin sucht und dazu neigt, die Interessen der kleineren Mitgliedstaaten weniger stark zu gewichten. Eine Einigung gegen Frankreich ist aus Pariser Sicht völlig ungeeignet für die politische und ökonomische Situation in der EU. Die landesweite Pflege und Erhalt des reichen materiellen kulturellen Erbes Frankreichs wird als Aufgabe von nationalem Rang angesehen. Dieses Verständnis wird durch staatlich organisierte oder geförderte Maßnahmen, die zur Bildung eines nationalen kulturellen Bewusstseins beitragen, wirksam in die Öffentlichkeit transportiert. Im jährlichen Kulturkalender fest verankerte Tage des nationalen Erbes, der Musik oder des Kinos beispielsweise finden lebhaften Zuspruch in der Bevölkerung.

Das Zusammenwachsen Europas am Anfang des 21. Jahrhunderts wird als unabdingbar für die Modernisierung Frankreichs und für eine gemeinsame Unabhängigkeit auf internationaler Ebene angesehen. Es herrscht die Überzeugung vor, dass die Größe der französischen Nation nur in einem vereinten und unabhängigen Europa erhalten werden kann, das nach dem Muster einer Föderation der Nationalstaaten aufgebaut ist und die Verschiedenheit seiner einzelnen Mitglieder achtet.



Die EU steht aus ihrer Sicht vor großen Herausforderungen, wie z.B. der Finanzkrise, der globalen Klimaerwärmung, der Arbeitslosigkeit, Migration und der demographischen Entwicklung, deren Lösung weder schnell noch leicht ablaufen wird; doch jede Krise stellt auch eine Chance dar, das hat die Geschichte der europäischen Einigung gezeigt! Darum begrüßen Sie den Vorschlag der Kommission. Sie finden, dass diese Idee Europa wieder näher zusammenbringen kann.

Allerdings muss auch allen klar sein, dass Frankreich eine sehr wichtige Rolle spielen muss, die seiner Größe und Bedeutung angemessen sind. Frankreich hat eine alte Kultur, die in der Geschichte des europäischen Kontinents eine prägende Kraft gewesen ist. Deshalb ist es für Sie klar, dass Frankreich bei der inhaltlichen Gestaltung des Konzeptes ein gewichtiges Wort mitreden muss. Dazu gehört natürlich auch die französische Sprache, die in Frankreich besonders gesetzlich geschützt ist und deren Pflege großzügig vom Staat unterstützt wird. Sie achten sehr darauf, dass die französische Sprache gleichberechtigt mit den anderen großen Sprachen Europas vorkommt. Was den Inhalt angeht sind Sie eher konservativ. Zu vielen Neuerungen gegenüber sind Sie skeptisch eingestellt. Poetry-Slams, Lichtinstallationen, vieles davon hat für Sie nichts mit der Hochkultur zu tun, für die Sie stehen. Mit den weltweit 94 „Instituts Français“ verfügt Frankreich auch über eine eigene Kulturinstituts-Infrastruktur und über umfassende Erfahrung in der Kulturarbeit im Ausland. Mit Paris (1989), Avignon (1999), Lille (2004) und Marseille (2013) als „Europäische Kultur(haupt)städte“ hat Frankreich auch schon einige Erfahrung in der internationalen Präsentation seiner Kultur. Diese Erfahrungen müssen natürlich genutzt werden. Ihre eigenen Kulturinstitute aufzulösen kommt für Sie aber in keinem Fall in Frage! Wenn das europäische Konzept gut ist, sind Sie aber durchaus bereit, tief in die Tasche zu greifen. Da sollte sich Frankreich als Grande Nation nicht lumpen lassen.

Sie finden auch, dass man sich auch nicht nur auf die europäische Nachbarschaft beschränken sollte. Wer global wahrgenommen werden möchte, sollte auch global präsent sein. Kulturpolitik ist schon immer in erster Linie Außenpolitik gewesen. Das ist seit jeher der französische Ansatz. Eine gemeinsame außenpolitische Linie zu finden ist für die EU-Staaten seit jeher schwierig gewesen, denn zu stark sind viele Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Außenpolitik auf die Erhaltung ihrer nationalen Souveränität bedacht. Dies gilt insbesondere, wenn es darum geht, historisch gewachsene regionale Interessen beizubehalten und dementsprechend aktiv zu werden. Gerade deshalb darf die EU auf die Kulturpolitik als ein gemeinsames und verbindendes Instrument internationaler Politik nicht verzichten. Darum muss sich Kulturpolitik immer auch an den Leitlinien europäischer Außenpolitik orientieren. Es ist existenziell, dass Europa auch in der Kultur mit einer Stimme spricht.

Sie sind allen Französischen und Franzosen schuldig, dass Frankreich eine möglichst wichtige Rolle in dem neuen Projekt spielt. Dafür setzen Sie sich mit Nachdruck ein. Suchen Sie insbesondere den Schulterchluss mit den Vertreterinnen und Vertretern aus Deutschland. Wenn sich Frankreich und Deutschland einig sind und vorangehen, kann dies das gesamte Europa voranbringen, das hat die Geschichte schon oft gezeigt.

ROLLENPROFIL

Außenministerin/Außenminister aus Italien

Sie sind Außenministerin/Außenminister von Italien. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Rom

AMTSSPRACHEN

Italienisch, regional auch Deutsch, Französisch, Ladinisch und Slowenisch

EINWOHNER

60,3 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 26.500€

AUSGABEN FÜR KULTUR

1,4 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

8,0 %

In der Republik Italien leben auf rund 300.000 Quadratkilometern fast 60,3 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Italien nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 4 der EU-Mitgliedstaaten. Das Land war bereits Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaften in den 1950er Jahren und gründete 1993 zusammen mit elf weiteren Staaten Westeuropas die Europäische Union. Italien hat auch den Euro als eines der ersten Länder eingeführt. Durch seine Größe und seine sehr vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einer kleingliedrigen Industrie ist Italien mit rund 1.597 Mrd. Euro Wirtschaftsleistung im Jahr 2014 auf Platz 4 der ökonomischen Partner in der EU.

Alle italienischen Regierungen und die Bevölkerungsmehrheit waren stets sehr europafreundlich eingestellt. Wenn sich für ein Problem EU-Lösungen anbieten, scheitern diese in der Regel nicht an Italien. Trotzdem kann Italien in Anbetracht seines ökonomischen Gewichts, seiner Staatsprobleme und seiner geografischen Lage durchaus ein zäher Verhandlungspartner sein, wenn es gilt, die eigenen Interessen zu wahren.

Gemeinsam mit Griechenland zählt Italien innerhalb der heutigen EU zur unangefochtenen Wiege europäischer Kultur. Unzählige Zeugnisse der Menschheitsgeschichte finden sich in Rom und im ganzen Land, gleichzeitig hat Italien bis in die Neuzeit bedeutenden Einfluss auf alle Entwicklungen des europäischen Kontinents gehabt. Als Zentrum des Römischen Reiches, Sitz des Papsttums und Wiege der Renaissance spielte Italien eine bedeutende Rolle und wurde zum Ausgangsland der europäischen Kunst, Kultur und Forschung. Italien hat insgesamt schätzungsweise 100.000 Denkmäler jeglicher Art (Museen, Schlösser, Statuen, Kirchen, Galerien, Villen, Brunnen, historische Häuser und archäologische Funde). Es ist das Land mit den meisten UNESCO-Welterbestätten weltweit, im Ganzen 51 an der Zahl! Die italienische Sprache wird, auch von großen Gemeinschaften ehemaliger Auswanderer, weltweit gesprochen.



Eine große Fragmentierung kennzeichnet auch ihre kulturpolitischen Aktivitäten. Neben archäologischen und touristischen Gesichtspunkten ist für Sie auch die Förderung der italienischen Sprache ein großes Anliegen. Rund 90 Italienische Kulturinstitute (italienisch: Istituti Italiani) arbeiten weltweit an dieser Aufgabe, daneben existiert eine Vielzahl von Programmen anderer staatlicher Stellen (wie z.B. auch Städten und Regionen), meist ohne dass diese koordiniert zusammenarbeiten. Eine Konzentration der Anstrengungen auf wenige Ziele oder Organisationen findet seit jeher kaum statt und wird auch nicht als vorteilhaft angesehen.

Die EU steht aus Ihrer Sicht vor großen Herausforderungen, wie z.B. der Finanzkrise, der globalen Welterwärmung, der Arbeitslosigkeit, Migration und der demographischen Entwicklung, deren Lösung weder schnell noch leicht ablaufen wird; doch jede Krise stellt auch eine Chance dar, das hat die Geschichte der europäischen Einigung gezeigt! Darum begrüßen Sie den Vorschlag der Kommission. Sie finden, dass diese Idee Europa wieder näher zusammenbringen kann.

Allerdings muss auch allen klar sein, dass Italien eine wichtige Rolle spielen muss, die seiner Größe und Bedeutung angemessen sind. Italien hat eine jahrtausendealte Kultur, die in der Geschichte des europäischen Kontinents eine prägende Kraft gewesen ist. Mit Genua (1986), Bologna (1999) und erneut Genua (2004) als „Europäische Kultur(haupt)städte“ hat Italien auch schon einige Erfahrung in der internationalen Präsentation seiner Kultur. Deshalb ist es für Sie klar, dass Italien bei der inhaltlichen Gestaltung des Konzeptes ein gewichtiges Wort mitreden muss. Dazu gehört natürlich auch die italienische Sprache. Sie achten sehr darauf, dass die italienische Sprache gleichberechtigt mit den anderen großen Sprachen Europas vorkommt. Ansonsten sind Sie Innovation gegenüber durchaus offen, nur allzu wild dürfen diese nicht sein. Wer auf eine so alte Kultur zurückschaut, kann sich durchaus entspannt auch mal den ein oder anderen „Fehltritt“ erlauben, finden Sie. Diese Gelassenheit vermissen Sie bei vielen Ihrer Kolleginnen und Kollegen, natürlich vor allem aus den Ländern mit nicht so alten Kulturen.

Die Erfahrungen Italiens in der Kulturarbeit müssen natürlich genutzt werden. Ob Sie so weit gehen würden, die italienischen Kulturinstitute aufzulösen, wenn es ein Europäisches Kulturinstitut geben sollte, da sind Sie sich nicht so sicher. Lieber erst einmal abwarten. Wenn das Konzept gut ist, sind Sie auch durchaus dafür, tief in die Tasche zu greifen. Am liebsten aber natürlich in die Taschen der EU... Sie finden auch, dass man sich auch nicht nur auf die europäische Nachbarschaft beschränken sollte. Wer global wahrgenommen werden möchte, sollte auch global präsent sein.

Sie sind Ihren Wählerinnen und Wählern schuldig, dass Italien eine möglichst wichtige Rolle in dem neuen Projekt spielt. Dafür setzen Sie sich mich Nachdruck ein. Versuchen Sie insbesondere Allianzen mit den Vertreterinnen und Vertretern aus anderen großen EU-Staaten zu schließen.

ROLLENPROFIL**Außenministerin/Außenminister aus Litauen**

Sie sind Außenministerin/Außenminister von Litauen. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Vilnius

AMTSSPRACHEN

Litauisch

EINWOHNER

3,2 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 12.400€

AUSGABEN FÜR KULTUR

2,3 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

15,7 %

In der Republik Litauen leben auf rund 65.000 Quadratkilometern 3,2 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner, womit Litauen an 22. Stelle in der Europäischen Union steht. Es war bis 1991 Teil der Sowjetunion und hat sich zusammen mit den anderen baltischen Republiken Lettland und Estland schnell dem Westen angeschlossen. 2004 ist das Land der EU beigetreten. Litauen versteht sich als sehr europafreundlich und hat am 1. Januar 2015 auch den Euro eingeführt. Durch seine geringe Größe ist Litauen mit einer geschätzten Wirtschaftsleistung von 39 Mrd. Euro im Jahr 2014 auf dem 23. Platz der ökonomischen Partner in der EU.

Litauen verfolgt bisher im Ausland keine stark ausgeprägte Kulturpolitik, eher Projektarbeit an gezielt ausgewählten Stellen. Es existieren keine eigenen Kulturinstitute, Aktivitäten finden, wenn überhaupt, im Rahmen von bilateralen Abkommen oder Aktionsprogrammen statt. Außerdem war Vilnius 2009 „Europäische Kulturhauptstadt“. Bis 2004 waren ihre kulturpolitischen Aktivitäten ganz darauf ausgerichtet, bald der EU beizutreten. Dass nun auch litauische Kultur gefördert werden könnte und auch in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung nutzbar gemacht wird, ist zwar noch neu für Sie – aber natürlich haben Sie erstmal nichts dagegen.

Litauen ist von vielen verschiedenen kulturellen Einflüssen geprägt. Da ist zum einen die lange Selbstständigkeit und Aufrechterhaltung einer nichtchristlichen Staatsreligion, die lange gemeinsame Geschichte mit Polen, Beziehungen zur Hanse und im Ostseeraum, Zugehörigkeit zum russischen Zarenreich. Hierher stammen die in den Großstädten nicht zu übersehenden orthodoxen Kirchen. Im Westen des Landes sind starke deutsche, dänische und schwedische Einflüsse nicht zu übersehen, z. B. Backsteingotik und Fachwerkhäuser. Im Osten hingegen, besonders in Vilnius, sind vielfach polnische Kulturelemente präsent. Trotz seiner geringen Größe beherbergt Litauen gleich drei UNESCO-Welterbestätten: die barocke Altstadt von Vilnius, die Dünen auf der Halbinsel Kurische Nehrung und die archäologische Stätte in Kernavė. Das macht viele Litauer sehr stolz.

Als junger Mitgliedsstaat haben Sie in wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Hinsicht stark von der Europäischen Union profitiert. Die Fliehkräfte in Europa sehen Sie daher auch mit großer Sorge. Der Vorschlag der Kommission kommt für Sie deshalb genau zur richtigen Zeit. Europa braucht einen neuen Impuls, damit die europäische Zusammenarbeit auch in Zukunft gut funktionieren kann. Davon werden alle EU-Staaten gleichermaßen profitieren. Nationale Egoismen sind völlig fehl am Platze, hier wie sonst auch überall. Sie finden, dass, wenn man sachlich diskutiert, allen schnell klar werden muss, welches Potential in der Idee steckt. Potential für eine weitere europäische Einigung, für wirtschaftlichen Wohlstand und für eine stärkere Rolle Europas in der Welt. Sie möchten deshalb die Initiative der Kommission gerne auch als außen- und sicherheitspolitisches Projekt verstanden wissen. Kulturpolitik ist schon immer auch Außenpolitik gewesen.

Am besten siedelt man es gleich beim Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) an. Es ist existenziell, dass Europa auch in der Kultur mit einer Stimme spricht – da darf man sich nicht verzetteln. Lieber sollte man also auf die Europäische Nachbarschaftspolitik setzen. Litauen könnte hierbei sicher auch eine Mittlerrolle zwischen den Kulturen des Ostens und den EU-Partnern gut vorstellen.

Was die konkrete Ausgestaltung des Projektes angeht, sind Sie ziemlich offen. Die anderen Staaten haben da sicherlich tolle Ideen und gute Konzepte, denen Sie sich gern anschließen.

Sie warnen aber davor, dass einzelne Staaten zu dominant auftreten. Solches Auftreten hat der europäischen Idee in der Vergangenheit immer nur geschadet. Sie möchte auf jeden Fall mit dabei sein bei diesem neuen Projekt. So ein kleines Land wie Litauen braucht die EU, um international überhaupt etwas ausrichten zu können. Natürlich ist auch klar, dass Litauen sich finanziell nur in geringem Maße beteiligen kann. Da müssen schon die größeren Staaten auch einen größeren Beitrag leisten. Oder man finanziert alles gleich aus dem Topf der EU.



ROLLENPROFIL

Außenministerin/Außenminister aus den Niederlanden

Sie sind Außenministerin/Außenminister der Niederlande. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Amsterdam

AMTSSPRACHEN

Niederländisch, regional auch Friesisch

EINWOHNER

16,6 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 39.300€

AUSGABEN FÜR KULTUR

3,4 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

11,8 %

Im Königreich der Niederlande leben auf über 41.000 Quadratkilometern rund 16,6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit sind die Niederlande nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 8 der EU-Mitgliedstaaten. Das Land war bereits Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaften in den 1950er Jahren. Nach dem Ende der Ost-West-Teilung des Kontinents gründete es zusammen mit elf weiteren Staaten Westeuropas die Europäische Union. Die Niederlande sind ein Zentralstaat mit Provinzen, die zum Teil kulturelle Eigenrechte besitzen. Durch ihre Größe und ihre sehr vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einer starken Industrie sind die Niederlande mit rund 652 Mrd. Euro Wirtschaftsleistung im Jahr 2014 auf Platz 6 der ökonomischen Partner in der EU.

Als wirtschaftlich erfolgreicher Staat im Herzen Europas verstehen Sie sich sowohl in wirtschaftlicher, als auch in kultureller Hinsicht als weltoffener Motor der europäischen Integration. Auch Sie beobachten die Entwicklung des Kontinents mit einiger Sorge und finden, dass der Kontinent einen neuen Impuls gut gebrauchen könnte, damit europäische Zusammenarbeit auch in Zukunft gut funktionieren kann. Davon werden alle EU-Staaten gleichermaßen profitieren. Wenn man sachlich diskutiert, müsste allen klar werden, welches Potential in der Idee steckt. Potential für eine weitere europäische Einigung, für wirtschaftlichen Wohlstand und für eine stärkere Rolle Europas in der Welt.

Sie finden, dass es immer wichtig ist über eine Vertiefung der Europäischen Einigung nachzudenken. Ganz besonders in diesen Zeiten, in denen die Idee von europäischer Zusammenarbeit an Popularität zu verlieren scheint. Die Niederlande haben im Zentrum Europas immer ganz besonders von der Europäische Einigung profitiert, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht.

Sie möchten aber nicht, dass Brüssel immer mehr Macht bekommt. Da ist in den letzten Jahren einiges schief gelaufen, finden Sie. Am liebsten würden Sie in vielen Bereichen das Rad zurückdrehen, zumindest aber muss man verhindern, dass die Niederländer noch weniger selbst entscheiden können.

Die Niederlande haben viel zu bieten, finden Sie. Gerade was kulturelle Innovationen angeht hat man bei Ihnen viel Erfahrung, Poetry-Slams und Lichtinstallationen etc., da waren Sie immer gerne vorne mit dabei. Dass andere dies für Geldverschwendung halten, können Sie nicht verstehen. Kultur braucht doch die ständige Erneuerung, wenn sie nicht zum Ritual erstarren will. Allerdings ist hier Ihre klare Linie, dass vor allem aussichtsreiche Kulturprojekte gefördert werden sollten. Das meinen Sie auch ganz ausdrücklich in einem wirtschaftlichen Sinn. Kultur muss sich auch lohnen, im Idealfall selbst tragen. Sie möchten, dass die Idee der Kommission vor allem wirtschaftliche Erfolge nach sich zieht. Denn das ist es, was Ihre Wähler von der Politik erwarten. Die Politik soll einen Rahmen schaffen, in dem die Menschen zum Wohl aller möglichst viele Profite erwirtschaften können. Wenn dies gewährleistet ist, darf die Idee der Kommission auch durchaus etwas kosten.



Sie verfügen anders als viele große und mittelgroße Staaten über keine eigene Kulturinstituts-Infrastruktur. Worauf Sie besonders stolz sind – Amsterdam war bereits 1987 „Europäische Kultur(haupt)stadt“ und Rotterdam folgte im Jahre 2001. Wichtig ist für Sie bei der Kultur wie anderswo: Sie wollen sich nicht fremdbestimmen lassen, nur weil andere mehr Erfahrung haben. Worauf alle Niederländer bis heute stolz sind ist, dass viele weltberühmte Maler Niederländer waren: Hieronymus Bosch, Rembrandt van Rijn, Jan Vermeer, Vincent van Gogh und Piet Mondrian, um nur einige Beispiele zu nennen. Im sogenannten „Goldenen Zeitalter“ im 17. Jahrhundert arbeiteten in den Niederlanden circa 700 Maler, die jährlich etwa 70.000 Gemälde fertigstellten. Ein derartig gewaltiger „Gemäldeausstoß“ ist in der gesamten Kunstgeschichte ohne Beispiel geblieben.

Kulturpolitik ist für Sie schon immer schon auch Außenpolitik und Handelspolitik gewesen. Auch die Niederlande haben eine lange Kolonialgeschichte, Surinam z.B. wurde erst 1975 unabhängig von den Niederlanden. Die kleinen Niederlande haben seit dem 17. Jahrhundert durchaus globalen Einfluss und darum auch einen globalen Anspruch. Kulturpolitik ist für Sie schon immer in erster Linie der Außenpolitik zuzuordnen gewesen. Eine gemeinsame außenpolitische Linie zu finden ist für die EU-Staaten seit jeher schwierig gewesen, denn zu stark sind viele Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Außenpolitik auf die Erhaltung ihrer nationalen Souveränität bedacht. Dies gilt insbesondere, wenn es darum geht, historisch gewachsene regionale Interessen beizubehalten und dementsprechend aktiv zu werden. Gerade deshalb darf die EU auf die Kulturpolitik als ein gemeinsames und verbindendes Instrument internationaler Politik nicht verzichten. Darum muss sich Kulturpolitik immer auch an den Leitlinien europäischer Außenpolitik orientieren. Am besten siedelt man es gleich beim Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) an. Es ist existenziell, dass Europa auch in der Kultur mit einer Stimme spricht. Man sollte sich aber nicht verzetteln. Lieber sollte man also auf die Europäische Nachbarschaftspolitik im Osten und Süden des Kontinents setzen.

Eines ist für Sie klar: Alle Vorschläge, die nur dazu führen, dass noch mehr Entscheidungen nicht in Den Haag, sondern in Brüssel gefällt werden, lehnen Sie ab! Und die Niederlande müssen überall gleichberechtigt mitentscheiden können! Die EU braucht keinen zweiten „British Council“ oder kein zweites „Goethe-Institut“, man muss von Grund auf neu denken. Suchen Sie Kontakt zu Deutschland, Ihrem großen Nachbarn, und natürlich zu Belgien, dem Sie sich schon wegen der flämischen Bevölkerungsteils kulturell sehr nahe fühlen.



ROLLENPROFIL

Außenministerin/Außenminister aus Österreich

Sie sind Außenministerin/Außenminister von Österreich. Versuchen Sie, sich in die deren/ dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Wien

AMTSSPRACHEN

Deutsch, regional auch Kroatisch, Slowenisch und Ungarisch

EINWOHNER

8,4 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 38.500€

AUSGABEN FÜR KULTUR

1,9 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

9,8 %

In der Republik Österreich leben auf fast 84.000 Quadratkilometern rund 8,4 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Österreich nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 15 der EU-Mitgliedstaaten. Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation 1990 trat Österreich zusammen mit zwei weiteren Staaten 1995 der EU bei. Auch den Euro hat es als eines der ersten Länder eingeführt. Der Bundesstaat besteht aus neun Bundesländern, die mit eigenen Parlamenten selbst Gesetze erlassen und über den Bundesrat an der Gesetzgebung der Republik beteiligt sind. Durch seine sehr vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einer starken Industrie ist Österreich in etwa der zehntgrößte ökonomische Partner in der EU mit einem Bruttoinlandsprodukt von rund 323 Mrd. Euro im Jahr 2014.

Trotz der mittleren Größe des Landes sind die kulturpolitischen Aktivitäten Österreichs ebenso im Ausland vielseitig und umfangreich. Infolge der historischen Verwurzelung Österreichs als zentrale gestalterische Kraft der weltgeschichtlichen Ordnung des europäischen Kontinents bestehen enge Kontakte zu einer Vielzahl von Staaten und Kulturen. Die als „Österreichische Kulturforen“ bezeichneten auslandskulturpolitischen Einrichtungen des Landes unterstehen unmittelbar dem Außenministerium. Anders als bei vielen Kulturinstituten werden in diesem Rahmen keine Sprachkurse angeboten, dafür verfügt Österreich über ein separates Institutsnetzwerk. Besonders enge Kontakte bestehen nach Ostmitteleuropa sowie in Richtung Balkan. Hier korrespondiert die kulturelle Präsenz Österreichs auch mit einer hohen außen- und wirtschaftspolitischen Bedeutung für beide Seiten.

Über Jahrhunderte war Österreich und besonders Wien als Kapitale der Habsburgermonarchie eine kulturelle Drehscheibe. Diese Brückenfunktion bedingt, dass Österreich in kultureller Hinsicht viel mit seinen mitteleuropäischen Nachbarländern gemeinsam hat. Vielsprachigkeit und das Zusammenfließen der Kulturen des Vielvölkerstaates Österreich-Ungarn bilden einen Ausgangspunkt österreichischer Kulturarbeit und auch der Selbstverortung in kultureller Hinsicht.

In Bezug auf den Vorschlag der Kommission sehen Sie als europafreundlicher Partner, dass der Kontinent einen neuen Impuls gut gebrauchen könnte, damit europäische Zusammenarbeit auch in Zukunft gut funktionieren kann. Davon werden alle EU-Staaten gleichermaßen profitieren. Wenn man sachlich diskutiert, müsste allen klar werden, welches Potential in der Idee steckt. Potential für eine weitere europäische Einigung, für wirtschaftlichen Wohlstand und für eine stärkere Rolle Europas in der Welt.

Sie möchten deshalb die Initiative der Kommission gerne auch als außen- und sicherheitspolitisches Projekt verstanden wissen. Kulturpolitik ist für Sie schon immer in erster Linie der Außenpolitik zuzuordnen gewesen. Eine gemeinsame außenpolitische Linie zu finden ist für die EU-Staaten seit jeher schwierig gewesen, denn zu stark sind viele Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Außenpolitik auf die Erhaltung ihrer nationalen Souveränität bedacht. Dies gilt insbesondere, wenn es darum geht, historisch gewachsene regionale Interessen beizubehalten und dementsprechend aktiv zu werden.

Gerade deshalb darf die EU auf die Kulturpolitik als ein gemeinsames und verbindendes Instrument internationaler Politik nicht verzichten. Darum muss sich Kulturpolitik immer auch an den Leitlinien europäischer Außenpolitik orientieren. Am besten siedelt man es gleich beim Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) an. Es ist existenziell, dass Europa auch in der Kultur mit einer Stimme spricht – da darf man sich nicht verzetteln. Lieber sollte man also auf die Europäische Nachbarschaftspolitik im Osten des Kontinents, besonders in unmittelbarer Nachbarschaft zu Österreich und der ehemaligen K.u.k-Monarchie Österreich-Ungarn.

Inhaltlich verstehen Sie sich trotz Ihrer reichen Geschichte vor allem als innovativ. Das neue Projekt muss also auf jeden Fall besonders kreativ sein und so die Zukunft Europas in den Mittelpunkt stellen, nicht die Vergangenheit. Mit Graz (2003) und Linz (2009) als „Europäische Kultur(haupt)städte“ hat Österreich auch schon einige Erfahrung in der internationalen Präsentation seiner Kultur.

Strategisch werden Ihre Entscheidungen häufig mit Ihrem großen Nachbarn Deutschland abgesprochen, zu dem aufgrund der gemeinsamen Sprache und ineinander verwobenen Geschichte ein überaus enger Austausch besteht. Hierbei betonen Sie jedoch auch Ihre Eigenständigkeit. Gleichzeitig sind Sie ein vergleichsweise kleiner Staat, der immer wieder davor warnt, dass einzelne Staaten zu dominant auftreten. Solches Auftreten hat der europäischen Idee in der Vergangenheit immer nur geschadet. Sie möchte auf jeden Fall mit dabei sein bei diesem neuen Projekt. Ein kleines Land wie Österreich braucht die EU, um international überhaupt etwas ausrichten zu können.



ROLLENPROFIL**Außenministerin/Außenminister aus Polen**

Sie sind Außenministerin/Außenminister von Polen. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Warschau

AMTSSPRACHEN

Polnisch

EINWOHNER

38,2 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 10.700€

AUSGABEN FÜR KULTUR

2,5 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

12,5 %

In der Republik Polen leben auf fast 313.000 Quadratkilometern rund 38,2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Polen nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 6 der EU-Mitgliedstaaten. Die polnische Bevölkerung hat in den 1980er Jahren langsam und beständig das sozialistische System in ihrem Land abgeschüttelt und damit wesentlich zum Zusammenbruch des Kommunismus im östlichen Europa beigetragen. Nach dem Ende der Ost-West-Spaltung des Kontinents ist Polen durch seine westlichen Nachbarn konsequent gefördert und unterstützt worden, so dass sich eine stabile Demokratie entwickeln konnte. 2004 war es das größte Land der Erweiterungsrunde und wird von vielen mittel- und ostmitteleuropäischen Mitgliedstaaten als Wortführer angesehen. Polen hat den Euro noch nicht eingeführt. Durch seine Größe und seine recht vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einer jungen Industrie neben alten Kohle- und Stahlanlagen ist Polen mit rund 408 Mrd. Euro Wirtschaftsleistung im Jahr 2014 auf dem 8. Platz der ökonomischen Partner in der EU.

Die Zeit nach dem Fall des Eisernen Vorhangs war für Polen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell eine Zeit voll rasanter Umbrüche, oft zum Positiven. Ihre politische und wirtschaftliche Entwicklung und das Gewicht, das Sie nun aufgrund Ihrer Größe haben, macht es nun fast unumgänglich, an einem positiven Bild Polens in der Welt zu arbeiten. Häufig wird eine Debatte hierüber noch von einer Geschichte bestimmt, in der das polnische Nationalbewusstsein im Klammergriff zwischen Westen und Osten nur begrenzt wirken konnte. Diese Zeit ist zum Glück vorbei, und nun ist es an der Zeit, der Welt zu zeigen, was Sie haben. Weltweit unterhalten Sie mittlerweile 24 Kulturinstitute (polnisch: „Instytut Polski), die polnische Kultur und polnische Künstler bekannt machen sollen. Sie betrachten dies durchaus auch als Teil Ihrer Außenpolitik. Mit Krakau (2000) und Breslau (2016) als „Europäische Kultur(haupt)städte“ hat Polen auch schon einige Erfahrung in der internationalen Präsentation seiner Kultur. Die polnische Kultur ist sehr vielfältig und resultiert aus der wechselvollen Geschichte des Landes: im Mittelalter und der Neuzeit war Polen ein Treffpunkt für verschiedene Kulturen und Religionen, die alle ihren Einfluss auf das polnische Kulturerbe hatten und noch immer haben. Auch heute hat Polen eine breit gefächerte Kulturszene Polens, die trotz aller Globalisierungstendenzen eine eigene Identität erhalten konnte, was viele Polen schätzen.

Als ein Land, das von der Integration in die Europäische Union so schnell so stark profitiert hat wie kaum ein anderes, sehen Sie sich grundsätzlich als europafreundlicher Akteur. Kürzlich hat jedoch auch bei Ihnen eine gewisse Vorsicht eingesetzt, was den weiteren Verlauf der europäischen Integration angeht. Ob man da bei der Kultur ansetzt? In dem Feld haben Sie ja genügend eigene Aufgaben zu erledigen. Aber vielleicht kann ein solches Projekt ja auch hierbei Hilfe leisten. Wenn man sachlich diskutiert, könnte man ein Ergebnis finden, in dem Potential steckt für eine weitere europäische Einigung, für wirtschaftlichen Wohlstand und für eine stärkere Rolle Europas in der Welt. Das hilft am Ende auch Polen.

Es muss auch allen klar sein, dass Polen eine sehr wichtige Rolle spielen muss, die seiner Größe und Bedeutung angemessen sind. Polen hat eine alte Kultur, die in der Geschichte des europäischen Kontinents eine prägende Kraft gewesen ist. Deshalb ist es für Sie klar, dass Polen bei der inhaltlichen Gestaltung des Konzeptes ein gewichtiges Wort mitreden muss. Dazu gehört natürlich auch die polnische Sprache. Sie achten sehr darauf, dass die polnische Sprache, auch wenn sie zu den schwierigsten gehört, gleichberechtigt mit den anderen großen Sprachen Europas vorkommt.

Sie möchten die Initiative der Kommission gerne auch als außen- und sicherheitspolitisches Projekt verstanden wissen. Kulturpolitik ist für Sie schon immer in erster Linie der Außenpolitik zuzuordnen gewesen. Eine gemeinsame außenpolitische Linie zu finden ist für die EU-Staaten seit jeher schwierig gewesen, denn zu stark sind viele Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Außenpolitik auf die Erhaltung ihrer nationalen Souveränität bedacht. Dies gilt insbesondere, wenn es darum geht, historisch gewachsene regionale Interessen beizubehalten und dementsprechend aktiv zu werden. Gerade deshalb darf die EU auf die Kulturpolitik als ein gemeinsames und verbindendes Instrument internationaler Politik nicht verzichten. Darum muss sich Kulturpolitik immer auch an den Leitlinien europäischer Außenpolitik orientieren. Es ist existenziell, dass Europa auch in der Kultur mit einer Stimme spricht – da darf man sich nicht verzetteln. Vor allem Sie als Wortführer der Nachfolgestaaten der Sowjetunion finden daher, dass man unbedingt einen Fokus auf die Europäische Nachbarschaftspolitik im Osten der EU legen muss.

Suchen Sie den Kontakt insbesondere zu den anderen Staaten der Visegrad-Gruppe (Tschechien, Slowakei, Ungarn), mit denen Sie schon oft gewinnbringend zusammenarbeiten konnten.



ROLLENPROFIL**Außenministerin/Außenminister aus Rumänien**

Sie sind Außenministerin/Außenminister von Rumänien. Versuchen Sie, sich in die deren/ dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Bukarest

AMTSSPRACHEN

Rumänisch

EINWOHNER

21,5 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 7.500€

AUSGABEN FÜR KULTUR

2,2 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

9,8 %

Rumänien ist mit einer Fläche von 238 Quadratkilometern das neungrößte Land der Europäischen Union. Mit seinen 21,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern steht das Land sogar an der siebten Stelle in der Union. Die alte Volksrepublik Rumänien existierte bis 1989 und war von der demokratischen Einigung Westeuropas ausgeschlossen. Nach den ersten freien Wahlen 1990 strebte die Republik Rumänien in die Europäische Union, der sie schließlich zusammen mit Bulgarien am 1. Januar 2007 beitrug. Rumänien hat den Euro noch nicht eingeführt. Trotz seiner Größe ist die Wirtschaftsstruktur des Landes relativ schwach entwickelt. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von rund 161 Mrd. Euro im Jahr 2015 liegt es auf dem 16. Platz der ökonomischen Partner in der EU.

Die EU steht aus der Sicht Rumäniens vor großen Herausforderungen, wie z.B. der Finanzkrise, der globalen Welterwärmung, der Arbeitslosigkeit, Migration und der demographischen Entwicklung, deren Lösung weder schnell noch leicht ablaufen wird; doch jede Krise stellt auch eine Chance dar! Darum begrüßen Sie den Vorschlag der Kommission.

Rumänien möchte momentan vor allem auch an einem positiven Image in der Welt arbeiten, da es seiner Ansicht nach momentan unter Wert verkauft wird. Die Mitgliedschaft in der EU stellt eine einzigartige historische Chance dar. Sie finden, dass die Idee der Kommission Europa wieder näher zusammenbringen kann. Und Rumänien sollte in diesem Projekt Ihrer Meinung nach eine zentrale Rolle einnehmen. Außenpolitik ist schön und gut, aber für Sie ist Kulturpolitik mehr als das. Zum Beispiel auch ein Wirtschaftsfaktor!



Mit dem „Institut Cultural Roman“ sind Sie in 19 Städten weltweit aktiv und verfügen daher über eine eigene Kulturinstituts-Infrastruktur. Zudem war Sibiu 2007 „Europäische Kulturhauptstadt“. Sie haben Erfahrungen, die Sie einbringen möchten. Einen Fokus möchten Sie darauf legen, europäische und rumänische Künstlerinnen und Künstler zu vermarkten. Dabei darf es gerne auch etwas moderner zugehen, wenn es sich gut verkauft. Poetry-Slams und Lichtinstallationen halten andere für Geldverschwendung, aber wenn es das ist, was die Leute wollen – warum nicht? Die Kultur Rumäniens zeichnet sich sowohl in ihren verschiedensten historischen Erscheinungsformen als auch in ihrer gegenwärtigen Struktur durch eine in Europa einzigartige Pluralität aus. Die Besonderheit der rumänischen Kultur besteht in der Fähigkeit, die verschiedensten traditionellen und modernen Einflüsse aufzunehmen und sie in einer kreativen Synthese miteinander zu verbinden. Die Lage des Landes an der Grenze zwischen Abendland und Morgenland, also zwischen Okzident und Orient, spielt dabei eine bedeutende Rolle.

Als leider noch wenig wirtschaftsstarkes Land der EU kann Rumänien sich trotz seiner Größe finanziell natürlich eher weniger beteiligen. Da sind die großen Mitgliedstaaten gefordert, oder besser noch der Haushalt der EU. Dann kann auch kein Land zu viel Einfluss für sich reklamieren nach dem Motto „Wer zahlt, bestimmt auch.“.

Rumänien könnte Ihrer Meinung nach eine aktive Rolle in der Realisierung der politischen Vision für den westlichen Balkan und der „Ost-Partnerschaft“ mit einem Schwerpunkt auf die Schwarzmeerregion spielen. Da passt die Initiative der Kommission wunderbar! Wenn schon Außenpolitik, dann soll es auch Rumänien zu Gute kommen. Es ist existenziell, dass Europa auch in der Kultur mit einer Stimme spricht – da darf man sich nicht verzetteln. Lieber sollte man also auf die Europäische Nachbarschaftspolitik im Osten und Süden des Kontinents setzen.

ROLLENPROFIL**Außenministerin/Außenminister aus Schweden**

Sie sind Außenministerin/Außenminister von Schweden. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Stockholm

AMTSSPRACHEN

Schwedisch, regional auch Finnisch, Mienkäli und Samisch

EINWOHNER

9,3 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 44.400€

AUSGABEN FÜR KULTUR

2,0 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

12,4 %

Im Königreich Schweden leben auf fast 450.000 Quadratkilometern rund 9,3 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Schweden nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 14 der EU-Mitgliedstaaten. Nach dem Ende der Ost-West-Spaltung des Kontinents nach 1990 trat Schweden 1995 zusammen mit Finnland und Österreich der EU bei, und konnte seine traditionelle Neutralität beibehalten. Wegen seiner sehr vielfältigen Wirtschaftsstruktur mit einer starken Industrie ist Schweden trotz seiner geringen Größe mit geschätzten 412 Mrd. Euro Wirtschaftsleistung im Jahr 2014 auf dem 7. Platz der ökonomischen Partner in der EU.

Schweden versteht sich als eine der europafreundlichsten Nationen überhaupt. Die Schrecken der europäischen Vergangenheit überkommt man nur gemeinsam, und die großartigen Chancen der europäischen Einigung in ökologischer, sozialer und kultureller Hinsicht müssten nun wirklich jedem einleuchten. Diese immaterielle Komponente der europäischen Einigung ist ihnen besonders wichtig, vor allem auch wenn Ihre Kolleginnen und Kollegen manchmal nur von den positiven Effekten auf die Wirtschaftskraft sprechen.

Den Vorschlag der Kommission begrüßen Sie deshalb rundum. Endlich mal frischer Wind, der dem europäischen Projekt neues Leben einhaucht und der ganzen Welt zeigt, was Europa zu bieten hat. Kulturpolitik ist für Sie schon immer auch der Außenpolitik zuzuordnen gewesen. Eine gemeinsame außenpolitische Linie zu finden ist für die EU-Staaten seit jeher schwierig gewesen, denn zu stark sind viele Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Außenpolitik auf die Erhaltung ihrer nationalen Souveränität bedacht. Dies gilt insbesondere, wenn es darum geht, historisch gewachsene regionale Interessen beizubehalten und dementsprechend aktiv zu werden. Gerade deshalb darf die EU auf die Kulturpolitik als ein gemeinsames und verbindendes Instrument internationaler Politik nicht verzichten. Darum muss sich Kulturpolitik immer auch an den Leitlinien europäischer Außenpolitik orientieren. Am besten siedelt man es gleich beim Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) an. Es ist existenziell, dass Europa auch in der Kultur mit einer Stimme spricht. Sie finden, dass man sich nicht nur auf die europäische Nachbarschaft beschränken sollte. Wer global wahrgenommen werden möchte, sollte auch global präsent sein.

Sie selbst schreiben internationalen Austausch schon seit langem groß. Aufgrund Ihrer geringen Größe freuen Sie sich auch immer über europäische Initiativen, an die sie sich anschließen können. Eigene Kulturinstitute (schwedisch: Svenska Institutet) haben Sie außerhalb Schwedens nur in Dänemark und Frankreich. Mit Stockholm (1998) und Umeå (2014) als „Europäische Kultur(haupt)städte“ verfügt Schweden aber auch schon über einige Erfahrung in der Präsentation seiner Kultur. Auch unabhängig von der Existenz von Kulturinstituten gelingt es Ihnen exzellent, ein vielseitiges und abwechslungsreiches Bild seiner Kultur, insbesondere der Literatur, seiner Gesellschaft und Natur zu vermitteln.



Schweden gilt als die Nation der Popmusik in Europa, wenn nicht sogar weltweit. Schon früh legt man Schweden einen ganz besonderen Schwerpunkt auf die Förderungen der musischen Fähigkeiten von Kindern in der Erziehung. Auch unter ökonomischen Gesichtspunkten hat der Musikmarkt eine besondere Bedeutung für Schweden.

Wenn es nach Ihnen geht, dürfen die Ideen auch ausgeflippt sein, gern möchten Sie auch die ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit, Grundsätze der Gleichbehandlung der Geschlechter und Lebensformen sowie Genderaspekte auch in der Kunst und Kultur stärker verankern. Die anderen Vertreterinnen und Vertreter haben aber sicherlich auch tolle Ideen und gute Konzepte, denen Sie sich gern anschließen. Wichtig ist Ihnen, dass die Projekte weltweit wirken. Die EU muss sich nicht kleinemachen: Wenn der Wille da ist, dann kann man Großes bewirken.

Als kulturell einflussreiche Nation mit einer Sprache mit kleiner Sprecherfamilie ist Ihnen besonders bewusst, welchen Herausforderungen sich noch kleinere Staaten gegenübersehen. Weil Sie dafür besonderes Verständnis haben, können Sie sich gut vorstellen, eine Art Mittlerrolle einzunehmen. Suchen Sie auch Kontakt zu den anderen Ostseeanrainerstaaten. Mit denen konnten Sie schon in der Vergangenheit in vielen Fällen gut zusammenarbeiten.

ROLLENPROFIL

Außenministerin/Außenminister aus der Slowakei

Sie sind Außenministerin/Außenminister der Slowakei. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Bratislava

AMTSSPRACHEN

Slowakisch

EINWOHNER

5,4 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 13.900€

AUSGABEN FÜR KULTUR

3,1 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

12,2 %

In der Slowakischen Republik leben auf ca. 49.000 Quadratkilometern rund 5,4 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Mit seiner Bevölkerungszahl rangiert die Slowakei damit auf Platz 23 in der EU. Nach dem Ende der Ost-West-Teilung des Kontinents trat die Slowakei gemeinsam mit vielen anderen ehemaligen Staaten des östlichen Bündnisses im Jahr 2004 der Europäischen Union bei. Aufgrund ihrer geringen Größe ist die Slowakei mit einem BIP von 75 Mrd. Euro in 2014 auf Rang 20 der europäischen Partner.

In kultureller Hinsicht war die Slowakei gemeinsam mit dem nordwestlichen Nachbarn Tschechien seit dem 11. Jahrhundert bis 1918 Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie, es hat also auch in kultureller Hinsicht viel mit seinen Nachbarländern gemeinsam. Die Zeit nach den Weltkriegen war wie bei seinen Nachbarn geprägt von der sozialistischen Diktatur. Seit der friedlichen Trennung der Slowakei aus dem tschechoslowakischen Bundesstaat im Jahr 1993 werden insbesondere das spezifisch Slowakische in der Kultur und auch die Eigenständigkeit der slowakischen Sprache hervorgehoben. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist für die Slowakei vor allem auch mit großen wirtschaftlichen Hoffnungen verbunden, die sich bislang noch nicht alle erfüllt haben. Seit einigen Jahren macht sich deshalb unter dem Eindruck krisenhafter Entwicklungen eine zunehmend skeptische Stimmung in der Bevölkerung breit, was die künftige Ausrichtung des Projekts EU angeht.

Der Initiative der Kommission stehen sie daher eher vorsichtig gegenüber. Natürlich teilen Sie den Befund: Es läuft momentan einiges aus dem Ruder. Aber ob Kulturpolitik da der richtige Ansatzpunkt ist, bleibt für Sie fraglich. Kulturelle Fragen sind für Sie immer auch mit ethnischen Spannungen verknüpft. So lebt in Ihrem Land eine große ungarische Minderheit, die sich auch politisch Gehör verschafft. Damit stehen Sie wie einige Ihrer Nachbarn vor der Herausforderung, aus den Grenzziehungen, die das 21. Jahrhundert hervorgebracht hat, ethnische und kulturelle Harmonie zu erzeugen. Dennoch leisten Sie sich eine kulturelle auswärtige Politik: Mit 8 Kulturinstituten sind Sie europaweit vertreten. Das einzige Kulturinstitut außerhalb der EU befindet sich in Moskau.



Hier sehen Sie aber einen möglichen Ansatzpunkt für ein europäisches Projekt. Wenn sich eine Mehrheit für ein solches Europäisches Haus findet, dann sollte der Fokus auch ganz klar auf außenpolitischen Interessen liegen, vor allem also dem Dialog mit den östlichen Partnern in der Nachbarschaftspolitik. Sie können sich hier auch eine Mittlerrolle gut vorstellen. Eine gemeinsame außenpolitische Linie zu finden ist für die EU-Staaten seit jeher schwierig gewesen, denn zu stark sind viele Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Außenpolitik auf die Erhaltung ihrer nationalen Souveränität bedacht. Dies gilt insbesondere, wenn es darum geht, historisch gewachsene regionale Interessen beizubehalten und dementsprechend aktiv zu werden. Gerade deshalb darf die EU auf die Kulturpolitik als ein gemeinsames und verbindendes Instrument internationaler Politik nicht verzichten. Darum muss sich Kulturpolitik immer auch an den Leitlinien europäischer Außenpolitik orientieren. Am besten siedelt man es gleich beim Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) an. Es ist existenziell, dass Europa auch in der Kultur mit einer Stimme spricht.

Was die konkrete Ausgestaltung des Projektes angeht, warten Sie auf die Vorschläge der Anderen. Bisher hat die Slowakei mit Košice (2013) auch nur einmal die „Europäische Kultur(haupt)stadt“ gestellt. Sie würde sagen, dass Sie insgesamt wenig Erfahrung mit der internationalen Präsentation Ihrer Kultur haben, darum vertrauen Sie auch auf die Konzepte anderer. Die Hauptsache ist, dass Sie sich nicht zu viel verpflichten müssen. Natürlich ist auch klar, dass die Slowakei sich finanziell kaum beteiligen kann. Da müssen schon die größeren Staaten auch einen größeren Beitrag leisten. Oder man finanziert alles gleich aus dem Topf der EU.

Sie warnen aber vor allem davor, dass einzelne Staaten zu dominant auftreten. Solches Auftreten hat der europäischen Idee in der Vergangenheit immer nur geschadet. Schlussendlich ist Ihnen auch klar: So ein kleines Land wie die Slowakei braucht die EU, um international überhaupt etwas ausrichten zu können. Suchen Sie den Kontakt insbesondere zu den anderen Staaten der Visegrad-Gruppe (Tschechien, Polen, Ungarn), mit denen Sie schon oft gewinnbringend zusammenarbeiten konnten. Insbesondere fühlen Sie sich aufgrund der gemeinsamen Geschichte auch kulturell mit Tschechien sehr verbunden.

ROLLENPROFIL

Außenministerin/Außenminister aus Slowenien

Sie sind Außenministerin/Außenminister von Slowenien. Versuchen Sie, sich in die deren/ dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Ljubljana

AMTSSPRACHEN

Slowenisch, regional auch Italienisch und Ungarisch

EINWOHNER

2 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 18.100€

AUSGABEN FÜR KULTUR

3,0 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

10,9 %

In der Republik Slowenien leben auf über 20.000 Quadratkilometern rund 2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Slowenien nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 24 der EU-Mitgliedstaaten. Nach dem Ende der Ost-West-Spaltung löste sich Slowenien 1991 aus der staatlichen Gemeinschaft Jugoslawiens und wurde ein unabhängiger Staat. 2004 gelang es dem kleinen Land, der EU beizutreten und bereits 2007 führte Slowenien als erster der Beitrittsstaaten den Euro als Währung ein. Trotz seiner geringen Größe ist Slowenien mit geschätzten 36 Mrd. Euro Wirtschaftsleistung im Jahr 2014 auf dem 24. Platz der ökonomischen Partner in der EU. Slowenien versteht sich als ausgeprägt europafreundlich. Bereits in jugoslawischer Zeit richtete sich das Interesse der slowenischen Bevölkerung stark nach Italien, Österreich und Deutschland.

Slowenien war lange Teil von Österreich-Ungarn, es hat also auch in kultureller Hinsicht viel mit seinen Nachbarländern gemeinsam. Das gilt auch für die Staaten des ehemaligen Jugoslawien, mit denen Slowenien ebenso eine lange gemeinsame Geschichte hat. Als eine Region im fortwährenden kulturellen Austausch stellt Slowenien auch einen besonderen kulturellen Schmelztiegel dar. Das verbindet die Slowenen nach eigener Ansicht mit der EU: Im Kleinen ein Beispiel setzen, davon können sicher Andere profitieren und das eignet sich bestimmt auch gut für eine Botschaft, die man als EU nach außen sendet. Sie haben damit aber keine eigene Erfahrung. Bis vor kurzem waren Ihre kulturpolitischen Aktivitäten ganz darauf ausgerichtet, bald der EU beizutreten. So betreiben Sie nur ein eigenes Kulturinstitut weltweit – das „Slovenian Culture and Information Centre (SKICA)“ in Wien. Dass (auch) slowenische Kultur gefördert wird und in Ihrer wirtschaftlichen Bedeutung nutzbar gemacht wird, würden Sie aber rundum begrüßen.

In Bezug auf den Vorschlag der Kommission sehen Sie als europafreundlicher Partner aber auch aus grundsätzlichen Erwägungen, dass der Kontinent einen neuen Impuls gut gebrauchen könnte, damit europäische Zusammenarbeit auch in Zukunft gut funktionieren kann. Davon werden alle EU-Staaten gleichermaßen profitieren. Wenn man sachlich diskutiert, müsste allen klar werden, welches Potential in der Idee steckt. Potential für eine weitere europäische Einigung, für wirtschaftlichen Wohlstand und für eine stärkere Rolle Europas in der Welt.



Sie möchten deshalb die Initiative der Kommission gerne auch als außen- und sicherheitspolitisches Projekt verstanden wissen. Kulturpolitik ist für Sie schon immer in erster Linie der Außenpolitik zuzuordnen gewesen. Eine gemeinsame außenpolitische Linie zu finden ist für die EU-Staaten seit jeher schwierig gewesen, denn zu stark sind viele Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Außenpolitik auf die Erhaltung ihrer nationalen Souveränität bedacht. Dies gilt insbesondere, wenn es darum geht, historisch gewachsene regionale Interessen beizubehalten und dementsprechend aktiv zu werden. Gerade deshalb darf die EU auf die Kulturpolitik als ein gemeinsames und verbindendes Instrument internationaler Politik nicht verzichten. Darum muss sich Kulturpolitik immer auch an den Leitlinien europäischer Außenpolitik orientieren. Am besten siedelt man es gleich beim Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) an. Es ist existenziell, dass Europa auch in der Kultur mit einer Stimme spricht – da darf man sich nicht verzetteln. Lieber sollte man also auf die Europäische Nachbarschaftspolitik setzen. Slowenien könnte hierbei sicher auch eine Mittlerrolle zwischen den slawischen Kulturen des Ostens und den EU-Partnern gut vorstellen.

Was die konkrete Ausgestaltung des Projektes angeht, sind Sie ziemlich offen. Slowenien hat aufgrund seiner geringen Größe quasi keine eigene kulturelle Infrastruktur im Ausland und hat in der Vergangenheit nur vereinzelt Projekte im Ausland gefördert. Bisher hat Slowenien mit Maribor (2012) auch nur einmal die „Europäische Kulturhauptstadt“ gestellt. Sie würde sagen, dass Sie insgesamt wenig Erfahrung mit der internationalen Präsentation Ihrer Kultur haben, darum vertrauen Sie auch auf die Konzepte anderer. Die anderen Staaten haben da sicherlich tolle Ideen und gute Konzepte, denen Sie sich gern anschließen.

Sie warnen aber davor, dass einzelne Staaten zu dominant auftreten. Solches Auftreten hat der europäischen Idee in der Vergangenheit immer nur geschadet. Sie möchte auf jeden Fall mit dabei sein bei diesem neuen Projekt. Ein so kleines Land wie Slowenien braucht die EU, um international überhaupt etwas ausrichten zu können. Natürlich ist auch klar, dass Slowenien sich finanziell kaum beteiligen kann. Da müssen schon die größeren Staaten auch einen größeren Beitrag leisten. Oder man finanziert alles gleich aus dem Topf der EU.

ROLLENPROFIL

Außenministerin/Außenminister aus Spanien

Sie sind Außenministerin/Außenminister von Spanien. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Madrid

AMTSSPRACHEN

**Spanisch, regional auch
Aragonesisch, Aranesisch, Asturisch,
Baskisch, Galicisch und Katalanisch**

EINWOHNER

46 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 22.400€

AUSGABEN FÜR KULTUR

2,6 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

9,1 %

Im Königreich Spanien leben auf über 504.000 Quadratkilometern rund 46 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Spanien nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 5 der EU-Mitgliedstaaten. Das Land ist bereits seit 1986 Mitglied der Europäischen Gemeinschaften. Nach dem Tod des Militärdiktators General Franco 1975 gelang es schnell, die Demokratie zu etablieren und zu festigen. Nach dem Ende der Ost-West-Teilung Europas gründete Spanien zusammen mit elf weiteren Staaten Westeuropas 1993 die Europäische Union. Durch seine Größe und seine sehr vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einer starken Industrie ist Spanien mit geschätzten 1.030 Mrd. Euro Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2014 auf dem 5. Platz der ökonomischen Partner in der EU. Allerdings hat das Land stark unter der Weltwirtschaftskrise seit 2008 gelitten, was zu einer hohen Arbeitslosenquote besonders unter Jugendlichen, dem Zusammenbruch der Baubranche und konkursgefährdeten Banken führte. Der Staat ist durch die Bankenrettung stark verschuldet.

Spanien hat eine alte Kultur, die in der Geschichte des europäischen Kontinents wie der gesamten Weltordnung eine prägende Kraft gewesen ist, z.B. bei der Entdeckung und-Besiedlung Amerikas, um nur ein kleines Beispiel zu nennen. Teil davon ist natürlich auch die spanische Sprache. Sie achten sehr darauf, dass die spanische Sprache gleichberechtigt mit den anderen großen Sprachen Europas vorkommt. Sie ist auch ein Grund dafür, dass Spanien weltweit enge kulturelle Beziehungen zu spanischsprachigen Ländern unterhält. Spanien verfügt über eine umfangreiche Kulturinstituts-Infrastruktur und viel Erfahrung in der Kulturarbeit im Ausland. Neben 65 Sprachzentren, den sogenannten Cervantes-Instituten, kümmert sich vor allem ein eigenes Institut namens „Acción Cultural Española (AC/E)“ um die Verbreitung der spanischen Kultur.

Diese Erfahrungen müssen natürlich genutzt werden. Zudem haben Sie schon einige Erfahrungen mit der Präsentation der eigenen Kultur schließlich waren Madrid (1992), Santiago de Compostela (2000), Salamanca (2002) und San Sebastian (2016) „Europäische Kultur(haupt)städte“. Die anderen Vertreterinnen und Vertreter haben aber sicherlich auch tolle Ideen und gute Konzepte, denen Sie sich gern anschließen. Allerdings muss auch allen klar sein, dass Spanien eine wichtige Rolle spielen muss, die seiner Größe und Bedeutung angemessen sind.



Den Vorschlag der Kommission begrüßen Sie rundum. Endlich mal frischer Wind, der dem europäischen Projekt neues Leben einhaucht und der ganzen Welt zeigt, was Europa zu bieten hat. Kulturpolitik ist für Sie schon immer auch der Außenpolitik zuzuordnen gewesen. Eine gemeinsame außenpolitische Linie zu finden ist für die EU-Staaten seit jeher schwierig gewesen, denn zu stark sind viele Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Außenpolitik auf die Erhaltung ihrer nationalen Souveränität bedacht. Dies gilt insbesondere, wenn es darum geht, historisch gewachsene regionale Interessen beizubehalten und dementsprechend aktiv zu werden. Gerade deshalb darf die EU auf die Kulturpolitik als ein gemeinsames und verbindendes Instrument internationaler Politik nicht verzichten. Darum muss sich Kulturpolitik immer auch an den Leitlinien europäischer Außenpolitik orientieren. Am besten siedelt man es gleich beim Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) an. Es ist existenziell, dass Europa auch in der Kultur mit einer Stimme spricht.

Im Umkehrschluss heißt das aber auch, dass die EU die finanzielle Verantwortung übernehmen muss. Das gilt umso mehr, als der spanische Beitrag aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht allzu üppig ausfallen kann. Versuchen Sie insbesondere Allianzen mit den Vertreterinnen und Vertretern aus anderen großen EU-Staaten zu schließen. Die EU braucht aber keinen zweiten „British Council“ oder kein zweites „Goethe-Institut“, man muss von Grund auf neu denken und alle Erfahrungen berücksichtigen.

ROLLENPROFIL

Außenministerin/Außenminister aus dem Vereinigten Königreich

Sie sind Außenministerin/Außenminister des Vereinigten Königreichs. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

London

AMTSSPRACHEN

Englisch, regional auch Kornisch, Irisch, Schottisch-Gälisch, Scots, Ulster Scots und Walisisch

EINWOHNER

62 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 34.000€

AUSGABEN FÜR KULTUR

1,7 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

12,0 %

Im Vereinigten Königreich (United Kingdom - UK) leben auf fast 245.000 Quadratkilometern rund 62 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Großbritannien, wie das UK oft genannt wird, nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 3 der EU-Mitgliedsstaaten. Das Land ist bereits 1973 der Europäischen Gemeinschaft beigetreten. Von Anfang an gab es in der Bevölkerung und den beiden großen Parteien Labour-Party und Conservatives massive Vorbehalte gegen eine Mitgliedschaft. Typisch britisch ist es aber, in der Sache nach pragmatischen Lösungen zu suchen. Da die Vorteile einer Mitgliedschaft aus Sicht der meisten Britinnen und Briten und ihrer Politiker und Politikerinnen überwogen, hat Großbritannien auch die Gründung der Europäischen Union nach dem Ende der Ost-West-Spaltung des Kontinents unterstützt. Es macht aber weder bei der gemeinsamen Sicherheitspolitik noch bei der Sozialpolitik vollständig mit. Das Vereinigte Königreich hat auch den Euro nicht eingeführt und ist, zusammen mit Irland, kein Schengen-Staat. Dieser Gemeinschaft zum Verzicht auf Personenkontrollen an den Grenzen ist es allerdings durch einen eigenen Vertrag verbunden. Durch seine Größe und seine sehr vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einer starken Industrie ist Großbritannien der zweitgrößte ökonomische Partner in der EU.

Schon aufgrund seiner beispiellosen Kolonialgeschichte versteht sich Großbritannien als kulturelle Weltmacht, der auf dem Festland keiner das Wasser reichen kann. Im Commonwealth of Nations sind noch heute Staaten mit insgesamt 2,3 Mrd. Einwohnern Mitglied, das entspricht fast einem Drittel der Weltbevölkerung. Mit der BBC, der größten und laut Umfragen vertrauenswürdigsten Sendeanstalt der Welt, und mit einem prägenden Einfluss auf die globale Popkultur ist auch die außen- und wirtschaftspolitische Bedeutung des Kultursektors schon früh gefördert worden. Der Status von Englisch als Weltsprache ist hierfür natürlich konstitutiv. Mit über 100 Büros weltweit ist alleine der British Council vertreten.

Den Sinn europäischer Integration sieht das Vereinigte Königreich vor allem im wirtschaftlichen Bereich, während es weitere politische Integration – verbunden mit der Abgabe staatlicher Souveränität an supranationale EU-Institutionen – skeptisch betrachtete. Obwohl EU-Politik für Großbritannien an Priorität gewonnen hat, ist das enge Bündnis mit den USA genauso wichtig. Unter früheren Regierungen wurde schrittweise versucht, Großbritanniens Einfluss als führender und ernst zu nehmender Partner in der EU auszubauen. Jüngst wird aber das Für und Wieder einer Mitgliedschaft wieder kontrovers diskutiert. Ein Austritt scheint nicht mehr ausgeschlossen.

Die Idee der Kommission bewerten Sie eher zurückhaltend. Europäische Einigung ist für Sie kein romantischer Selbstzweck, wie es Ihrer Ansicht nach auf dem Festland häufig scheint. An Kulturinstituten sehen Sie keinen Mangel. So wirtschaftlich tragfähig wie ihre Struktur, bei der sich die Arbeit zu rund 80 % aus den Einnahmen von Sprachkursen finanziert, könnte ohnehin keine Alternative sein. Stattdessen wird es Geld kosten, und hier werden sie äußert vorsichtig. Ihre Wählerinnen und Wähler erwarten schließlich von Ihnen, dass für Sie etwas herausspringt. Wenn ein Vorschlag beschlossen werden soll, muss klar sein, dass auch Großbritannien daraus wirtschaftliche Vorteile ziehen kann.

Auf der anderen Seite ist es Ihnen auch wichtig, dass Großbritannien möglichst viel Einfluss auf alle Entscheidungen hat. Jedenfalls wäre es für Sie nicht akzeptabel, wenn Entscheidungen in Brüssel gegen Großbritannien gefällt würden. In Ihre Außenpolitik lassen Sie sich aber nur äußerst ungern hineinreden, erst recht nicht von europäischen Institutionen. Sie haben eigene Ziele und die verfügbaren Mittel, sie zu erreichen. Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) jedenfalls hat schon mehr als genug Kompetenzen. Da muss er nicht auch noch in der Kulturpolitik mitmischen.

Bei allen neuen Ideen und Konzepten muss auf jeden Fall Großbritanniens Erfahrung auf der internationalen Bühne berücksichtigt werden. Großbritannien hat eine alte Kultur, die in der Weltgeschichte eine prägende Kraft gewesen ist. Mit Glasgow (1986) und Liverpool (2008) als „Europäische Kultur(haupt)städte“ besteht auch schon einige Erfahrung in der internationalen Präsentation dieser Kultur. Darüber hinaus achten Sie sehr darauf, dass die englische Sprache gleichberechtigt mit den anderen großen Sprachen Europas vorkommt. Aber das wird ja wohl niemand in Frage stellen!

Inhaltlich stehen Sie Innovation durchaus offen gegenüber, es darf sogar auch manchmal etwas wilder werden. Exzentrik und Selbstironie ist schließlich auch ein sympathisches Markenzeichen, mit dem sie selbst immer gut gefahren sind und was man im Ausland auch an Ihnen sehr schätzt, wobei Traditionen weiterhin gepflegt und dabei nicht aus dem Auge gelassen werden dürfen. Diese Gelassenheit vermissen Sie bei vielen Ihrer Kolleginnen und Kollegen, natürlich vor allem aus Ländern mit jüngerer Geschichte und möglicherweise ungelösten Identitätskonflikten. Die Erfahrungen Ihrer eigenen Kulturinfrastruktur müssen natürlich genutzt werden. Das British Council zugunsten eines Europäischen Kulturinstituts aufzulösen kommt aber für Sie auf keinen Fall in Frage. Wo kommen wir denn da hin? Klar ist für Sie auch: Der Fokus europäischer Kulturpolitik muss weltweit sein. Bevor man Klein-Klein macht, soll man es lieber lassen. So hat das Großbritannien immer gehalten.

Wenn es ums Geld geht, ist natürlich vor allem die EU gefordert, schließlich kommt die Idee von der Kommission.



ROLLENPROFIL**Außenministerin/Außenminister aus Zypern**

Sie sind Außenministerin/Außenminister von Zypern. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Nikosia

AMTSSPRACHEN

Griechisch und Türkisch

EINWOHNER

0,8 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 20.500€

AUSGABEN FÜR KULTUR

2,2 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

15,7 %

Die Republik Zypern ist die völkerrechtliche Vertretung der Insel Zypern im östlichen Mittelmeer. Der nördliche, weitgehend türkischsprachige Teil der Insel wird allerdings durch die Türkische Republik Nordzypern beansprucht, die aber nur von der Türkei als Staat anerkannt wird. Der EU gehört die gesamte Insel unter dem Namen Republik Zypern seit dem 01.05.2004 an, aber nur im südlichen, weitgehend griechischsprachigen Teil wird das EU-Recht angewandt. 1960 erlangte die Insel ihre Unabhängigkeit von Großbritannien. Seit Jahren versuchen beide Teile der seit 1974 geteilten Insel eine Wiedervereinigung. Bisher sind jedoch alle Versuche gescheitert. Auf der Insel leben auf über 9.000 Quadratkilometern rund 0,8 Millionen Menschen. Damit ist Zypern der Bevölkerungsgroße nach auf Platz 26 der EU-Mitgliedstaaten. Neben Malta ist es die einzige Inselrepublik unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Republik Zypern versteht sich als europafreundlich. Es bestehen immer noch einige Relikte aus der britischen Kolonialzeit und Englisch ist als häufig genutzte Geschäftssprache anzutreffen, ebenso Linksverkehr. Als einer der ersten Staaten der großen Erweiterung hat Zypern den Euro 2008 eingeführt. Durch seine geringe Größe ist Zypern ein kleiner Staat, der mit Stolz auf eine abwechslungsreiche Geschichte und Kultur zurückblickt. Geographisch betrachtet liegt Zypern in Asien, hat jedoch schon im Altertum eine bedeutende Rolle in der europäischen Kulturgeschichte gespielt und wird seither politisch zu Europa gezählt. Neben archäologischen Gesichtspunkten ist ihre Kulturpolitik aber vor allem von einem engen Verhältnis zum engen Verbündeten Griechenland bestimmt. Dort betreiben Sie (wie sonst nur in London und Berlin) auch ein eigenes Kulturzentrum, das vom Kultusministerium gemeinsam mit dem Außenministerium betrieben wird. Insgesamt weist Ihre Kulturpolitik einen sehr engen Bezug zur Außenpolitik auf, so dass Ihre Botschaften häufig in kulturpolitische Maßnahmen involviert sind. Wenn die räumlichen Gegebenheiten passen, sind Sie weltweit bereit, Projekte zyprischer Künstlerinnen und Künstler zu fördern.

In Bezug auf den Vorschlag der Kommission sehen Sie als europafreundlicher Partner, dass der Kontinent einen neuen Impuls gut gebrauchen könnte, damit europäische Zusammenarbeit auch in Zukunft gut funktionieren kann. Davon werden alle EU-Staaten gleichermaßen profitieren. Wenn man sachlich diskutiert, müsste allen klar werden, welches Potential in der Idee steckt. Potential für eine weitere europäische Einigung, für wirtschaftlichen Wohlstand und für eine stärkere Rolle Europas in der Welt.

Sie möchten deshalb die Initiative der Kommission gerne auch als außen- und sicherheitspolitisches Projekt verstanden wissen. Kulturpolitik ist schon immer auch Außenpolitik gewesen. Kulturpolitik ist für Sie schon immer auch der Außenpolitik zuzuordnen gewesen. Eine gemeinsame außenpolitische Linie zu finden ist für die EU-Staaten seit jeher schwierig gewesen, denn zu stark sind viele Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Außenpolitik auf die Erhaltung ihrer nationalen Souveränität bedacht. Dies gilt insbesondere, wenn es darum geht, historisch gewachsene regionale Interessen beizubehalten und dementsprechend aktiv zu werden. Gerade deshalb darf die EU auf die

Kulturpolitik als ein gemeinsames und verbindendes Instrument internationaler Politik nicht verzichten. Darum muss sich Kulturpolitik immer auch an den Leitlinien europäischer Außenpolitik orientieren. Am besten siedelt man es gleich beim Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) an. Es ist existenziell, dass Europa auch in der Kultur mit einer Stimme spricht. Sie finden auch – da darf man sich nicht verzetteln. Lieber sollte man also auf die Europäische Nachbarschaftspolitik im Süden des Kontinents setzen, vor allem in Nordafrika in der unmittelbaren Nähe zu Zypern.

Zypern hat aufgrund seiner geringen Größe nur wenig eigene kulturelle Infrastruktur im Ausland und hat in der Vergangenheit nur vereinzelt Projekte im Ausland gefördert. Anders als bei den meisten anderen Mitgliedstaaten, gab es auch noch nie eine Europäische Kulturhauptstadt aus Ihrem Land. Die anderen Staaten haben da sicherlich tolle Ideen und gute Konzepte, denen Sie sich gern anschließen.

Sie warnen davor, dass einzelne Staaten zu dominant auftreten. Solches Auftreten hat der europäischen Idee in der Vergangenheit immer nur geschadet. Besonders verbunden fühlen Sie sich aufgrund der gemeinsamen Geschichte, der Sprache sowie der geographischen Nähe zu Griechenland. Sie möchte auf jeden Fall mit dabei sein bei diesem neuen Projekt. So ein kleines Land wie Zypern braucht die EU, um international überhaupt etwas ausrichten zu können. Natürlich ist auch klar, dass Zypern sich finanziell kaum beteiligen kann. Da müssen schon die größeren Staaten auch einen größeren Beitrag leisten. Oder man finanziert alles gleich aus dem Topf der EU.

Besonders verbunden fühlen Sie sich auch in kultureller Hinsicht mit Griechenland. Suchen Sie deshalb Kontakt zu deren Vertreterin/Vertreter. Ein Agieren gegen die griechische Position können Sie sich nur schwer vorstellen.



GRUPPENPROFIL

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Das Europäische Parlament (EP) ist die Versammlung der von den 505 Millionen Bürgerinnen und Bürgern der EU direkt gewählten 751 Abgeordneten. Über Vorschläge der Kommission für einen Rechtsakt beraten die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) jeweils in Fachausschüssen. Zum Teil beschließen auch die Fachausschüsse, wie in diesem Planspiel, in der Regel treffen sich die MdEPs hierzu aber in ihrer Vollversammlung, dem Plenum. Parallel dazu wird im Rat der Europäischen Union (Rat), in dem die Regierungen der Mitgliedstaaten durch ihre jeweiligen Fachministerinnen und -minister vertreten sind, über die Vorschläge beraten und entschieden. Beide Partner beschließen so zwar miteinander, vertreten aber jeweils unterschiedliche Interessen. Das EP vertritt die Bürgerinnen und Bürger direkt. Im Rat treffen die Interessen der Mitgliedstaaten aufeinander und werden gebündelt den Interessen des EP gegenübergestellt. Der Vorsitz im Rat wird abwechselnd zwischen den Mitgliedern verteilt. Im Planspiel wird eine Person zur Präsidentin oder zum Präsidenten gewählt. Das Parlament wählt seine Präsidentin oder seinen Präsidenten aus seiner Mitte.

Die Sitzung beginnt mit einer kurzen Vorstellungsrunde, in der die Mitglieder jeweils aus ihren Fraktionen heraus ihre Position kurz vorstellen, ohne schon Forderungen zu stellen. Die Fraktionen des Parlaments können eigene Sitzungen abhalten und beantragen hierzu eine Pause der Ausschusssitzungen. In den Fraktionen herrscht in der Regel ein freundlicher und kollegialer Umgangston. Zwischen den Fraktionen wird dagegen gerne auch offen gestritten. Um eine Mehrheit zu finden, ist es aber wichtig, dass sich gerade die größeren Fraktionen auf einen Kompromiss einigen können. Kleinere Fraktionen können nur durch permanente Gespräche eine Mehrheit im Parlament für ihre Anträge zusammenbekommen. Die Kommission nimmt - wenn sie es einrichten kann - an den Sitzungen teil und hat dort auch Rederecht. Das Mitglied der Kommission sitzt dann neben der Präsidentin oder dem Präsidenten. Beschlüsse zur Änderung von Vorlagen werden im Parlament in der Regel mit der einfachen Mehrheit (mindestens 50 Prozent plus eine Stimme) gefasst.

Die Kulturpolitik ist ein recht junges und zugleich schwieriges Politikfeld der EU. Die Interessen der Mitgliedstaaten sowie der Bürgerinnen und Bürger sind zum Teil sehr unterschiedlich gelagert. Wer ein eigenes Ziel verwirklichen will, muss einen Antrag auf eine Änderung des Vorschlags der Kommission stellen. Damit eine Änderung in die Vorlage aufgenommen wird, muss sie eine Mehrheit im EP finden. Es ist daher sinnvoll, mit anderen Mitgliedern im EP Absprachen zu treffen, um eine solche Mehrheit zu bekommen. Diese Absprachen können Kompromisse sein, bei denen man sich in einzelnen Fragen auf einen Konsens einigt. Es können aber auch ganz unterschiedliche Fragen miteinander verbunden werden, so dass ein Mitglied etwas unterstützt, obwohl dies nicht seinen eigenen Zielen entspricht, im Gegenzug dann aber für eigene Ziele die notwendige Unterstützung von anderen Mitgliedern erhält. Es ist immer wichtig als Fraktionsgemeinschaft aufzutreten und Absprachen mit anderen zunächst in diesem Kreis vorzubereiten. Neben dem EP wird allerdings auch der Rat in einem ähnlichen Prozess Änderungen beantragen. Wer sichergehen will, dass die eigenen Ziele erfolgreich verwirklicht werden können, sollte daher auch mit den Mitgliedern des Rats sprechen.

Wenn Sie einen Antrag auf Änderung der Gesetzesvorlage stellen wollen, sprechen Sie vorher mit genügend Mitgliedern des Parlaments, um eine Mehrheit zustande zu bekommen. Beantragen Sie nötigenfalls hierfür eine Sitzungsunterbrechung. Erst nachdem Sie sich der Mehrheit sicher sind, stellen Sie den Antrag, indem Sie zuerst die entsprechende Stelle in der Vorlage vorlesen und dann den eigenen Vorschlag. Die Parlamentspräsidentin oder der der Parlamentspräsident wird gleich darauf abstimmen lassen.

GRUPPENPROFIL**EP – Fraktion „Europäische Volkspartei (EVP)“**

Die EVP-Fraktion ist eine der beiden großen Fraktionen im Europäischen Parlament. Ihre Mitgliedsparteien stammen aus dem Mitte-Rechts-Spektrum europäischer Politik. Dies bedeutet, dass neben klassischen christdemokratischen Parteien auch konservative und bürgerlich-liberale Parteien in Ihrer Fraktion sitzen. Die EVP war lange Jahre in einer Fraktionsgemeinschaft mit den britischen Conservatives und ähnlichen Parteien. Diese Parteien haben aber inzwischen eine eigene Fraktion gegründet, so dass die EVP nicht mehr aus allen Mitgliedstaaten Parteien und Abgeordnete aufweisen kann. Die EVP vertritt regelmäßig pro-europäische Lösungen, da sie die Vorteile einer kontinentalen Politikgestaltung zumeist sehr deutlich gewichtet. Es sind aber auch Abgeordnete in ihren Reihen, die das Subsidiaritätsgebot besonders betonen. Dieses Gebot unterstreicht den europäischen Grundsatz, dass nur das auf einer höheren Ebene geregelt werden soll, was die untere lokale oder regionale Ebene weniger gut regeln kann. Damit verbunden ist die Hoffnung, dass weniger in Brüssel verpflichtend für alle und wieder mehr in den Nationalstaaten individuell entschieden wird.

Die EVP sieht sich als wertebundene Fraktion, die vor allem den Wert der Freiheit gegen zu viel Einmischung des Staates verteidigt. Daher ist die EVP in der Regel auch sehr wirtschaftsfreundlich.

In der Kulturpolitik ist die Position der EVP-Fraktion nicht sehr einheitlich. Einig sind sich die Parteien in der Betonung der gemeinsamen europäisch-christlichen Tradition. Wenn es ins Detail geht, wird aber klar, dass es verschiedene Interpretationen dessen gibt, was die europäischen kulturellen Gemeinsamkeiten sind, die bewahrt werden sollen. Wenn es um die Frage der konkreten Ausgestaltung von europäischen Maßnahmen geht, sind die Positionen ebenfalls sehr unterschiedlich, insbesondere auch was die Frage angeht, wie groß der nationale Einfluss darauf sein sollte. Einig ist sich die Fraktion wiederum, dass es bei den zu entwickelnden Konzepten nicht „zu wild“ zugehen darf. Traditionelle Formen der Kulturarbeit ist deutlich der Vorzug zu geben gegenüber allzu modernen Formen. So etwas überfordert die Menschen.

ROLLENPROFIL

Abgeordnete/Abgeordneter der „Chrëschtlech Sozial Vollekspartei (CSV)“ aus Luxemburg

Sie sind Abgeordnete/Abgeordneter der „Chrëschtlech Sozial Vollekspartei (CSV)“ aus Luxemburg. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Luxemburg

AMTSSPRACHEN

Letzeburgisch, Deutsch, Französisch

EINWOHNER

0,5 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 88.500€

AUSGABEN FÜR KULTUR

2,6 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

12,7 %

Im Großherzogtum Luxemburg leben auf rund 2.500 Quadratkilometern rund 500.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Luxemburg nach der Bevölkerungsgröße der zweitkleinste EU-Mitgliedstaat. Das Land war bereits Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaften in den 1950er Jahren und gründete nach dem Ende der Ost-West-Spaltung des Kontinents 1993 zusammen mit elf weiteren Staaten Westeuropas die Europäische Union. Es hat auch den Euro als eines der ersten Länder eingeführt. Trotz seiner geringen Größe hat Luxemburg eine sehr vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einer starken Industrie. Mit einer geschätzten Wirtschaftsleistung von 44 Mrd. Euro im Jahr 2014 liegt es auf dem 22. Platz der ökonomischen Partner in der EU.

Die CSV wurde bereits im Winter 1944 in Luxemburg, kurz nach der Befreiung von der deutschen Besatzung, gegründet. Einen ihrer Schwerpunkte stellt die Wirtschaftspolitik dar. Um die weitere wirtschaftliche Entwicklung abzusichern, gilt es, die Standortvorteile Luxemburgs zu erhalten. Dazu möchte die Partei konsequent in Bildung, Forschung und Innovation investieren, da die luxemburgische Wirtschaft hauptsächlich auf den Export konzentriert ist. Im Parteiprogramm wird unterstrichen, dass die CSV die Europapartei Luxemburgs ist und nur gemeinsam mit allen anderen EU-Mitgliedsländern Luxemburg seine Stärke und die gemeinsame Währung absichern kann. So kann auf Augenhöhe mit den USA und Russland verhandelt werden. Die EU ist aus der Sicht der CSV die beste Antwort auf die Globalisierung. Sie stellt für die Bürgerinnen und Bürger ein Hort der Stabilität dar, der Ersparnisse, Arbeitsplätze und Wachstumsmöglichkeiten sichert. Die CSV möchte gerne friedenserhaltende Missionen der EU fortsetzen; diese Politik soll weiter ausgebaut werden durch eine Neufassung der politisch-strategischen Leitlinien. Die Rolle der EU wird aus der Sicht der CSV schon heute sehr stark durch die Sicherheits- und Verteidigungspolitik geprägt, wie z.B. auf dem Balkan, in Afrika und im Kaukasus.

Sie finden, dass die Initiative der Kommission genau zum richtigen Zeitpunkt kommt. Europa braucht einen neuen Impuls, damit die europäische Zusammenarbeit auch in Zukunft gut funktionieren kann. Davon werden alle EU-Staaten gleichermaßen profitieren. Nationale Egoismen sind völlig fehl am Platze, hier wie sonst auch überall. Auch wenn Luxemburg eines der kleinsten Länder der EU ist, so hat man doch immer auf seine Stimme gehört. Das liegt aus Ihrer Sicht daran, dass Luxemburg immer gute sachliche Argumente gehabt hat. Sie finden, dass, wenn man sachlich diskutiert, allen schnell klar werden muss, welches Potential in der Idee steckt. Potential für eine weitere europäische Einigung, für wirtschaftlichen Wohlstand und für eine stärkere Rolle Europas in der Welt.



Sie möchten deshalb die Initiative der Kommission gerne auch als außen- und sicherheitspolitisches Projekt verstanden wissen. Kulturpolitik ist für Sie schon immer in erster Linie der Außenpolitik zuzuordnen gewesen. Eine gemeinsame außenpolitische Linie zu finden ist für die EU-Staaten seit jeher schwierig gewesen, denn zu stark sind viele Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Außenpolitik auf die Erhaltung ihrer nationalen Souveränität bedacht. Dies gilt insbesondere, wenn es darum geht, historisch gewachsene regionale Interessen beizubehalten und dementsprechend aktiv zu werden. Gerade deshalb darf die EU auf die Kulturpolitik als ein gemeinsames und verbindendes Instrument internationaler Politik nicht verzichten. Darum muss sich Kulturpolitik immer auch an den Leitlinien europäischer Außenpolitik orientieren. Am besten siedelt man es gleich beim Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) an. Es ist existenziell, dass Europa auch in der Kultur mit einer Stimme spricht – da darf man sich nicht verzetteln. Lieber sollte man also auf die Europäische Nachbarschaftspolitik im Osten und Süden des Kontinents setzen.

Was die konkrete Ausgestaltung des Projektes angeht, sind Sie ziemlich offen. Luxemburg unterhält aufgrund seiner Größe keine eigene Kulturinstituts-Infrastruktur im Ausland und hat in der Vergangenheit nur vereinzelt Projekte im Ausland gefördert. 1995 und 2007 war Luxemburg-Stadt bereits einmal „Kultur(haupt)stadt Europas“, aber das ist auch schon lange her. Die anderen Staaten haben da sicherlich tolle Ideen und gute Konzepte, denen Sie sich gern anschließen. Nur allzu flippig dürfen die Ideen nicht sein, das sind Sie Ihren konservativen Wählern schuldig. Und Sie warnen davor, dass einzelne Staaten zu dominant auftreten. Solches Auftreten hat der europäischen Idee in der Vergangenheit immer nur geschadet. Besonders verbunden fühlen Sie sich nicht zuletzt aufgrund der Sprachen mit Deutschland und Frankreich, gleichwohl ist es Ihnen aber auch wichtig, Ihre eigene lëtzebuergesche Sprache zu pflegen und zu nutzen. Lëtzebuergesch wurde erst 1984 zur Nationalsprache erhoben und ist seitdem neben Französisch und Deutsch (hochdeutsche Schriftsprache) die dritte Amtssprache im Großherzogtum Luxemburg. Nicht zuletzt heißt das Motto des Großherzogtums auf Luxemburgisch: „Mir wölle bleiwe wat mir sin“ (Wir wollen bleiben was wir sind).

Sie bringen sich aber gern als neutraler Vermittler ins Spiel. Die Idee der Kommission muss klappen, das ist Ihr großes Ziel! Deshalb wäre es aus Ihrer Sicht am besten, wenn die Kommission möglichst viel Macht bekäme. Dann ist dem nationalstaatlichen Egoismus ein Riegel vorgeschoben. Gleichwohl müssen die Identitäten insbesondere der kleinen Staaten der EU gewahrt bleiben.



ROLLENPROFIL

Abgeordnete/Abgeordnete der „Forza Italia“ aus Italien

Sie sind Abgeordnete/Abgeordnete der „Forza Italia“ aus Italien. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Rom

AMTSSPRACHEN

Italienisch, regional auch Deutsch, Französisch, Ladinisch und Slowenisch

EINWOHNER

60,3 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 26.500€

AUSGABEN FÜR KULTUR

1,4 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

8,0 %

In der Republik Italien leben auf rund 300.000 Quadratkilometern fast 60,3 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Italien nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 4 der EU-Mitgliedstaaten. Das Land war bereits Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaften in den 1950er Jahren und gründete 1993 zusammen mit elf weiteren Staaten Westeuropas die Europäische Union. Italien hat auch den Euro als eines der ersten Länder eingeführt. Durch seine Größe und seine sehr vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einer kleingliedrigen Industrie ist Italien mit rund 1.597 Mrd. Euro Wirtschaftsleistung im Jahr 2014 auf Platz 4 der ökonomischen Partner in der EU.

Forza Italia wurde 1994 im Umfeld der Auflösung der „Democrazia Cristiana“ als neue politische Bewegung von Silvio Berlusconi gegründet und setzte sich hauptsächlich für ein liberaleres und weniger zentralistisches Italien ein. Die ab 2001 von Silvio Berlusconi und der Forza Italia geführte Regierung erwies sich als die stabilste in der italienischen Nachkriegsgeschichte. Politisch geriet sie jedoch immer wieder unter Druck und konnte verschiedene Vorhaben unter anderem aufgrund massiver Proteste der Gewerkschaften und teilweise wegen des Widerstands von Koalitionspartnern nicht durchsetzen. Bei der Abwahl der Forza Italia spielte die konjunkturelle Lage des Landes eine wichtige Rolle. Die Partei hatte es entgegen ihrer Wahlversprechen nicht geschafft, eine wirtschaftliche Blütezeit einzuleiten. Mit ihrem zum Teil populistischen Einsatz für ein patriotisches Italien, das gleichzeitig offen für Gemeinschaft und Solidarität in Europa ist, wurde sie sofort sowohl in das italienische als auch in das europäische Parlament gewählt. Von 2009 bis 2013 nannte sich die Partei wegen interner Machtkämpfe „Il popolo della Libertà“ („Das Volk der Freiheit“). Mittlerweile hat sie jedoch ihren alten Namen wieder angenommen.

Italien unterstützte seit Beginn der Europäischen Union alle Maßnahmen, die auf eine Vertiefung der Gemeinschaft abzielten. Alle italienischen Regierungen und die Bevölkerungsmehrheit waren stets sehr europafreundlich. Wenn sich für ein Problem EU-Lösungen anbieten, scheitern diese in der Regel nicht an Italien. Trotzdem kann Italien in Anbetracht seines ökonomischen Gewichts, seiner innerstaatlichen Probleme und seiner geografischen Lage durchaus ein zäher Verhandlungspartner sein, wenn es gilt, die eigenen Interessen zu wahren.

Die EU steht aus der Sicht der Forza Italia vor großen Herausforderungen, wie z.B. der Finanzkrise, der globalen Welterwärmung, der Arbeitslosigkeit, der Migration und der demographischen Entwicklung, deren Lösung weder schnell noch leicht ablaufen wird; doch jede Krise stellt auch eine Chance dar, das hat die Geschichte der europäischen Einigung gezeigt! Darum begrüßen Sie den Vorschlag der Kommission. Sie finden, dass diese Idee Europa wieder näher zusammenbringen kann.

Allerdings muss auch allen klar sein, dass Italien eine wichtige Rolle spielen muss, die seiner Größe und Bedeutung angemessen sind. Gemeinsam mit Griechenland zählt Italien innerhalb der heutigen EU zur unangefochtenen Wiege europäischer Kultur.



Unzählige Zeugnisse der Menschheitsgeschichte finden sich in Rom und im ganzen Land, gleichzeitig hat Italien bis in die Neuzeit bedeutenden Einfluss auf alle Entwicklungen des europäischen Kontinents gehabt. Als Zentrum des Römischen Reiches, Sitz des Papsttums und Wiege der Renaissance spielte Italien eine bedeutende Rolle und wurde zum Ausgangsland der europäischen Kunst, Kultur und Forschung. Italien hat insgesamt schätzungsweise 100.000 Denkmäler jeglicher Art (Museen, Schlösser, Statuen, Kirchen, Galerien, Villen, Brunnen, historische Häuser und archäologische Funde). Es ist das Land mit den meisten UNESCO-Welterbestätten weltweit, im Ganzen 51 an der Zahl! Die italienische Sprache wird, auch von großen Gemeinschaften ehemaliger Auswanderer, weltweit gesprochen.

Eine große Fragmentierung kennzeichnet auch ihre kulturpolitischen Aktivitäten. Neben archäologischen und touristischen Gesichtspunkten ist für Sie auch die Förderung der italienischen Sprache ein großes Anliegen. Rund 90 „Istituti Italiani“ arbeiten weltweit an dieser Aufgabe, daneben existiert eine Vielzahl von Programmen anderer staatlicher Stellen (wie z.B. auch Städten und Regionen), meist ohne dass diese koordiniert zusammenarbeiten. Eine Konzentration der Anstrengungen auf wenige Ziele oder Organisationen findet seit jeher kaum statt und wird auch nicht als vorteilhaft angesehen.

Mit Genua (1986), Bologna (1999) und erneut Genua (2004) als „Europäische Kultur(haupt)städte“ hat Italien auch schon einige Erfahrung in der internationalen Präsentation seiner Kultur. Deshalb ist es für Sie klar, dass Italien bei der inhaltlichen Gestaltung des Konzeptes ein gewichtiges Wort mitreden muss. Sie achten vor allem darauf, dass die italienische Sprache gleichberechtigt mit den anderen großen Sprachen Europas vorkommt. Ansonsten sind Sie Innovation gegenüber durchaus offen, nur allzu überzogen modern dürfen diese nicht sein. Wer auf eine so alte Kultur zurückschaut, kann sich durchaus entspannt auch hin und wieder den ein oder anderen „Fehltritt“ erlauben, finden Sie. Diese Gelassenheit vermissen Sie bei vielen Ihrer Kolleginnen und Kollegen, natürlich vor allem aus den Ländern mit nicht so alten Kulturen. Die Erfahrungen Italiens müssen natürlich genutzt werden. Ob Sie so weit gehen würden, die italienischen Kulturinstitute aufzulösen, wenn es ein Europäisches Kulturinstitut geben sollte, da sind Sie sich nicht so sicher. Lieber erst einmal abwarten. Wenn das Konzept gut ist, sind Sie auch durchaus dafür, tief in die Tasche zu greifen. Am liebsten natürlich in die Taschen der EU ... Sie finden auch, dass man sich auch nicht nur auf die europäische Nachbarschaft beschränken sollte. Wer global wahrgenommen werden möchte, sollte auch global präsent sein.

ROLLENPROFIL

Abgeordnete/Abgeordneter der „Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens (GERB)“

Sie sind Abgeordnete/Abgeordneter der „Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens (GERB)“. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Sofia

AMTSSPRACHEN

Bulgarisch

EINWOHNER

7,6 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 6.000€

AUSGABEN FÜR KULTUR

2,2 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

9,8 %

In der Republik Bulgarien leben auf fast 111.000 Quadratkilometern rund 7,6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Bulgarien nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 16 der EU-Mitgliedstaaten. Die alte Volksrepublik Bulgarien war bis 1989 Teil des auf die Sowjetunion ausgerichteten östlichen Bündnisses und von der demokratischen Einigung Westeuropas ausgeschlossen. Nach den ersten freien Wahlen 1990 strebte die Republik Bulgarien in die Europäische Union, der sie schließlich zusammen mit Rumänien am 1. Januar 2007 beitrug. Bulgarien hat den Euro noch nicht eingeführt. Trotz seiner Größe ist die Wirtschaftsstruktur des Landes relativ schwach entwickelt. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von rund 45 Mrd. Euro im Jahr 2014 liegt es auf dem 21. Platz der ökonomischen Partner in der EU.

Das Initialwort GERB setzt sich im Bulgarischen aus den Anfangsbuchstaben von Graždani sa Ewropejsko Raswitie na Balaria / Graždani za Ewropejsko Razwitie na Bäl-garija / Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens (bulg. „Граждани за европейско развитие на България“) zusammen. Zugleich hat das Wort „gerb“ die Bedeutung „Wappen“. GERB ist eine Partei, die an christlich-demokratische Prinzipien glaubt. Die Wurzeln der Partei liegen im Christentum, in der Familie und den traditionellen Werten, die aus der Sicht der GERB sehr wichtig sind für diese sehr unsichere Welt heute. Bereits kurz nach ihrer Gründung wurde GERB die führende politische Kraft in Bulgarien. Im Mai 2007 gewann sie die Wahlen zum Europäischen Parlament. Zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 2014 konnte GERB sechs Plätze für Abgeordnete gewinnen und ist damit die stärkste konservative Kraft in Bulgarien.

GERB setzt sich für eine liberale Demokratie ein, die auf den Grundlagen der Freiheit, der Verantwortung, des Fortschritts, der Solidarität und der Gerechtigkeit fußt. Parallel dazu stehen natürlich die christlichen Werte als Grundlage der Traditionen. GERB ist froh über die Tatsache, dass Bulgarien mit seinem spezifischen historischen Hintergrund und seiner Kultur ein Mitgliedsland der EU geworden ist. Daher möchte die Partei an einem positiven Image Bulgariens in der EU arbeiten, allerdings müsse sich auch die Eigenwahrnehmung der Bulgaren in diesem Zusammenhang ändern. Die Mitgliedschaft Bulgariens in der EU stellt eine einzigartige historische Chance dar.

Die EU steht aus der Sicht der GERB vor großen Herausforderungen, wie z.B. der Finanzkrise, der globalen Klimaerwärmung, der Arbeitslosigkeit, Migration und der demographischen Entwicklung, deren Lösung weder schnell noch leicht ablaufen wird; doch jede Krise stellt auch eine Chance dar! Darum begrüßen Sie den Vorschlag der Kommission. Sie finden, dass diese Idee Europa wieder näher zusammenbringen kann. Und Bulgarien sollte in diesem Projekt Ihrer Meinung nach eine zentrale Rolle einnehmen. Mit den mittlerweile 10 Bulgarischen Kulturinstituten verfügen Sie zudem über eine eigene Kulturinstituts-Infrastruktur, eine „Europäische Kultur(haupt)stadt“ hat Bulgarien aber noch nie gestellt. Sie haben Erfahrungen, die Sie einbringen möchten.



Einen Fokus möchten Sie darauf legen, das gemeinsame europäische Erbe zu präsentieren. Ganz explizit ist dies für Sie ein christliches Erbe. Bei aller Toleranz gegenüber anderen Religionen muss das klar sein! Wenig anfangen können Sie auch mit all diesem neomodischen Firlefananz, der sich Kultur nennt. Poetry-Slams und Lichtinstallationen, das ist für Sie nur Geldverschwendung und hat nichts mit europäischen Traditionen zu tun. Besonders wichtig ist Ihnen auch, dass sich spezifisch bulgarische Inhalte im Projekt der Kommission wiederfinden, das sind z.B. die kyrillische Schrift und die ostkirchlichen Traditionen, die in der EU Ihrer Ansicht nach bisher zu häufig untergehen. „Einheit in Vielfalt“, das ist doch schließlich das Motto der EU. Als eher kleines und leider noch wenig wirtschaftsstarke Land der EU kann Bulgarien sich finanziell natürlich eher weniger beteiligen. Da sind die großen Mitgliedstaaten gefordert, oder besser noch der Haushalt der EU. Dann kann auch kein Land zu viel Einfluss für sich reklamieren nach dem Motto „Wer zahlt, bestimmt auch.“.

Bulgarien soll Ihrer Meinung nach eine aktive Rolle in der Realisierung der politischen Vision für den westlichen Balkan und der „Ost-Partnerschaft“ mit einem Schwerpunkt auf die Schwarzmeerregion spielen. Das passt die Initiative der Kommission wunderbar! Kulturpolitik ist für Sie schon immer in erster Linie der Außenpolitik zuzuordnen gewesen. Eine gemeinsame außenpolitische Linie zu finden ist für die EU-Staaten seit jeher schwierig gewesen, denn zu stark sind viele Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Außenpolitik auf die Erhaltung ihrer nationalen Souveränität bedacht. Dies gilt insbesondere, wenn es darum geht, historisch gewachsene regionale Interessen beizubehalten und dementsprechend aktiv zu werden. Gerade deshalb darf die EU auf die Kulturpolitik als ein gemeinsames und verbindendes Instrument internationaler Politik nicht verzichten. Darum muss sich Kulturpolitik immer auch an den Leitlinien europäischer Außenpolitik orientieren. Am besten siedelt man es gleich beim Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) an. Es ist existenziell, dass Europa auch in der Kultur mit einer Stimme spricht – da darf man sich nicht verzetteln. Lieber sollte man also auf die Europäische Nachbarschaftspolitik im Osten und Süden des Kontinents setzen.



ROLLENPROFIL**Abgeordnete/Abgeordneter der „Les Republicains“ aus Frankreich**

Sie sind Abgeordnete/Abgeordneter der „Les Republicains“ aus Frankreich. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Paris

AMTSSPRACHEN

Französisch

EINWOHNER

64,7 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 32.000€

AUSGABEN FÜR KULTUR

2,6 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

9,6 %

In der Republik Frankreich leben auf fast 669.000 Quadratkilometern rund 64,7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Frankreich nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 2 der EU-Mitgliedstaaten. Es war bereits Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaften in den 1950er Jahren und gründete zusammen mit elf weiteren Staaten Westeuropas 1993 die Europäische Union. Frankreich hat auch den Euro als eines der ersten Länder eingeführt. Bis in die 1960er Jahre hinein hatte das Land eines der größten Kolonialreiche der Geschichte. Dies wirkt in der Bevölkerungsstruktur wie im nationalen Selbstverständnis nach. Durch seine Größe und seine sehr vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einer starken Industrie ist Frankreich mit rund 2.060 Mrd. Euro Wirtschaftsleistung im Jahr 2014 der drittgrößte ökonomische Partner in der EU.

Der Vorläufer der Les Republicains war die UMP. Sie ist als Zusammenschluss verschiedener konservativer, europafreundlicher Parteien aus der Präsidentschaftswahl im Jahr 2002 hervorgegangen und hat sich seitdem in Frankreich als Partei etabliert. Seit 2015 trägt die Partei ihren heutigen Namen. Das Zusammenwachsen Europas am Anfang des 21. Jahrhunderts wird als unabdingbar für die Modernisierung Frankreichs und für eine gemeinsame Unabhängigkeit auf internationaler Ebene angesehen. Es herrscht die Überzeugung vor, dass die Größe der französischen Nation nur in einem vereinten und unabhängigen Europa erhalten werden kann, das nach dem Muster einer Föderation der Nationalstaaten aufgebaut ist und die Verschiedenheit seiner einzelnen Mitglieder achtet.

Insgesamt betreibt die Partei eine eher proeuropäische Politik, die eine angemessene Rolle Frankreichs in einem vereinigten Europa anstrebt. Die Bedeutung als wichtigste europäische Nation neben Deutschland sorgt in der Regel dafür, dass Paris einen Schulterschluss mit Berlin sucht und dazu neigt, die Interessen der kleineren Mitgliedstaaten weniger stark zu gewichten. Eine Einigung gegen Frankreich ist aus Pariser Sicht völlig ungeeignet für die politische und ökonomische Situation in der EU. Die landesweite Pflege und Erhalt des reichen materiellen kulturellen Erbes Frankreichs wird als Aufgabe von nationalem Rang angesehen. Dieses Verständnis wird durch staatlich organisierte oder geförderte Maßnahmen, die zur Bildung eines nationalen kulturellen Bewusstseins beitragen, wirksam in die Öffentlichkeit transportiert. Im jährlichen Kulturkalender fest verankerte Tage des nationalen Erbes, der Musik oder des Kinos beispielsweise finden lebhaften Zuspruch in der Bevölkerung.

Die EU steht aus der Sicht der Les Republicains vor großen Herausforderungen, wie z.B. der Finanzkrise, der globalen Welterwärmung, der Arbeitslosigkeit, Migration und der demographischen Entwicklung, deren Lösung weder schnell noch leicht ablaufen wird; doch jede Krise stellt auch eine Chance dar, das hat die Geschichte der europäischen Einigung gezeigt! Darum begrüßen Sie den Vorschlag der Kommission. Sie finden, dass diese Idee Europa wieder näher zusammenbringen kann.

Allerdings muss auch allen klar sein, dass Frankreich eine sehr wichtige Rolle spielen muss, die seiner Größe und Bedeutung angemessen sind. Frankreich hat eine alte Kultur, die nicht nur in der Geschichte des europäischen Kontinents eine prägende Kraft gewesen ist. Deshalb ist es für Sie klar, dass Frankreich bei der inhaltlichen Gestaltung des Konzeptes ein gewichtiges Wort mitreden muss. Dazu gehört natürlich auch die französische Sprache, die in Frankreich besonders gesetzlich geschützt ist und deren Pflege großzügig vom Staat unterstützt wird. Sie achten stets darauf, dass die französische Sprache gleichberechtigt mit den anderen großen Sprachen Europas vorkommt. Was die Inhalte angeht sind Sie eher konservativ. Zu vielen Neuerungen gegenüber sind Sie skeptisch eingestellt. Poetry-Slams, Lichtinstallationen, vieles davon hat für Sie weniger mit der klassischen Hochkultur zu tun, für die Sie stehen. Mit den weltweit 94 „Instituts Français“ verfügt Frankreich auch über eine eigene Kulturinstituts-Infrastruktur und über viel Erfahrung in der Kulturarbeit im Ausland. Mit Paris (1989), Avignon (1999), Lille (2004) und Marseille (2013) als „Europäische Kultur(haupt)städte“ hat Frankreich auch schon einige Erfahrung in der internationalen Präsentation seiner Kultur. Diese Erfahrungen müssen natürlich genutzt werden. Ob Sie so weit gehen würden, die eigenen Kulturinstitute aufzulösen, wenn es ein Europäisches Kulturinstitut geben sollte, da sind Sie sich nicht so sicher. Wenn das Konzept gut ist, sind Sie auch durchaus dafür, tief in die Tasche zu greifen. Da sollte sich Frankreich als „Grande Nation“ nicht lumpen lassen.

Sie finden auch, dass man sich auch nicht nur auf die europäische Nachbarschaft beschränken sollte. Wer global wahrgenommen werden möchte, sollte auch global präsent sein. Kulturpolitik ist für

Sie schon immer in erster Linie der Außenpolitik zuzuordnen gewesen. Eine gemeinsame außenpolitische Linie zu finden ist für die EU-Staaten seit jeher schwierig gewesen, denn zu stark sind viele Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Außenpolitik auf die Erhaltung ihrer nationalen Souveränität bedacht. Dies gilt insbesondere, wenn es darum geht, historisch gewachsene regionale Interessen beizubehalten und dementsprechend aktiv zu werden. Gerade deshalb darf die EU auf die Kulturpolitik als ein gemeinsames und verbindendes Instrument internationaler Politik nicht verzichten. Darum muss sich Kulturpolitik immer auch an den Leitlinien europäischer Außenpolitik orientieren. Es ist existenziell, dass Europa auch in der Kultur mit einer Stimme spricht.

Sie sind allen Französischen und Franzosen schuldig, dass Frankreich eine möglichst wichtige Rolle in dem neuen Projekt spielt. Dafür setzen Sie sich mich Nachdruck ein. Suchen Sie insbesondere den Schulterchluss mit den Vertreterinnen und Vertretern aus Deutschland. Wenn sich Frankreich und Deutschland einig sind und vorangehen, kann dies das gesamte Europa voranbringen, das hat die Geschichte schon oft gezeigt.



GRUPPENPROFIL**EP – Fraktion „Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament (S&D)“**

Die S&D-Fraktion ist eine der beiden großen Fraktionen im Europäischen Parlament. Ihre Mitgliedsparteien stammen aus dem Mitte-Links-Spektrum europäischer Politik. Dies bedeutet, dass neben klassischen sozialdemokratischen Parteien auch sozialistische und einige regionale Parteien in Ihrer Fraktion sitzen. Die meisten S&D-Parteien gehören der Sozialdemokratischen Partei Europas an, so dass die Verbindung zwischen den Fraktionsmitgliedern recht stark ist. Die S&D-Fraktion hat seit einigen Jahren Mitglieder aus allen EU-Staaten und ist damit die einzige gesamteuropäische Fraktion. Sie vertritt regelmäßig pro-europäische Lösungen, da sie die Vorteile einer gemeinsamen Politikgestaltung zumeist sehr deutlich gewichtet. Es sind aber auch MdEPs (Mitglieder des Europäischen Parlaments) in den Reihen der S&D, die das Subsidiaritätsgebot besonders betonen. Dieses Gebot unterstreicht den europäischen Grundsatz, dass nur das auf einer höheren Ebene geregelt werden soll, was die untere lokale oder regionale Ebene weniger gut regeln kann. Die S&D-Fraktion sieht sich als wertengebundene Fraktion, die vor allem den Wert der Gerechtigkeit gegen zu viel Ungleichheit durch Märkte verteidigt. Daher ist die S&D in der Regel sowohl wirtschafts- als auch arbeitnehmerfreundlich.

In der Kulturpolitik ist die Position der S&D-Fraktion relativ einheitlich. Die Fraktionsmitglieder begrüßen einhellig den Vorschlag als Schritt zu mehr europäischer Einheit. Als einzige Fraktion mit Mitgliedern aus allen EU-Mitgliedstaaten, die zudem alle pro-europäisch aufgestellt sind, sieht die S&D sich gern als „Speerspitze“ der Europäischen Einigung. Zumal man in diesem sehr neuen Feld der Kulturpolitik von Anfang an wichtige Akzente setzen kann. Unterschiede gibt es aber vor allem bei der Frage, welchen Einfluss nationale Konzepte von Kulturarbeit auf ein neues Gesamtkonzept europäischer Kulturarbeit haben sollen.



ROLLENPROFIL

Abgeordnete/Abgeordneter der „Labour Party“ aus dem Vereinigten Königreich

Sie sind Abgeordnete/Abgeordneter der „Labour Party“ aus dem Vereinigten Königreich.

Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

London

AMTSSPRACHEN

Englisch, regional auch Kornisch, Irisch, Schottisch-Gälisch, Scots, Ulster Scots und Walisisch

EINWOHNER

62 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 34.000€

AUSGABEN FÜR KULTUR

1,7 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

12,0 %

Im Vereinigten Königreich (United Kingdom - UK) leben auf fast 245.000 Quadratkilometern rund 62 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Großbritannien, wie das UK oft genannt wird, nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 3 der EU-Mitgliedstaaten. Das Land ist bereits 1973 der Europäischen Gemeinschaft beigetreten. Von Anfang an gab es in der Bevölkerung und den beiden großen Parteien Labour-Party und Conservatives massive Vorbehalte gegen eine Mitgliedschaft. Typisch britisch ist es aber, in der Sache nach pragmatischen Lösungen zu suchen. Da die Vorteile einer Mitgliedschaft aus Sicht der meisten Britinnen und Briten und ihrer Politiker und Politikerinnen überwogen, hat Großbritannien auch die Gründung der Europäischen Union nach dem Ende der Ost-West-Spaltung des Kontinents unterstützt. Es macht aber weder bei der gemeinsamen Sicherheitspolitik noch bei der Sozialpolitik vollständig mit. Das Vereinigte Königreich hat auch den Euro nicht eingeführt und ist, zusammen mit Irland, kein Schengen-Staat. Dieser Gemeinschaft zum Verzicht auf Personenkontrollen an den Grenzen ist es allerdings durch einen eigenen Vertrag verbunden. Durch seine Größe und seine sehr vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einer starken Industrie ist Großbritannien der zweitgrößte ökonomische Partner in der EU.

Den Sinn europäischer Integration sieht es nach wie vor allem im wirtschaftlichen Bereich, während es weitere politische Integration – verbunden mit der Abgabe staatlicher Souveränität an supranationale EU-Institutionen – skeptisch betrachtete. Obwohl EU-Politik für Großbritannien an Priorität gewonnen hat, ist das enge Bündnis mit den USA genauso wichtig. Unter der ehemaligen Regierung von Tony Blair versuchte Großbritannien aber verstärkt, ein führender und ernst zu nehmender Partner in der EU zu sein und für ein friedliches und demokratisches Europa der Stabilität und des Wohlstands einzutreten. Sein positives Engagement betrachtet die Labour-Party auch heute noch als besten Weg, um die nationalen Interessen zu schützen, verlorenen Einfluss zurückzugewinnen, mit den Mitgliedsstaaten gemeinsam eine florierende Zukunft zu gestalten und für das eigene Land das Beste herauszuholen.

Sie begrüßen die Idee der Kommission, weil Sie glauben, dass Großbritannien daraus wirtschaftliche Vorteile ziehen kann. Europäische Einigung ist für Sie kein Selbstzweck, Ihre Wählerinnen und Wähler erwarten auch von Ihnen, dass für sie etwas dabei herauspringt. Dabei ist es natürlich wichtig, dass Großbritannien möglichst viel Einfluss auf alle Entscheidungen hat. Es wäre für Sie nicht akzeptabel, wenn Entscheidungen in Brüssel gegen Großbritannien gefällt würden.

Bei allen neuen Ideen und Konzepten muss auf jeden Fall Großbritanniens Erfahrung auf der internationalen Bühne berücksichtigt werden. Schon aufgrund seiner beispiellosen Kolonialgeschichte versteht sich Großbritannien als kulturelle Weltmacht, der auf dem Festland keiner das Wasser reichen kann. Im Commonwealth of Nations sind noch heute Staaten mit insgesamt 2,3 Mrd. Einwohnern Mitglied, das entspricht fast einem Drittel der Weltbevölkerung. Mit der BBC, der größten und laut Umfragen vertrauenswürdigsten Sendeanstalt der Welt, und mit einem prägenden Einfluss auf die globale Popkultur ist auch die außen- und wirtschaftspolitische Bedeutung des



Kultursektors schon früh erkannt und gefördert worden. Der Status von Englisch als Weltsprache ist hierfür natürlich konstitutiv. Mit über 100 Büros weltweit ist alleine das British Council vertreten. Mit Glasgow (1986) und Liverpool (2008) als „Europäische Kultur(haupt)städte“ hat Großbritannien auch schon einige Erfahrung in der internationalen Präsentation seiner Kultur. Dazu gehört natürlich auch die englische Sprache. Sie achten sehr darauf, dass die englische Sprache gleichberechtigt mit den anderen großen Sprachen Europas vorkommt. Aber das wird ja wohl niemand in Frage stellen!

Ansonsten sind Sie Innovation gegenüber durchaus offen, diese darf auch gerne abseits des Mainstreams sein. Exzentrik und Selbstironie ist schließlich auch ein sympathisches Markenzeichen, mit dem sie selbst immer gut gefahren sind. Diese Gelassenheit vermissen Sie bei vielen Ihrer Kolleginnen und Kollegen, natürlich vor allem aus Ländern mit jüngerer Geschichte und möglicherweise ungelösten Identitätskonflikten. Mit den weltweit über 100 „British Councils“ verfügt Großbritannien auch über eine eigene Kulturinstituts-Infrastruktur und über viel Erfahrung in der Kulturarbeit im Ausland. Diese Erfahrungen müssen natürlich genutzt werden. Das British Council zugunsten eines Europäischen Kulturinstituts aufzulösen kommt aber für Sie auf keinen Fall in Frage. Wo kommen wir denn da hin?

Sie sind Ihren Wählerinnen und Wählern schuldig, dass Großbritannien eine möglichst wichtige Rolle in dem neuen Projekt spielt. Dafür setzen Sie sich mit Nachdruck ein. Versuchen Sie insbesondere Allianzen mit den Vertreterinnen und Vertretern aus anderen großen EU-Staaten zu schließen. Wenn es ums Geld geht, ist natürlich vor allem die EU gefordert, schließlich kommt die Idee von der Kommission. Wer bestellt soll auch dafür zahlen.

Sie finden auch, dass man sich auch nicht nur auf die europäische Nachbarschaft beschränken sollte. Wer global wahrgenommen werden möchte, sollte auch global präsent sein. So hat das Großbritannien immer gehalten.



ROLLENPROFIL**Abgeordnete/Abgeordneter der „Partit Laburista“ aus Malta**

Sie sind Abgeordnete/Abgeordneter der „Partit Laburista“ aus Malta. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Valetta

AMTSSPRACHEN

Maltesisch, Englisch

EINWOHNER

0,5 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 18.600€

AUSGABEN FÜR KULTUR

2,1 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

13,9 %

In Malta leben auf nur 316 Quadratkilometern rund 400.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Malta nach der Bevölkerungsgröße der kleinste EU-Mitgliedstaat. Am 1. Mai 2004 trat Malta der EU bei und löste damit Luxemburg als kleinstes Mitgliedsland ab. Am 01. Januar 2008 führte Malta den Euro ein. Mit einer geschätzten Wirtschaftsleistung von 9,3 Mrd. Euro im Jahr 2014 liegt es auf dem 28. Platz der ökonomischen Partner in der EU.

Die 1921 gegründete Partit Laburista (deutsch: Arbeitspartei) stand einer Integration Maltas in die EU sehr kritisch gegenüber. Zwar befürwortet die Partei seit jeher eine verstärkte politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU, wie im Rahmen des Assoziierungsabkommens und in Form einer Freihandelszone, trotzdem lehnte sie eine Mitgliedschaft in der EU aus verschiedenen anderen Gründen ab. Die Partit Laburista vertritt die Meinung, dass eine politische Union zu große Verpflichtungen und Lasten für Malta beinhaltet. Zudem befürchtete sie negative Wirtschaftsfolgen für Malta, die nach Ansicht der Partei zu einer Armutsvergrößerung und zu einer Verstärkung des sozialen Ungleichgewichts hätten führen können. Seit dem EU-Beitritt Maltas hat sich die Partei jedoch einem Wandel unterzogen und vertritt mittlerweile eine weitgehend pro-europäische, wenn auch nicht unkritische Linie.

Sie finden, dass die Initiative der Kommission genau zum richtigen Zeitpunkt kommt. Europa braucht einen neuen Impuls, damit die europäische Zusammenarbeit auch in Zukunft gut funktionieren kann. Davon werden alle EU-Staaten gleichermaßen profitieren. Nationale Egoismen sind völlig fehl am Platze, hier wie sonst auch überall. Sie finden, dass, wenn man sachlich diskutiert, allen schnell klar werden muss, welches Potential in der Idee steckt. Potential für eine weitere europäische Einigung, für wirtschaftlichen Wohlstand und für eine stärkere Rolle Europas in der Welt. Sie möchten deshalb die Initiative der Kommission gerne auch als außen- und sicherheitspolitisches Projekt verstanden wissen. Kulturpolitik ist für Sie schon immer auch der Außenpolitik zuzuordnen gewesen. Eine gemeinsame außenpolitische Linie zu finden ist für die EU-Staaten seit jeher schwierig gewesen, denn zu stark sind viele Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Außenpolitik auf die Erhaltung ihrer nationalen Souveränität bedacht. Dies gilt insbesondere, wenn es darum geht, historisch gewachsene regionale Interessen beizubehalten und dementsprechend aktiv zu werden. Gerade deshalb darf die EU auf die Kulturpolitik als ein gemeinsames und verbindendes Instrument internationaler Politik nicht verzichten. Darum muss sich Kulturpolitik immer auch an den Leitlinien europäischer Außenpolitik orientieren. Am besten siedelt man es gleich beim Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) an. Es ist existenziell, dass Europa auch in der Kultur mit einer Stimme spricht – da darf man sich nicht verzetteln. Lieber sollte man also auf die Europäische Nachbarschaftspolitik im Süden des Kontinents setzen, vor allem in Nordafrika in der unmittelbaren Nähe zu Malta.



Was die konkrete Ausgestaltung des Projektes angeht, sind Sie ziemlich offen. Malta hat aufgrund seiner geringen Größe keine eigene Kulturinstituts-Infrastruktur im Ausland und hat in der Vergangenheit nur vereinzelt Projekte im Ausland gefördert. Malta hat eine lange Tradition in der Durchführung von Sprachkursen für die englische Sprache. Viele Bewohnerinnen und Bewohner Maltas hatten und haben alleine aus diesem Grund Kontakt zu Menschen aus dem Ausland und beherbergen und unterstützen diese gerne beim Erlernen einer Sprache, die auch auf Malta gesprochen wird. Daneben hat Malta aber auch eine sehr reiche und eigenständige Kultur, die leider oft unerkannt geblieben ist. In der kleinen Republik Malta stehen über 300 Kirchen, darunter zwei, deren Kuppeln zu den größten freitragenden Kuppeln Europas zählen. Trotz seiner geringen Größe sind aus Malta bislang drei Denkmäler in die UNESCO-Welterbeliste aufgenommen worden: die Hauptstadt Valetta, die Tempelanlage von Ġgantija sowie das Hypogäum von Hal-Saflieni. Darauf sind viele Malteser sehr stolz.

Auch hat noch keine Stadt in Malta, wobei auch hier nur die Hauptstadt in Frage käme, den Titel „Europäische Kultur(haupt)stadt“ getragen. Die anderen Staaten haben da sicherlich tolle Ideen und gute Konzepte, denen Sie sich gern anschließen.

Sie warnen davor, dass einzelne Staaten zu dominant auftreten. Solches Auftreten hat der europäischen Idee in der Vergangenheit immer nur geschadet. Besonders verbunden fühlen Sie sich aufgrund der geografischen Nähe zu Italien. Sie möchte auf jeden Fall mit dabei sein bei diesem neuen Projekt. So ein kleines Land wie Malta braucht die EU, um international überhaupt etwas ausrichten zu können. Natürlich ist auch klar, dass Malta sich finanziell kaum beteiligen kann. Da müssen schon die größeren Staaten auch einen größeren Beitrag leisten. Oder man finanziert alles gleich aus dem Topf der EU.



ROLLENPROFIL

Abgeordnete/Abgeordnete der „Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“

Sie sind Abgeordnete/Abgeordnete der „Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“.

Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Berlin

AMTSSPRACHEN

Deutsch, regional auch Dänisch, Friesisch und Sorbisch

EINWOHNER

80,5 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 35.400€

AUSGABEN FÜR KULTUR

1,9 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

9,7 %



In der Bundesrepublik Deutschland leben auf fast 360.000 Quadratkilometern rund 82 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Deutschland der größte Mitgliedstaat der EU. Die alte Bundesrepublik war bereits Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaften in den 1950er Jahren. Nach der Wiedervereinigung 1990 gründete Deutschland zusammen mit elf weiteren Staaten Westeuropas 1993 die Europäische Union. Deutschland hat auch den Euro als eines der ersten Länder eingeführt. Durch seine Größe und seine sehr vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einer starken Industrie ist Deutschland der mit Abstand größte ökonomische Partner in der EU. Im Jahr 2014 betrug das Bruttoinlandsprodukt rund 2.849 Mrd. Euro.

Ein geeintes und handlungsfähiges Europa gilt folglich als elementares deutsches Interesse, die Zusammenarbeit mit Frankreich im Rahmen des „deutsch-französischen Motors“ hat erste Priorität. Auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) möchte eine weitere Integration hin zu einer politischen Union und setzt sich dafür ein, dass die EU auch weiterhin ihren Herausforderungen gerecht werden kann. Deshalb fordert sie z.B. die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Außen- und Verteidigungspolitik, in der mögliche Mehrheitsentscheidungen die Handlungsfähigkeit gewährleisten.

Sie finden, dass die Initiative der Kommission genau zum richtigen Zeitpunkt kommt. Europa braucht einen neuen Impuls, damit die europäische Zusammenarbeit auch in Zukunft gut funktionieren kann. Davon werden alle EU-Staaten gleichermaßen profitieren. Nationale Egoisten sind völlig fehl am Platze, hier wie sonst auch überall. Sie finden, dass, wenn man sachlich diskutiert, allen schnell klar werden muss, welches Potential in der Idee steckt. Potential für eine weitere europäische Einigung, für wirtschaftlichen Wohlstand und für eine stärkere Rolle Europas in der Welt. Sie möchten deshalb die Initiative der Kommission gerne auch als außen- und sicherheitspolitisches Projekt verstanden wissen Kulturpolitik ist für Sie schon immer in erster Linie der Außenpolitik zuzuordnen gewesen. Eine gemeinsame außenpolitische Linie zu finden ist für die EU-Staaten seit jeher schwierig gewesen, denn zu stark sind viele Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Außenpolitik auf die Erhaltung ihrer nationalen Souveränität bedacht. Dies gilt insbesondere, wenn es darum geht, historisch gewachsene regionale Interessen beizubehalten und dementsprechend aktiv zu werden. Gerade deshalb darf die EU auf die Kulturpolitik als ein gemeinsames und verbindendes Instrument internationaler Politik nicht verzichten. Darum muss sich Kulturpolitik immer auch an den Leitlinien europäischer Außenpolitik orientieren. Am besten siedelt man es gleich beim Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) an. Es ist existenziell, dass Europa auch in der Kultur mit einer Stimme spricht. Sie finden auch, dass man sich auch nicht nur auf die europäische Nachbarschaft beschränken sollte. Wer global wahrgenommen werden möchte, sollte auch global präsent sein.

Deutschland hat eine alte Kultur, die in der Geschichte des europäischen Kontinents eine prägende Kraft gewesen ist. Mit West-Berlin (1988), Weimar (1999) und Essen/Ruhrgebiet (2010) als „Europäische Kultur(haupt)städte“ hat Deutschland auch schon einige Erfahrung in der internationalen Präsentation seiner Kultur. Wichtig ist Ihnen auch, dass die deutsche Sprache gleichberechtigt mit den anderen großen Sprachen Europas vorkommt. In der Vergangenheit ist Deutschland da etwas zurückhaltender gewesen, weshalb heute vor allem Englisch und Französisch als Arbeitssprachen verwendet werden, und das, obwohl Deutsch die am meisten verwendete Muttersprache in der EU ist. Hier wünschen Sie sich schon ein Umsteuern, natürlich nicht mit der Brechstange, sondern eher diplomatisch, still und leise.

Die Wurzeln der deutschen Kunst- und Kulturgeschichte reichen bis in die Zeit der Kelten, Germanen und Römer zurück. Deutschland hat eine Vielzahl von stil- und epochenprägenden Persönlichkeiten hervorgebracht. Bis heute zählen deutsche Künstlerinnen und Künstler zu den Protagonisten der westlichen Zivilisation. Die deutsche Kultur hat sich dabei über Jahrhunderte vor allem über die gemeinsame Sprache definiert, da Deutschland lange nicht als Nationalstaat existierte.

Was die konkrete Ausgestaltung des Projektes angeht, sind Sie aber ziemlich offen. Sie möchten nicht zu dominant auftreten, denn das würde dem gemeinsamen Projekt eher schaden. Aber Sie machen schon deutlich, dass es in Deutschland viele Erfahrungen in der auswärtigen Kulturarbeit gibt, die gerne eingebracht werden. Mit den weltweit 160 „Goethe-Instituten“ und dessen über 90 Verbindungsbüros verfügt Deutschland auch über eine umfassende eigene Kulturinstituts-Infrastruktur und über viel Erfahrung in der Kulturarbeit im Ausland. Nicht zu vergessen das „Institut für Auslandsbeziehungen“ mit seinen weltweiten Verbindungen! Die deutsche Organisationskultur vermissen Sie schon bei vielen europäischen Partnern, wenn Sie ehrlich sind.

Ob Sie so weit gehen würden, die deutschen Kulturinstitute aufzulösen, wenn es ein Europäisches Kulturinstitut geben sollte, da sind Sie sich nicht so sicher. Lieber erst einmal abwarten. Wenn das Konzept gut ist, sind Sie auch durchaus dafür, tief in die Tasche zu greifen. Da sollte sich Deutschland als wirtschaftsstärkstes Land nicht lumpen lassen.

Besonders verbunden fühlen Sie sich mit Frankreich. Sie bringen sich aber auch gern als neutraler Vermittler ins Spiel. Die Idee der Kommission muss klappen, das ist ihr großes Ziel! Deshalb wäre es aus Ihrer Sicht am besten, wenn die Kommission möglichst viel Macht bekäme. Dann ist dem nationalstaatlichen Egoismus ein Riegel vorgeschoben.



GRUPPENPROFIL**EP – Fraktion „Allianz der Demokraten und Liberalen für Europa (ALDE)“**

Die Fraktion ALDE ist eine der mittelgroßen Fraktionen im Europäischen Parlament. Ihre Mitgliedsparteien stammen aus dem liberalen Spektrum europäischer Politik. Dies bedeutet, dass neben klassischen liberaldemokratischen Parteien auch linksliberale, nationalliberale und einige regionale Parteien in Ihrer Fraktion sitzen. Die ALDE-Fraktion hat seit vielen Jahren Mitglieder aus fast allen EU-Staaten. Damit ist sie im Selbstverständnis eine gesamteuropäische Fraktion. Sie vertritt regelmäßig pro-europäische Lösungen, da sie die Vorteile einer kontinentalen Politikgestaltung zumeist sehr deutlich gewichtet. Es sind aber auch MdEPs (Mitglieder des Europäischen Parlaments) in den Reihen der ALDE, die das Subsidiaritätsgebot besonders betonen. Dieses Gebot unterstreicht den europäischen Grundsatz, dass nur das auf einer höheren Ebene geregelt werden soll, was die untere lokale oder regionale Ebene weniger gut regeln kann. Die ALDE-Fraktion sieht sich als wertebundene Fraktion, die vor allem die Bürgerrechte gegen zu viel Bevormundung durch die Staaten verteidigt. Daher ist die ALDE in der Regel sehr wirtschaftsfreundlich.

In der Kulturpolitik ist die Position der ALDE-Fraktion relativ einheitlich. Grundsätzlich ist die Fraktion neuen Ideen in diesem Bereich gegenüber aufgeschlossen, betont aber, dass die EU nicht zu viel Macht erhalten darf. Nationale Eigenheiten dürfen nicht verlorengehen, sondern müssen vielmehr noch gestärkt werden. Bei allen Aktivitäten gilt zudem, dass man die wirtschaftlichen Perspektiven betrachten muss. Was gut ist für die Wirtschaft, ist auch gut für die Menschen. Nicht zuletzt deshalb ist der Binnenmarkt das europäische gemeinsame Projekt, das am wenigsten in der Kritik steht.



ROLLENPROFIL

Abgeordnete/Abgeordneter der „Venstre“ aus Dänemark

Sie sind Abgeordnete/Abgeordneter der „Venstre“ aus Dänemark. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Kopenhagen

AMTSSPRACHEN

**Dänisch, regional auch Deutsch,
Färöisch, Kaalallisut**

EINWOHNER

5,5 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 45.000€

AUSGABEN FÜR KULTUR

3,2 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

12,4 %**VENSTRE**

Das Königreich Dänemark hat ca. 5,5 Millionen Einwohner, die auf ca. 43.000 Quadratkilometern (ohne Grönland und Faröer-Inseln) leben. Damit gehört Dänemark zu den eher kleineren Ländern der EU, es liegt nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 17. Dieser ist es 1973 zusammen mit Großbritannien und Irland beigetreten. Dänemark hat den Euro nicht eingeführt. Durch seine sehr vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einer kleingliedrigen Industrie betrug 2014 das Bruttoinlandsprodukt Dänemarks rund 247 Mrd. Euro und liegt damit auf Rang 11 in der EU.

Die Venstre (deutsch: Linke) ist eine liberale dänische Partei, die schon 1870 gegründet wurde. Die Venstre sieht sich als wertebundene Partei, die vor allem die Bürgerrechte gegen zu viel Bevormundung durch die Staaten verteidigt. Daher ist die Venstre sehr wirtschaftsfreundlich. Die Venstre ist grundsätzlich europafreundlich eingestellt, betont aber auch Subsidiaritätsgebot. Dieses Gebot unterstreicht den europäischen Grundsatz, dass nur das auf einer höheren Ebene geregelt werden soll, was die untere lokale oder regionale Ebene weniger gut regeln kann. Seit 2001 ist Venstre die stimmenstärkste Partei Dänemarks. Im Europäischen Parlament stellt die Venstre 3 von 13 Abgeordneten.

Sie befürworten grundsätzlich den Vorschlag der Kommission. Sie finden, dass es immer wichtig ist über eine Vertiefung der Europäischen Einigung nachzudenken. Ganz besonders in diesen Zeiten, in denen die Idee von europäischer Zusammenarbeit an Popularität zu verlieren scheint. Dänemark hat als Zentrum Nordeuropas immer ganz besonders von der Europäische Einigung profitiert, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht.

Sie möchten aber nicht, dass Brüssel immer mehr Macht bekommt. Gerade Dänemark als kleineres Land sollte darauf achten, dass möglichst viele Dinge in Kopenhagen entschieden werden. Da ist in den letzten Jahren einiges schief gelaufen, finden Sie. Am liebsten würden Sie in vielen Bereichen das Rad zurückdrehen, zumindest aber muss man verhindern, dass die Dänen noch weniger selbst entscheiden können.

Als Kopenhagen im Jahr 1996 „Europäische Kultur(haupt)stadt“ war, haben Sie sich aber schon ziemlich gefreut. Die Welt hat damals interessiert nach Dänemark geschaut, aber lang, lang ist es her. Dänemark hat viel zu bieten, finden Sie. Gerade was kulturelle Innovationen angeht hat Dänemark viel Erfahrung, die ersten Poetry-Slams und Lichtinstallationen fanden nicht umsonst in Dänemark statt. Dass andere dies für Geldverschwendung halten, können Sie nicht verstehen. Kultur braucht doch die ständige Erneuerung, wenn sie nicht zum Ritual erstarren will. Mit den „Danish Cultural Institutes“ verfügen Sie zudem über eine eigene kleine, aber feine Kulturinstituts-Infrastruktur. Diese Strukturen sollten auf jeden Fall erhalten und die Erfahrungen berücksichtigt werden. Sie möchten, dass die Idee der Kommission vor allem wirtschaftliche Erfolge nach sich zieht. Denn das ist es, was Ihre Wähler von der Politik erwarten. Die Politik soll einen Rahmen schaffen, in dem die Menschen zum Wohl aller möglichst viele Profite erwirtschaften können. Wenn dies gewährleistet ist, darf die Idee der Kommission auch durchaus etwas kosten.

Kulturpolitik ist für Sie schon immer in erster Linie der Außenpolitik zuzuordnen gewesen. Eine gemeinsame außenpolitische Linie zu finden ist für die EU-Staaten seit jeher schwierig gewesen, denn zu stark sind viele Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Außenpolitik auf die Erhaltung ihrer nationalen Souveränität bedacht. Dies gilt insbesondere, wenn es darum geht, historisch gewachsene regionale Interessen beizubehalten und dementsprechend aktiv zu werden. Gerade deshalb darf die EU auf die Kulturpolitik als ein gemeinsames und verbindendes Instrument internationaler Politik nicht verzichten. Darum muss sich Kulturpolitik immer auch an den Leitlinien europäischer Außenpolitik orientieren. Man sollte sich aber nicht verzetteln. Lieber sollte man also auf die Europäische Nachbarschaftspolitik im Osten und Süden des Kontinents setzen.

Eines ist für Sie klar: Alle Vorschläge, die nur dazu führen, dass noch mehr Entscheidungen nicht in Kopenhagen, sondern in Brüssel gefällt werden, lehnen Sie ab! Auch das kleine Dänemark muss überall gleichberechtigt mitentscheiden können! Die EU braucht keinen zweiten „British Council“ oder kein zweites „Goethe-Institut“, man muss von Grund auf neu denken.



ROLLENPROFIL

Abgeordnete/Abgeordneter der „Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD)“ aus den Niederlanden

Sie sind Abgeordnete/Abgeordneter der „Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD)“ aus den Niederlanden. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Amsterdam

AMTSSPRACHEN

Niederländisch, regional auch Friesisch

EINWOHNER

16,6 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 39.300€

AUSGABEN FÜR KULTUR

3,4 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

11,8 %

Im Königreich der Niederlande leben auf über 41.000 Quadratkilometern rund 16,6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit sind die Niederlande nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 8 der EU-Mitgliedstaaten. Das Land war bereits Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaften in den 1950er Jahren. Nach dem Ende der Ost-West-Teilung des Kontinents gründete es zusammen mit elf weiteren Staaten Westeuropas die Europäische Union. Die Niederlande sind ein Zentralstaat mit Provinzen, die zum Teil kulturelle Eigenrechte besitzen. Durch ihre Größe und ihre sehr vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einer starken Industrie sind die Niederlande mit rund 652 Mrd. Euro Wirtschaftsleistung im Jahr 2014 auf Platz 6 der ökonomischen Partner in der EU.

Die liberale Volkspartij voor Vrijheid en Democratie VVD (deutsch: liberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie) war besonders in den Achtzigerjahren oft an der Regierung beteiligt. In vielen Punkten stützt die VVD die oben beschriebene Europapolitik des Landes. Drastischer fordert sie in der Europapolitik jedoch die Reform der Landwirtschaft und die Orientierung am Markt und am Wettbewerb. Sie macht sich stark für ein Europa der Regionen und der Deregulierung. Die Zentrale in Brüssel sollte nur über das entscheiden, was nicht auf nationaler oder regionaler Ebene entschieden werden kann, z.B. eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Sie befürworten grundsätzlich den Vorschlag der Kommission. Sie finden, dass es immer wichtig ist über eine Vertiefung der Europäischen Einigung nachzudenken. Ganz besonders in diesen Zeiten, in denen die Idee von europäischer Zusammenarbeit an Popularität zu verlieren scheint. Die Niederlande haben im Zentrum Europas immer ganz besonders von der Europäische Einigung profitiert, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht.

Sie möchten aber nicht, dass Brüssel immer mehr Macht bekommt. Da ist in den letzten Jahren einiges schief gelaufen, finden Sie. Am liebsten würden Sie in vielen Bereichen das Rad zurückdrehen, zumindest aber muss man verhindern, dass die Niederländerinnen und Niederländer noch weniger selbst entscheiden können.

Die Niederlande haben viel zu bieten, finden Sie. Gerade was kulturelle Innovationen angeht hat man bei Ihnen viel Erfahrung, Poetry-Slams und Lichtinstallationen etc., da waren Sie immer vorne mit dabei. Dass andere dies für Geldverschwendung halten, können Sie nicht verstehen. Kultur braucht doch die ständige Erneuerung, wenn sie nicht zum Ritual erstarren will. Allerdings ist hier Ihre klare Linie, dass vor allem aussichtsreiche Kulturprojekte gefördert werden sollten. Das meinen Sie auch ganz ausdrücklich in einem wirtschaftlichen Sinn. Kultur muss sich auch lohnen, im Idealfall selbst tragen. Sie möchten, dass die Idee der Kommission vor allem wirtschaftliche Erfolge nach sich zieht. Denn das ist es, was Ihre Wähler von der Politik erwarten.

Abgeordnete/Abgeordneter der „Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD)“ aus den Niederlanden

Die Politik soll einen Rahmen schaffen, in dem die Menschen zum Wohl aller möglichst viele Profite erwirtschaften können. Wenn dies gewährleistet ist, darf die Idee der Kommission auch durchaus etwas kosten.

Sie verfügen anders als viele große und mittelgroße Staaten über keine eigene Kulturinstituts-Infrastruktur. Worauf Sie besonders stolz sind – Amsterdam war bereits 1987 „Europäische Kultur(haupt)stadt“ und Rotterdam 2001. Wichtig ist für Sie bei der Kultur wie anderswo: sie wollen sich auch nicht fremdbestimmen lassen, nur weil andere mehr Erfahrung haben. Worauf alle Niederländer bis heute stolz sind ist, dass viele weltberühmte Maler Niederländer waren: Hieronymus Bosch, Rembrandt van Rijn, Jan Vermeer, Vincent van Gogh und Piet Mondrian, um nur einige Beispiele zu nennen. Im sogenannten „Goldenen Zeitalter“ im 17. Jahrhundert arbeiteten in den Niederlanden circa 700 Maler, die jährlich etwa 70.000 Gemälde fertigstellten. Ein derartig gewaltiger „Gemäldeausstoß“ ist in der gesamten Kunstgeschichte ohne Beispiel geblieben.

Kulturpolitik ist für Sie schon immer schon auch Außenpolitik gewesen. Auch die Niederlande haben eine lange Kolonialgeschichte, Surinam z.B. wurde erst 1975 unabhängig von den Niederlanden. Die kleinen Niederlande haben seit dem 17. Jahrhundert durchaus globalen Einfluss und darum auch einen globalen Anspruch. Kulturpolitik ist für Sie schon immer in erster Linie der Außenpolitik zuzuordnen gewesen. Eine gemeinsame außenpolitische Linie zu finden ist für die EU-Staaten seit jeher schwierig gewesen, denn zu stark sind viele Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Außenpolitik auf die Erhaltung ihrer nationalen Souveränität bedacht. Dies gilt insbesondere, wenn es darum geht, historisch gewachsene regionale Interessen beizubehalten und dementsprechend aktiv zu werden. Gerade deshalb darf die EU auf die Kulturpolitik als ein gemeinsames und verbindendes Instrument internationaler Politik nicht verzichten. Darum muss sich Kulturpolitik immer auch an den Leitlinien europäischer Außenpolitik orientieren. Man sollte sich aber nicht verzetteln. Lieber sollte man also auf die Europäische Nachbarschaftspolitik im Osten und Süden des Kontinents setzen.

Eines ist für Sie klar: Alle Vorschläge, die nur dazu führen, dass noch mehr Entscheidungen nicht in Den Haag, sondern in Brüssel gefällt werden, lehnen Sie ab! Und die Niederlande müssen überall gleichberechtigt mitentscheiden können! Die EU braucht keinen zweiten „British Council“ oder kein zweites „Goethe-Institut“, man muss von Grund auf neu denken. Suchen Sie Kontakt zu Deutschland, Ihrem großen Nachbarn, und natürlich zu Belgien, dem Sie sich schon wegen des flämischen Bevölkerungsteils kulturell sehr nahe fühlen.



GRUPPENPROFIL**EP – Fraktion „Die Grünen/Freie Europäische Allianz Grüne/EFA“**

Die Fraktion Grüne EFA ist eine der mittelgroßen Fraktionen im Europäischen Parlament. Ihre Mitgliedsparteien stammen aus dem ökologischen und bürgerlich-liberalen Spektrum sowie der regionalistischen europäischen Politik. Dies bedeutet, dass neben klassischen ökologischen Parteien auch linksliberale Parteien und regionale Unabhängigkeitsparteien in Ihrer Fraktion sitzen. Die Grüne /EFA-Fraktion hat seit vielen Jahren Mitglieder aus vielen EU-Staaten. Damit ist sie im Selbstverständnis eine gesamteuropäische Fraktion. Sie vertritt regelmäßig pro-europäische Lösungen, da sie die Vorteile einer gemeinsamen Politikgestaltung zumeist sehr deutlich gewichtet. Es sind aber auch MdEPs (Mitglieder des Europäischen Parlaments) in den Reihen der Grünen /EFA-Fraktion, die das Subsidiaritätsgebot besonders betonen. Dieses Gebot unterstreicht den europäischen Grundsatz, dass nur das auf einer höheren Ebene geregelt werden soll, was die untere lokale oder regionale Ebene weniger gut regeln kann. Die Grüne /EFA-Fraktion sieht sich als wertgebundene Fraktion, die vor allem den Umweltschutz betont und die Bürgerrechte gegen zu viel Bevormundung durch die Staaten verteidigt. In der Regel ist sie wirtschaftskritisch.

In der Kulturpolitik ist die Position der Grünen/EFA-Fraktion relativ einheitlich. Die Fraktionsmitglieder begrüßen jeden Vorschlag hin zu mehr europäischer Einheit. Unterschiede gibt es vor allem bei der Frage, welchen Einfluss nationale Konzepte von Kulturarbeit auf ein neues Gesamtkonzept europäischer Kulturarbeit haben sollen. Gerade die regionalistischen Parteien in der Fraktion betonen auch, dass es wichtig ist, möglichst viel Entscheidungskompetenz in den Mitgliedstaaten, mehr noch in den Regionen zu belassen. Allen gemeinsam ist wiederum, dass sie durchaus offen für moderne und innovative Konzepte von Kulturvermittlung sind, in denen auch ökologische und soziale Aspekte eine bedeutende Rolle spielen. Darauf hat man in der Vergangenheit häufig gar nicht oder zu wenig geachtet.

ROLLENPROFIL**Abgeordnete/Abgeordneter der „ECOLO“ aus Belgien**

Sie sind Abgeordnete/Abgeordneter der „ECOLO“ aus Belgien. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Brüssel

AMTSSPRACHEN

Niederländisch, Französisch, Deutsch

EINWOHNER

11 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 36.000€

AUSGABEN FÜR KULTUR

2,4 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

11,8 %

In Belgien leben auf rund 30.500 Quadratkilometern rund 11 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Belgien nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 10 in der EU. Das Land war bereits Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaften in den 1950er Jahren und gründete nach dem Ende der Ost-West-Spaltung des Kontinents 1993 zusammen mit elf weiteren Staaten Westeuropas die Europäische Union. Es hat auch den Euro als eines der ersten Länder eingeführt. Trotz seiner geringen Größe hat Belgien eine sehr vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einer starken Industrie. Mit einer geschätzten Wirtschaftsleistung von knapp 400 Mrd. Euro im Jahr 2014 liegt es auf dem 9. Platz der ökonomischen Partner in der EU. Genau wie Europa ist auch Belgien eine Gemeinschaft, die sich aus mehreren Teilen zusammensetzt: Flandern und Wallonien, mit jeweils einer anderen Sprache. Dazu kommt noch eine kleine deutschsprachige Gemeinschaft im Osten des Landes. Belgien ist klar für eine weitere europäische Integration. Nur dann kann Europa eine starke Stimme in der Welt sein, darum möchte Belgien ein starkes Europa mit vielen Kompetenzen für die Europäische Union.

In den letzten Jahren durchlebte Belgien eine intensive Auseinandersetzung um die zukünftige Gestaltung der Europäischen Union. Aus den Wahlen zum Belgischen und zum Europäischen Parlament sind vor allem Anhänger radikaler Gruppen, die sich für eine Stärkung der Regionen aussprechen und die bisherigen Erfolge des europäischen Einigungsprozesses in Frage stellen, mit mehr als zehn Prozent der Wählerstimmen gestärkt hervorgegangen. Außer diesen radikalen Gruppierungen sind alle belgischen Parteien Anhänger des europäischen Einigungsprozesses. Auch ECOLO, die grüne Partei des französischsprachigen Teils Belgiens, befürwortet den europäischen Einigungsprozess grundsätzlich und setzt sich besonders für die Stärkung sozialer und ökologischer Prinzipien und Projekte ein. Europa soll eine führende Kraft im Umweltschutz und bei der Durchsetzung der sozialen Gerechtigkeit werden. Hierbei betont die Partei insbesondere das Prinzip der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit und fordert eine auf lange Sicht ausgerichtete europäische Politik. Chancengleichheit für alle Bevölkerungsgruppen und die Integration von Minderheiten in die Gesellschaft gehören ebenfalls zu den Hauptanliegen der Grünen.

Sie finden, dass die Initiative der Kommission genau zum richtigen Zeitpunkt kommt. Europa braucht einen neuen Impuls, damit die europäische Zusammenarbeit auch in Zukunft gut funktionieren kann. Davon werden alle EU-Staaten gleichermaßen profitieren. Nationale Egoismen sind völlig fehl am Platze, hier wie sonst auch überall. Sie finden, dass allen schnell klar werden muss, welches Potential in der Idee steckt. Potential für eine weitere europäische Einigung, für wirtschaftlichen Wohlstand und für eine stärkere Rolle Europas in der Welt. Sie möchten deshalb die Initiative der Kommission gerne auch als außen- und sicherheitspolitisches Projekt verstanden wissen. Kulturpolitik ist für Sie schon immer in erster Linie der Außenpolitik zuzuordnen gewesen. Eine gemeinsame außenpolitische Linie zu finden ist für die EU-Staaten seit jeher schwierig gewesen, denn zu stark sind viele Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Außenpolitik auf die Erhaltung ihrer nationalen Souveränität bedacht.



Dies gilt insbesondere, wenn es darum geht, historisch gewachsene regionale Interessen beizubehalten und dementsprechend aktiv zu werden. Gerade deshalb darf die EU auf die Kulturpolitik als ein gemeinsames und verbindendes Instrument internationaler Politik nicht verzichten. Darum muss sich Kulturpolitik immer auch an den Leitlinien europäischer Außenpolitik orientieren. Am besten siedelt man es gleich beim Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) an. Es ist existenziell, dass Europa auch in der Kultur mit einer Stimme spricht.

Was die konkrete Ausgestaltung des Projektes angeht, sind Sie ziemlich offen. Belgien hat keine eigene Kulturinstituts-Infrastruktur im Ausland, hat in der Vergangenheit jedoch immer Projekte im Ausland gefördert, meist jedoch entweder wallonische oder flämische, also keine gemeinsamen „belgischen Projekte“. Allerdings haben Sie schon einige Erfahrungen mit der Präsentation der eigenen Kultur. So waren Antwerpen (1993), Brüssel (2000), Brügge (2002) und Mons (2015) „Europäische Kultur(haupt)städte“. Die anderen Vertreterinnen und Vertreter haben aber sicherlich tolle Ideen und gute Konzepte, denen Sie sich gern anschließen. Wenn es nach Ihnen geht, dürfen die Ideen auch ausgefallen sein, gern möchten Sie auch die ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit in Kunst und Kultur stärker verankern.

Sie warnen davor, dass einzelne Staaten zu dominant auftreten. Solches Auftreten hat der europäischen Idee in der Vergangenheit immer nur geschadet. Sie wissen auch aus der eigenen Erfahrung mit den beiden Landesteilen Flandern und Wallonien, dass möglichst alle das Gefühl haben müssen, dass sie mitentscheiden dürfen. Besonders verbunden fühlen Sie sich nicht zuletzt aufgrund der Sprachen mit den Niederlanden und Frankreich. Sie bringen sich aber auch gern als neutraler Vermittler ins Spiel. Die Idee der Kommission muss klappen, das ist ihr großes Ziel! Deshalb wäre es aus Ihrer Sicht am besten, wenn die Kommission möglichst viel Macht bekäme. Dann würde nationalstaatlichen Egoismen ein Riegel vorgeschoben. Gleichwohl müssen die Identitäten insbesondere der kleinen Staaten der EU gewahrt bleiben.



ROLLENPROFIL**Abgeordnete/Abgeordneter der „Iniciativa per Catalunya Verds (ICV)“ aus Spanien**

Sie sind Abgeordnete/Abgeordneter der „Iniciativa per Catalunya Verds (ICV)“ aus Spanien. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzuversetzen und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Madrid

AMTSSPRACHEN

Spanisch, regional auch Aragonesisch, Aranesisch, Asturisch, Baskisch, Galicisch und Katalanisch

EINWOHNER

46 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 22.400€

AUSGABEN FÜR KULTUR

2,6 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

9,1 %

Im Königreich Spanien leben auf über 504.000 Quadratkilometern rund 46 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Spanien nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 5 der EU-Mitgliedstaaten. Das Land ist bereits seit 1986 Mitglied der Europäischen Gemeinschaften. Nach dem Tod des Militärdiktators General Franco 1975 gelang es schnell, die Demokratie zu etablieren und zu festigen. Nach dem Ende der Ost-West-Teilung Europas gründete Spanien zusammen mit elf weiteren Staaten Westeuropas 1993 die Europäische Union. Durch seine Größe und seine sehr vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einer starken Industrie ist Spanien mit geschätzten 1.031 Mrd. Euro Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2014 auf dem 5. Platz der ökonomischen Partner in der EU. Allerdings hat das Land stark unter der Weltwirtschaftskrise seit 2008 gelitten, was zu einer hohen Arbeitslosenquote besonders unter Jugendlichen, dem Zusammenbruch der Baubranche und konkursgefährdeten Banken führte. Der Staat ist durch die Bankenrettung stark verschuldet.

Die Iniciativa per Catalunya Verds (ICV; deutsch: Initiative für Katalonien Grüne) ist eine links-ökologische (ökosozialistische) Partei der autonomen Gemeinschaft Katalonien. Die ICV ist die einzige grüne Partei, die in Spanien bisher Bedeutung erlangen konnte und sieht sich deshalb als Vorreiterin „grüner Ideen“ in Spanien. Gleichzeitig betont die Partei aber auch den Autonomiestatus Kataloniens, die Fremdbestimmung aus Madrid lehnt die ICV klar ab. Seit 2007 ist ICV Mitglied der Europäischen Grünen Partei. Seit der Europawahl in Spanien 2009 hat die ICV einen Sitz im Europaparlament.

Die EU steht aus der Sicht der ICV vor großen Herausforderungen, wie z.B. der Finanzkrise, der globalen Welterwärmung, der Arbeitslosigkeit, Migration und der demographischen Entwicklung, deren Lösung weder schnell noch leicht ablaufen wird; doch jede Krise stellt auch eine Chance dar! Darum begrüßen Sie den Vorschlag der Kommission. Sie finden, dass diese Idee Europa wieder näher zusammenbringen kann.

Für Sie ist allerdings wichtig, dass möglichst alle in alle Entscheidungen eingebunden werden. Sie haben in Katalonien oft genug die leidvolle Erfahrung machen müssen, aus Madrid fremdbestimmt zu werden. Dieser Mechanismus darf nicht auch auf europäischer Ebene weiter um sich greifen. Brüssel kann und soll nicht alles entscheiden. Die einzelnen Mitgliedstaaten, mehr noch, die Regionen innerhalb der Mitgliedstaaten haben reiche kulturelle Traditionen, die nicht untergehen dürfen. Ein „europäischer Einheitsbrei“ ist Ihnen ein Graus. Was die konkrete Ausgestaltung des Projektes angeht, sind Sie deshalb ziemlich offen.

Spanien hat eine alte Kultur, die in der Geschichte des europäischen Kontinents wie der gesamten Weltordnung eine prägende Kraft gewesen ist. Deshalb muss klar sein, dass Spanien eine wichtige Rolle spielen muss, die seiner Größe und Bedeutung angemessen ist. Teil davon ist natürlich auch die spanische Sprache. Sie achten sehr darauf, dass die spanische Sprache gleichberechtigt mit den anderen großen Sprachen Europas vorkommt.



Sie ist auch ein Grund dafür, dass Spanien weltweit enge kulturelle Beziehungen zu spanischsprachigen Ländern unterhält. Spanien verfügt über eine umfangreiche Kulturinstituts-Infrastruktur und viel Erfahrung in der Kulturarbeit im Ausland. Neben 65 Sprachzentren, den sogenannten Cervantes-Instituten, kümmert sich vor allem ein eigenes Institut namens „Acción Cultural Española (AC/E)“ um die Verbreitung der spanischen Kultur. Diese Erfahrungen müssen natürlich genutzt werden. Zudem haben Sie schon einige Erfahrungen mit der Präsentation der eigenen Kultur mit Madrid (1992), Santiago de Compostela (2000), Salamanca (2002) und

San Sebastian (2016) als „Europäische Kultur(haupt)städte“. Die anderen Vertreterinnen und Vertreter haben aber sicherlich auch tolle Ideen und gute Konzepte, denen Sie sich gern anschließen. Wenn es nach Ihnen geht, dürfen die Ideen auch ausgeflippt sein, gern möchten Sie auch die ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit auch in der Kunst und Kultur stärker verankern.

Kulturpolitik ist für Sie schon immer in erster Linie der Außenpolitik zuzuordnen gewesen. Eine gemeinsame außenpolitische Linie zu finden ist für die EU-Staaten seit jeher schwierig gewesen, denn zu stark sind viele Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Außenpolitik auf die Erhaltung ihrer nationalen Souveränität bedacht. Dies gilt insbesondere, wenn es darum geht, historisch gewachsene regionale Interessen beizubehalten und dementsprechend aktiv zu werden. Gerade deshalb darf die EU auf die Kulturpolitik als ein gemeinsames und verbindendes Instrument internationaler Politik nicht verzichten. Darum muss sich Kulturpolitik immer auch an den Leitlinien europäischer Außenpolitik orientieren. Es ist existenziell, dass Europa auch in der Kultur mit einer Stimme spricht. Sie finden auch, dass man sich auch nicht nur auf die europäische Nachbarschaft beschränken sollte. Wer global wahrgenommen werden möchte, sollte auch global präsent sein.

Das heißt dann aber auch, dass die EU die finanzielle Verantwortung übernehmen muss.

Versuchen Sie insbesondere Allianzen mit den Vertreterinnen und Vertretern aus anderen großen EU-Staaten zu schließen. Die EU braucht aber keinen zweiten „British Council“ oder kein zweites „Goethe-Institut“, man muss von Grund auf neu denken und alle Erfahrungen berücksichtigen. Wenn, dann muss der spanische Beitrag in der ersten Reihe mit dabei stehen.

GRUPPENPROFIL**EP – Fraktion „Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE-NGL)“**

Die Fraktion Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (englisch: Confederal Group of the European United Left/Nordic Green Left GUE/NGL) ist eine der kleineren Fraktionen im Europäischen Parlament. Ihre Mitgliedsparteien stammen aus dem äußeren linken Spektrum europäischer Politik. Neben klassischen kommunistischen Parteien sitzen auch reformorientierte, sozialistische Parteien in Ihrer Fraktion. Die Linke-Fraktion hat seit vielen Jahren Mitglieder aus einer Reihe von EU-Staaten. Sie ist im Selbstverständnis eine internationalistische, europakritische Fraktion. Gleichwohl vertreten einige Linke-Fraktionsmitglieder pro-europäische Lösungen, da sie grundsätzlich nationale Politikgestaltung sehr kritisch sehen. Es sind auch in den Reihen der Linke-Fraktion immer wieder Stimmen zu hören, die das Subsidiaritätsgebot besonders betonen. Dieses Gebot unterstreicht den europäischen Grundsatz, dass nur das auf einer höheren Ebene geregelt werden soll, was die untere lokale oder regionale Ebene weniger gut regeln kann. Viele Linke sehen dieses Prinzip als Schutz der Menschen in Europa vor zu viel Bürokratie aus Brüssel. Die Linke-Fraktion versteht sich als wertebundene Fraktion, die vor allem die Rechte der Menschen gegen die Ausbeutung durch die Wirtschaft verteidigt. Daher ist die Linke-Fraktion in der Regel sehr wirtschaftskritisch.

In der Kulturpolitik ist die Position der GUE-NGL-Fraktion relativ einheitlich. Die Fraktionsmitglieder begrüßen weitgehend den Vorschlag als Schritt zu mehr europäischer Einheit. Unterschiede gibt es vor allem bei der Frage, welchen Einfluss nationale Konzepte von Kulturarbeit auf ein neues Gesamtkonzept europäischer Kulturarbeit haben könnten. Allen gemeinsam ist wiederum, dass sie durchaus offen für moderne und innovative Konzepte von Kulturvermittlung sind. Außerdem finden die Mitglieder der Fraktion, dass man sehr auf der Hut sein muss, wenn wirtschaftliche Argumente ins Feld geführt werden. Unter dem Deckmäntelchen, dass der Erfolg in der Wirtschaft ja am Ende auch allen Menschen zu Gute kommt, sind in der Vergangenheit zu häufig Maßnahmen verabschiedet worden, die am Ende nur den Reichen und den Großunternehmen genützt haben. Hier muss man grundsätzlich umsteuern, da sind sich alle in Ihrer Fraktion einig.

ROLLENPROFIL

Abgeordnete/Abgeordneter der „Sinn Féin“ aus Irland

Sie sind Abgeordnete/Abgeordneter der „Sinn Féin“ aus Irland. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Dublin

AMTSSPRACHEN

Englisch, Gälisch

EINWOHNER

4,5 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 41.000€

AUSGABEN FÜR KULTUR

2,6 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

9,1 %

In der Republik Irland (auf Irisch Eire genannt) leben auf über 70.000 Quadratkilometern rund 4,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Irland nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 20 der EU-Mitgliedstaaten. Irland wurde erst 1922 nach einem blutigen Bürgerkrieg unabhängig vom britischen Königreich. Der nördliche Teil der Insel ist auch weiterhin unter britischer Hoheit. Bis in die 1990er Jahre hinein war die Republik Irland wirtschaftlich ein eher schwächerer Mitgliedstaat der Europäischen Union, welcher sie zusammen mit dem großen östlichen Nachbarn 1973 beigetreten war. Nicht zuletzt die EU-Wirtschaftsförderung half Irland dabei, aus seiner traditionellen, auf Landwirtschaft und Auswanderung beruhenden Wirtschaft (z.B. haben die Ausgewanderten viel Geld an ihre Verwandten in Irland gesendet) heraus eine solide Basis zu schaffen. Heute gilt das Land als sehr europafreundlich, auch wenn es dem gemeinsamen Rahmen für die Kontrolle von EU-Außengrenzen (dem Schengen-Abkommen) nur assoziiert ist und genau wie Großbritannien nicht vollständig angehört. Die Republik Irland kann so auf Grenzkontrollen zum britischen Nordirland verzichten, umgekehrt aber nur zusammen mit Großbritannien dem Schengen-Raum beitreten. Irland hat als einer der ersten Staaten 1999 den Euro eingeführt. Trotz seiner eher geringen Größe mit einer relativ vielfältigen Wirtschaftsstruktur lag Irland mit einer geschätzten Wirtschaftsleistung von 180 Mrd. Euro im Jahr 2014 auf dem 14. Platz der ökonomischen Partner in der EU.

Sinn Féin (irisch für: wir selbst) ist eine irisch-republikanische Partei; gleichzeitig setzt sie sich für möglichst große Chancengleichheit aller Bürgerinnen und Bürger und soziale Gerechtigkeit ein. In Nordirland ist sie seit 2005 die unter den katholischen Einwohnerinnen und Einwohnern stärkste Partei, in der Republik Irland ist sie seit 1997 im Parlament vertreten und verfügt dort vor allem in den Grenzregionen zu Nordirland über eine historische Verankerung. Sinn Féin ist geschichtlich und in einigen Inhalten mit der Provisional Irish Republican Army verbunden und wird deswegen gelegentlich auch „als politischer Arm der IRA“ bezeichnet. Bei der Europawahl 2004 gewann Sinn Féin drei Sitze im Europäischen Parlament.

Sie sind verhalten optimistisch, was den Vorschlag der Kommission angeht. Sie sind immer für Initiativen, die die Völker Europas näher zusammenbringen. Und dafür ist der Vorschlag der Kommission sehr gut geeignet, finden Sie. Europa braucht einen neuen Impuls, damit die europäische Zusammenarbeit auch in Zukunft gut funktionieren kann. Davon werden alle EU-Staaten gleichermaßen profitieren.

Sie haben allerdings den Verdacht, dass die großen Staaten vom europäischen Kontinent versuchen werden, die Diskussionen und Entscheidungen zu dominieren. Irland als kleineres Land muss genauso an allen Entscheidungen beteiligt werden.

Was die konkrete Ausgestaltung des Projektes angeht, sind Sie ziemlich offen. Irland hat keine eigene Kulturinstituts-Infrastruktur im Ausland und hat in der Vergangenheit nur vereinzelt Projekte im Ausland gefördert. Allerdings haben Sie schon einige Erfahrungen mit der Präsentation der eigenen Kultur schließlich waren Dublin (1991) und Cork (2005) „Europäische Kultur(haupt)städte“. Die anderen Vertreterinnen und Vertreter haben aber sicherlich tolle Ideen und gute Konzepte, denen Sie sich gern anschließen. Wenn es nach Ihnen geht, dürfen die Ideen auch ausgeflippt sein, gern möchten Sie auch die ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit auch in der Kunst und Kultur stärker verankern.

Sie warnen davor, dass einzelne Staaten zu dominant auftreten. Solches Auftreten hat der europäischen Idee in der Vergangenheit immer nur geschadet. Besonders verbunden fühlen Sie sich aufgrund der geografischen Nähe mit Großbritannien, obgleich Sie auch immer die Dominanz Ihres Nachbarn fürchten und zugleich kritisieren, vom dem Irland nur durch einen langen und äußerst blutigen Widerstandskampf im Jahr 1921 seine Eigenständigkeit erringen konnte. Sie machen insbesondere deutlich, dass die irische Kultur völlig unabhängig von der britischen Kultur zu sehen und zu verstehen ist, z.B. haben Sie mit dem Gälischen auch eine eigene Sprache, die auch im Europäischen Parlament gedolmetscht wird. Die nationalen kulturellen Identitäten dürfen auf keinen Fall untergehen. Schon zu oft hat das Europäische Projekt dazu gedient, dass die „Großen“ sind durchsetzen und den „Kleinen“ nur der Platz am Katzentisch blieb.

Sie möchten auf jeden Fall mit dabei sein bei diesem neuen Projekt. So ein kleines Land wie Irland braucht die EU, um international überhaupt etwas ausrichten zu können.

Natürlich ist auch klar, dass Irland sich finanziell kaum beteiligen kann. Da müssen schon die größeren Staaten auch einen größeren Beitrag leisten. Oder man finanziert alles gleich aus dem Topf der EU.



ROLLENPROFIL

Abgeordnete/Abgeordneter der „SYRIZA“ aus Griechenland

Sie sind Abgeordnete/Abgeordneter der „SYRIZA“ aus Griechenland. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Athen

AMTSSPRACHEN

Griechisch

EINWOHNER

11 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 16.300€

AUSGABEN FÜR KULTUR

2,6 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

9,1 %

In der Republik Griechenland leben auf fast 132.000 Quadratkilometern rund 11,3 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Griechenland nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 9 der EU-Mitgliedstaaten. Das Land ist bereits 1983, einige Jahre vor Spanien und Portugal, den Europäischen Gemeinschaften beigetreten und gründete zusammen mit elf weiteren Staaten Westeuropas die Europäische Union. Griechenland hat als erstes Beitrittsland zur Währungsunion 2002 den Euro eingeführt. Durch seine Größe und seine weiterhin großen Staats- und Wirtschaftsprobleme ist Griechenland mit rund 179 Mrd. Euro Wirtschaftsleistung im Jahr 2014 auf Platz 13 der ökonomischen Partner in der EU abgerutscht.

Synaspismos Rizospastikis Aristeras (SYRIZA; griechisch Συνασπισμός Ριζοσπαστικής Αριστεράς, ΣΥΡΙΖΑ, übersetzt „Koalition der radikalen Linken“) ist eine linke griechische Partei mit deutlich sozialistischer Ausrichtung. Das Motto der Partei lautet: „Vereint und links machen wir das Unmögliche möglich!“ 2015 wurde sie in Griechenland stärkste politische Kraft vor der konservativen Partei. Bei der Europawahl 2014 wurde SYRIZA mit 26,6 Prozent die stärkste Kraft vor den zu dem Zeitpunkt regierenden Konservativen.

Die Partei zeichnet sich durch eine ausgeprägt skeptische Haltung gegenüber der EU aus.

Dementsprechend sind Sie auch kritisch gegenüber den Plänen der EU-Kommission. Sie möchten nicht, dass Brüssel immer mehr Macht bekommt. Gerade Griechenland muss darauf achten, dass es in seiner Entscheidungsfreiheit noch weiter eingeeengt wird wie in der Bewältigung der Haushalts- und Staatsschuldenkrise. Ohnehin haben Sie immer den Verdacht, dass die großen Mitgliedstaaten die kleineren Staaten wie Griechenland dominieren möchten. Oft argumentieren diese, dass „wer zahlt, auch bestimmen kann“. Dies ist aber nur ein Totschlagargument, dass Sie nicht gelten lassen. Natürlich müssen die großen Staaten mehr bezahlen, schließlich geht es denen auch wirtschaftlich besser. Aber mitbestimmen müssen alle. Wenn es ums Geld geht, sehen Sie sowieso vor allem die EU gefordert, schließlich kommt die Idee von der Kommission. Wer bestellt soll auch dafür zahlen.



Auf der anderen Seite sind Sie auch immer für Initiativen, die die Völker Europas näher zusammenbringen. Und dafür ist der Vorschlag der Kommission sehr gut geeignet, finden Sie. Deshalb lehnen Sie die Pläne auch nicht rundheraus ab. Allerdings muss auch allen klar sein, dass Griechenland eine wichtige Rolle spielen muss, die seiner Größe und Bedeutung angemessen sind. Gemeinsam mit Italien zählt Griechenland innerhalb der heutigen EU zur unangefochtenen Wiege europäischer Kultur. Unzählige Zeugnisse der Menschheitsgeschichte finden sich im ganzen Land. Mit Athen (1985), Thessaloniki (1997) und Patras (2006) als „Europäische Kultur(haupt)städte“ hat Griechenland auch schon einige Erfahrung in der internationalen Präsentation seiner Kultur. Mit den 11 Auslandsbüros der „Hellenic Foundations for Culture“ verfügen Sie zudem über eine eigene Kulturinstituts-Infrastruktur, sogar in Übersee!

Deshalb ist es für Sie klar, dass Griechenland bei der inhaltlichen Gestaltung des Konzeptes ein gewichtiges Wort mitreden muss. Wenn es nach Ihnen geht, dürfen die Ideen auch ausgeflippt sein, gern möchten Sie auch die ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit auch in der Kunst und Kultur stärker verankern.

Aber eines ist klar: Alle Vorschläge, die nur dazu führen, dass noch mehr Entscheidungen nicht in Athen, sondern in Brüssel gefällt werden, lehnen Sie ab! Die EU braucht auch keinen zweiten „British Council“ oder kein zweites „Goethe-Institut“, man muss von Grund auf neu denken. Suchen Sie auch Kontakt zu den anderen Staaten am Mittelmeer. Mit denen konnten Sie schon in der Vergangenheit in vielen Fällen gut zusammenarbeiten.



GRUPPENPROFIL**EP – Fraktion „Europäische Konservative und Reformisten (EKR)“**

Die EKR-Fraktion ist eine der mittelgroßen Fraktionen im Europäischen Parlament. Ihre Mitgliedsparteien stammen aus einem ähnlichen Spektrum wie die der EVP (Europäische Volkspartei). Die mit Abstand größte Einzelpartei in der EKR, die britischen Conservatives, hatte bis vor einigen Jahren eine Fraktionsgemeinschaft mit der EVP. Die EKR befindet sich im rechtsgerichteten, konservativen, aber marktliberalen Spektrum europäischer Politik. Die EKR kann nur aus einigen Mitgliedstaaten Parteien und Abgeordnete aufweisen. Sie vertritt regelmäßig europakritische Positionen, da sie die Vorteile einer kontinentalen Politikgestaltung zumeist sehr deutlich in Frage stellt. Eine Auflösung der EU ist aber nur bei sehr wenigen Ihrer Fraktionskolleginnen und -kollegen ein politisches Ziel. Die EKR sieht sich als Fraktion wirtschaftspolitischer Vernunft und ist deshalb für einen funktionierenden, möglichst wenig reglementierten Binnenmarkt. Vor allem der Wert der Freiheit wird gegen zu viel Einmischung des Staates verteidigt. Daher ist die EKR in der Regel auch sehr wirtschaftsfreundlich.

In der Kulturpolitik ist die Position der EKR-Fraktion ziemlich einheitlich. Die Mitglieder der Fraktion möchten vor allem, dass nicht zu viel Macht nach Brüssel abgegeben wird. Gerade in der Kulturpolitik ist dies aus der Sicht der Fraktion zum Glück bisher kaum passiert. Eine weitere Verlagerung von wesentlichen Kompetenzen nach Brüssel ist nicht im Interesse der Fraktion. „Einheit in Vielfalt“, bei diesem Motto der EU legt die EKR klar den Fokus auf „Vielfalt“ mit möglichst wenig „Einheit“. Alles andere möchten auch die Bürgerinnen und Bürger nicht, das zeigen die Wahlerfolge der populistischen Parteien in vielen EU-Staaten deutlich. Mit diesen Parteien möchte die EKR-Fraktion nicht in einen Topf geworfen werden, aber diese Stimmung in der Bevölkerung sollte man eben auch nicht ignorieren.

ROLLENPROFIL

Abgeordnete/Abgeordneter der „Občanská demokra-tická strana (ODS)“ aus Tschechien

Sie sind Abgeordnete/Abgeordneter der „Občanská demokratická strana (ODS)“ aus Tschechien. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Prag

AMTSSPRACHEN

Tschechisch

EINWOHNER

10,5 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 14.700€

AUSGABEN FÜR KULTUR

2,2 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

9,8 %

In der Tschechischen Republik leben auf fast 79.000 Quadratkilometern rund 10,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit ist Tschechien nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 12 der EU-Mitgliedstaaten. Die Tschechische Republik ist erst 1993 entstanden, als der slowakische Landesteil sich einvernehmlich aus der alten Tschechoslowakei herauslöste. Die Bürgerinnen und Bürger des alten gemeinsamen Staates hatten die kommunistische Diktatur 1989 friedlich beendet. Beide neuen Länder strebten anschließend gemeinsam in die Europäische Union und wurden schließlich 2004 Mitglieder. Während die Slowakei bereits 2009 den Euro einführt, ist Tschechien insgesamt euroskeptischer und hat bisher die eigene Währung, die Tschechische Krone, behalten. Trotz seiner Größe mit einer entwickelten Industrie in einer konkurrenzfähigen Wirtschaft ist Tschechien nur auf Platz 17 der ökonomischen Partner in der EU.

Die deutlich recht konservative Občanská demokratická strana (deutsch: bürgerliche demokratische Partei) wurde 1991 gegründet. In den letzten beiden Nationalwahlen wurde sie von den Sozialdemokraten (ČSSD) besiegt, weshalb sie seit sieben Jahren die stärkste Oppositionspartei im tschechischen Parlament ist. Zuvor war die ODS als Regierungspartei sechs Jahre lang an der Macht und hat umfassende demokratische und ökonomische Reformen auf den Weg gebracht. Auch dank der unpopulären Wirtschaftsmaßnahmen der tschechischen Regierungsparteien haben sich die Wählerinnen und Wähler bei der letzten Europawahl im Juni 2004 wieder vermehrt der ODS zugewandt.

Die Haltung der ODS gegenüber der EU war durchgehend eher skeptisch, bestenfalls neutral. Einem Zusammenwachsen der europäischen Wirtschaftssysteme steht die ODS allerdings sehr offen gegenüber. Die Partei hat auf problematische oder sogar negative Seiten der europäischen Integration aufmerksam gemacht: zu viel Bürokratie, zu viel Regulation, zu viele Kompetenzen in Brüssel und die drohende Beschränkung von tschechischen Nationalinteressen. Die ODS hat die Fraktion EKR im Jahre 2009 mitgegründet.

Dementsprechend sind Sie auch kritisch gegenüber den Plänen der EU-Kommission. Sie möchten nicht, dass Brüssel immer mehr Macht bekommt. Da ist in den letzten Jahren einiges schief gelaufen, finden Sie. Am liebsten würden Sie in vielen Bereichen das Rad zurückdrehen, zumindest aber muss man verhindern, dass die Tschechinnen und Tschechen noch weniger selbst entscheiden können. Ohnehin haben Sie immer den Verdacht, dass die großen Mitgliedstaaten die kleineren Staaten wie Tschechien dominieren möchten. Besonders gegenüber Deutschland sind Sie deshalb sehr wachsam, schließlich gab es aus Deutschland schon häufiger unberechtigten Forderungen, etwas nach der Rückgabe von dem 1945 enteignetem Eigentum der Sudetendeutschen. Sie befürchten, dass Deutschland durch die Pläne der Kommission noch mehr Einfluss bekommt. Tschechien ist in seiner Geschichte zu oft von anderen Mächten fremdbestimmt worden! Oft argumentieren diese, dass „wer zahlt, auch bestimmen kann“.

Dies ist aber nur ein Totschlagargument, dass Sie nicht gelten lassen. Mit den mittlerweile 25 „Czech Centres“ verfügen Sie zudem über eine eigene Kulturinstituts-Infrastruktur, eines sogar in New York! Sie möchten auf jeden Fall verhindern, dass eine Doppelstruktur entsteht, denn das kostet nur viel Geld. Geld, das Tschechien nicht hat.

Tschechien und vor allen Prag sind international schon sehr bekannt und werden jedes Jahr von Millionen Touristen besucht. Und auch außerhalb der Hauptstadt finden sich herausragende Bauten und Kulturdenkmäler. Tschechien hat mittlerweile 12 UNESCO-Welterbestätten, darunter befinden sich die historischen Altstädte von Český Krumlov, Kutná Hora und Telč. Pilsen war 2015 außerdem „Europäische Kultur(haupt)stadt“. Natürlich wäre es toll, wenn Tschechien in der Welt noch bekannter werden würde. Wenn die Initiative der Europäischen Kommission dazu beitragen würde, würde Sie dies freuen. Denn das würde bestimmt noch mehr Touristen nach Tschechien bringen, ein klarer wirtschaftlicher Gewinn. Und Tschechien hat viel zu bieten, finden Sie. Allerdings können Sie wenig anfangen mit all diesem neumodischen Firlefanz, der sich Kultur nennt. Poetry-Slams und Lichtinstallationen, das sind für Sie nur Geldverschwendung.

Und eines ist klar: Alle Vorschläge, die nur dazu führen, dass noch mehr Entscheidungen nicht in Prag, sondern in Brüssel gefällt werden, lehnen Sie ab! Und wenn es schon zu diesem Europäischen Haus kommt, muss auch Tschechien gleichberechtigt mitentscheiden können! Die EU braucht keinen zweiten „British Council“ oder kein zweites „Goethe-Institut“, man muss von Grund auf neu denken und alle Erfahrungen berücksichtigen. Suchen Sie den Kontakt insbesondere zu den anderen Staaten der Visegrad-Gruppe (Polen, Slowakei, Ungarn), mit denen Sie schon oft gewinnbringend zusammenarbeiten konnten. Insbesondere fühlen Sie sich aufgrund der gemeinsamen Geschichte auch kulturell mit der Slowakei sehr verbunden.



ROLLENPROFIL

Abgeordnete/Abgeordnete der „TB/LNNK“, aus Lettland

Sie sind Abgeordnete/Abgeordnete der „TB/LNNK“, aus Lettland. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

HAUPTSTADT

Riga

AMTSSPRACHEN

Lettisch

EINWOHNER

2,2 Millionen

BIP PRO KOPF (2014)

ca. 11.900€

AUSGABEN FÜR KULTUR

4,2 %

AUSGABEN FÜR BILDUNG

(2013, jeweils in % der Staatsausgaben)

15,7 %

In der Republik Lettland leben auf über 64.500 Quadratkilometern rund 2,2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Damit liegt Lettland nach der Bevölkerungsgröße auf Platz 23 der EU-Mitgliedstaaten. Es war bis 1991 Teil der Sowjetunion und hat sich zusammen mit den anderen baltischen Republiken Estland und Litauen schnell dem Westen angeschlossen. 2004 ist das Land der EU beigetreten. Lettland versteht sich als sehr europafreundlich und hat als im Jahr 2014 den Euro eingeführt. Lettland liegt mit einer geschätzten Wirtschaftsleistung von 26 Mrd. Euro im Jahr 2014 auf dem 25. Platz der ökonomischen Partner in der EU.

Sie gehören der Partei „Allianz für Vaterland und Freiheit (Tevzemei un Brīvībai Latvijā)“ an. Diese hat bei den letzten Europawahlen erneut mit ihren politischen Ansichten in Lettland punkten können. Einer der acht lettischen Abgeordneten im Europaparlament wird weiterhin von diesem Wahlbündnis gestellt. In der nationalen Innenpolitik ist das Parteienbündnis ebenfalls vertreten, aber mittlerweile keine starke politische Kraft mehr. Innenpolitisch hat sich die Allianz immer wieder mit feindlichen Initiativen insbesondere gegenüber den großen russischen und auch der polnischen Minderheiten hervorgetan. So strebte die Partei mit dem Referendum „Für ein lettisches Lettland“ eine Verhinderung des Zuspruchs von Minderheitenrechten für Russen, Ukrainer und Polen an. Ebenso fordert die Partei die Rückgabe der nach dem zweiten Weltkrieg abgetrennten Gebiete, die Teile Russlands wurden.

Die Partei zeichnet sich durch eine ausgeprägt skeptische Haltung gegenüber der EU aus und stellt nationale Anliegen vor alle europäischen Angelegenheiten. Deshalb plädiert die Partei für eine Rückverlagerung von Kompetenzen von der Europäischen Ebene auf die Ebene der Mitgliedstaaten. Eine vertiefte Kooperation auf europäischer Ebene wird daher nicht gewünscht.

Dementsprechend sind Sie auch kritisch gegenüber den Plänen der EU-Kommission. Sie möchten nicht, dass Brüssel immer mehr Macht bekommt. Gerade Lettland als kleines Land sollte darauf achten, dass möglichst viele Dinge in Riga entschieden werden. Da ist in den letzten Jahren einiges schief gelaufen, finden Sie. Am liebsten würden Sie in vielen Bereichen das Rad zurückdrehen, zumindest aber muss man verhindern, dass die Lettinnen und Letten noch weniger selbst entscheiden können. Ohnehin haben Sie immer den Verdacht, dass die großen Mitgliedstaaten die kleinen Staaten wie Lettland dominieren möchten. Besonders gegenüber Polen sind Sie deshalb sehr wachsam, schließlich hat sich Polen schon öfter in die lettische Innenpolitik eingemischt, z.B. wenn es um die Rechte der so genannten polnischen Minderheit geht. Ebenso problematisch sehen Sie Russland. Ca. 11 % der Bevölkerung Lettlands sind Russen, mit denen es massive Integrationsprobleme gibt, oft sprechen diese noch nicht einmal Lettisch. Und Russland versucht seit jeher massiv, die russische Minderheit gegen die Letten in Stellung zu bringen und so Einfluss zu nehmen auf die lettische Politik. Aber auch die anderen großen Staaten in der EU möchten oft nur ihre Interessen gegen die der kleinen durchsetzen. Lettland ist in seiner Geschichte zu oft von anderen Mächten fremdbestimmt worden! Oft argumentieren diese, dass „wer zahlt, auch bestimmen kann“.



Dies ist aber nur ein Totschlagargument, dass Sie nicht gelten lassen. Natürlich müssen die großen Staaten mehr bezahlen, schließlich geht es denen auch wirtschaftlich besser. Aber mitbestimmen müssen alle. Wenn es ums Geld geht, Sehen Sie sowieso vor allem die EU gefordert, schließlich kommt die Idee von der Kommission. Wer bestellt soll auch dafür zahlen.

Als Riga im Jahr 2014 „Europäische Kultur(haupt)stadt“ war und im Jahr 2015 auch die Präsidentschaft im Rat übernommen hatte, haben Sie sich aber schon ziemlich gefreut. Endlich hat man auch in anderen Ländern registriert, dass es ein Land wie Lettland gibt. Und Lettland hat viel zu bieten, finden Sie. Allerdings können Sie wenig anfangen mit all diesem neumodischen Firlefanz, der sich Kultur nennt. Poetry-Slams und Lichtinstallationen, das sind für Sie nur Geldverschwendung. Geld, das Lettland sowieso nicht hat. Natürlich wäre es toll, wenn Lettland in der Welt noch bekannter werden würde. Wenn die Initiative der Europäischen Kommission dazu beitragen würde, würde Sie dies freuen. Denn das würde bestimmt noch mehr Touristen nach Lettland bringen, ein klarer wirtschaftlicher Gewinn.

In der Geschichte und auch in der aktuellen lettischen Kultur sind vor allen die Beziehungen zu Nordeuropa bedeutend. Die Altstädte weisen die typischen im Raum der Hanse verbreiteten Elemente auf. Lettland ist besonders bekannt für seine Folklore und Volksmusik-Kultur. In Riga findet alle vier Jahre ein großes Sängerfest statt, an dem mehrere tausend lettische, exil-lettische und internationale Chöre teilnehmen. Auch das kleine Lettland kann durchaus stolz sein auf seine Kultur und muss sich nicht verstecken.

Eines ist für Sie immer klar: Alle Vorschläge, die nur dazu führen, dass noch mehr Entscheidungen nicht in Riga, sondern in Brüssel gefällt werden, lehnen Sie ab! Und wenn es schon zu diesem Europäischen Haus kommt, muss auch das kleine Lettland gleichberechtigt mitentscheiden können! Die EU braucht keinen zweiten „British Council“ oder kein zweites „Goethe-Institut“, man muss von Grund auf neu denken. Suchen Sie auch Kontakt zu Ihren beiden baltischen Nachbarn. Mit denen konnten Sie schon in der Vergangenheit in vielen Fällen gut zusammenarbeiten.



GRUPPENPROFIL

MEDIEN

Sie sind eine Vertreterin/ein Vertreter der Medien. Versuchen Sie, sich in die deren/dessen Position hineinzudenken und entsprechend zu agieren.

Sie vertreten die Medien in der Europäischen Union. Die Arbeit der Medien in der EU ist frei. Dies bedeutet: Sie können über alles berichten, es kann Sie aber niemand zwingen, über etwas zu berichten.

Die Medien in den europäischen Staaten sind in der Regel kritisch, aber höflich.

Ihre Hauptaufgabe ist es, die politische Situation in den Mitgliedstaaten und der EU, die Positionen in den verschiedenen Fraktionen des Europäischen Parlaments und die Sichtweise der Europäischen Kommission darzustellen. Die Leserinnen und Leser oder auch Zuschauerinnen und Zuschauer Ihrer Pressearbeit sind zwar selbst Mitglieder des Parlaments, der Europäischen Kommission oder der mitgliedstaatlichen Regierungen, trotzdem ist das Wissen über den Gegenstand der Auseinandersetzung sehr ungleich verteilt. Die Mitglieder im Rat kennen die jeweilige politische Situation in ihrem Land und haben eine leichte Ahnung von der Situation in den anderen Mitgliedstaaten. Sie wissen aber nur wenig über laufende Debatten im Europäischen Parlament. Die Mitglieder der verschiedenen Fraktionen im Parlament wissen sehr wohl, welche Meinung sie im politischen Streit vertreten und erfahren auch, welche Meinungen in den anderen Fraktionen geäußert werden. Sie bekommen aber kaum mit, was gerade im Rat geschieht. Die Kommission ist zwar grundsätzlich in allen Lesungen anwesend, hat aber derart viel zu tun, dass ihr manchmal leicht der Überblick verloren geht.

An dieser Stelle hakt die Mediengruppe ein. Sie sammelt nicht nur Informationen, sie berichtet auch sofort, wenn es etwas Neues gibt. Sie tut dies durch Wandzeitungen und regelmäßige Talkshows zu aktuellen Themen. Daneben können auch kurze Interviews auf den Fluren vor dem Parlament und dem Rat Aufsehen erregend inszeniert werden.

Die Kulturpolitik und der Vorschlag der Kommission werden in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich bewertet. Dies liegt vor allem daran, dass die Mitgliedstaaten unterschiedlichen Vorstellungen davon haben, wie eine gemeinsame Kulturpolitik inhaltlich aussehen sollte und wer wie viel Einfluss darauf haben sollte. Auch in den europäischen Parteien wird das Thema aus ähnlichen Gründen sehr unterschiedlich bewertet.

Berichten Sie sachlich, wo es sinnvoll ist, und emotional, wenn Sie dies als richtig empfinden. Vergessen Sie aber nie, dass die nächste Nachricht schnell geschrieben sein will, damit sie aktuell gelesen wird!



ZAHLEN UND DATEN

Mitgliedstaat	Bevölkerung (in Mio.)		Fläche (in km ²)		Wirtschaftsleistung (BIP in Mrd. Euro in 2014 Prognose Eurostat)		Ausgaben für Kultur (2013 in % der Staatsausgaben)		Ausgaben für Bildung (2013 in % der Staatsausgaben)	
	Rang	Zahl	Rang	Zahl	Rang	Zahl	Prozent	Rang	Prozent	Rang
Deutschland	1	80,5	4	357 021	1	2 849	1,9	25	9,7	22
Frankreich	2	64,7	1	668 763	3	2 060	2,6	9	9,6	23
Vereinigtes Königreich	3	62	8	244 820	2	2 108	1,7	28	12,0	11
Italien	4	60,3	7	301 320	4	1 592	1,8	27	8,0	28
Spanien	5	46	2	504 782	5	1 030	2,6	13	9,1	2
Polen	6	38,2	6	312 685	8	408	2,5	15	12,5	8
Rumänien	7	21,5	9	238 391	16	161	2,2	20	9,8	20
Niederlande	8	16,6	23	41 526	6	652	3,4	4	11,8	14
Griechenland	9	11,3	10	131 940	13	179	2,6	10	9,1	25
Belgien	10	10,8	24	30 510	9	393	2,4	16	11,8	13
Portugal	11	10,6	13	92 931	15	168	2,0	23	13,5	6
Tschechien	12	10,5	15	78 866	17	144	2,2	19	9,8	21
Ungarn	13	10	12	93 030	18	101	3,7	3	9,5	24
Schweden	14	9,3	3	449 964	7	412	2,0	24	12,4	10
Österreich	15	8,4	14	83 858	10	323	1,9	26	9,8	19
Bulgarien	16	7,6	11	110 994	21	45	2,2	18	9,8	18
Dänemark	17	5,5	22	43 094	11	247	3,2	6	12,4	9
Finnland	18	5,4	5	338 432	12	201	2,5	14	10,3	17
Slowakei	19	5,4	20	48 845	19	75	3,1	7	12,2	12
Irland	20	4,5	16	70 280	14	180	2,6	11	9,1	27
Kroatien	21	4,4	19	56 542	20	46	3,1	5	10,6	16
Litauen	22	3,2	17	65 200	23	39	2,3	17	15,7	2
Lettland	23	2,2	18	64 589	25	26	4,2	2	15,7	1
Slowenien	24	2	25	20 253	24	36	3,0	8	10,9	15
Estland	25	1,3	21	45 226	26	20	5,4	1	15,4	4
Zypern	26	0,8	26	9 250	27	16	2,2	21	15,7	3
Luxemburg	27	0,5	27	2 586	22	44	2,6	12	12,7	7
Malta	28	0,4	28	316	28	9	2,1	22	13,9	5
Summe:	28	503,9		57 378		13 564				

IMPRES- SUM

Europa ein Zuhause geben – Ein Planspiel zur Europäischen Kulturpolitik

Herausgeber: ifa (Institut für Auslandsbeziehungen e.V.) in Kooperation mit
EUNIC (European Union National Institutes for Culture)

Idee: Holger-Michael Arndt
Dr. Alexander Burka
Ronald Grätz

Autoren: Holger-Michael Arndt
Dr. Alexander Burka
Sebastian Gratz
Georg Schwedt

Gestaltung: Andreas Mayer

Illustrationen: Kati Szilágyi

Endredaktion: Guido Jansen-Recken

ifa Institut für Auslandsbeziehungen e.V.
Charlottenplatz 17, 70173 Stuttgart
Germany
www.ifa.de

© 2017 für diese Ausgabe: Institut für Auslandsbeziehungen e.V., Stuttgart

© 2017 für die Illustrationen: Kati Szilágyi

EUROPÄISCHE KOMMISSION



RAT DER EUROPÄISCHEN UNION



EUROPÄISCHES PARLAMENT



MEDIEN

